! ERÖFFNUNG

VON **LUKAS WELZ**

Ich darf Sie und euch ganz herzlich zum Fachsymposium 2018 »Streitraum Antisemitismus« in Berlin begrüßen. Mein Name ist Lukas Welz, ich bin durch die Arbeit bei AMCHA Deutschland, aber auch in anderen Projekten mit dem Kompetenzzentrum eng verbunden und freue mich sehr, zum zweiten Mal das Fachsymposium zu moderieren. Medial ist Antisemitismus einerseits präsent, andererseits sind Erfahrungen mit Antisemitismus für die nichtjüdische Bevölkerung weitgehend unsichtbar. Genau in diesem Spannungsfeld wirkt das Kompetenzzentrum mit allen seinen innovativen Projekten und Programmen seit vielen Jahren. Es arbeitet nach innen zur Stärkung der Betroffenen, zur Ermutigung und Selbstermächtigung, nach außen zur Erhöhung der Sichtbarkeit und Professionalisierung von Fach- und Führungskräften. Damit wird die Graswurzelperspektive eingenommen: von unten nach oben. Das Motto: Wir können nicht auf die Anerkennung warten, sondern müssen sie selbst generieren. Das führt mich auch zu AMCHA zurück, wo vor über dreißig Jahren Überlebende der Shoah in Israel den Prozess der Selbsthilfe und Anerkennung selbst in die Hand genommen haben. Das Kompetenzzentrum hat aus dieser Perspektive wichtige politische und fachliche Impulse für Diskurse rund um die Auseinandersetzung mit Antisemitismus geliefert und eigene Ansätze entwickelt. Die Vielzahl an Inputs sehen Sie an dem von Jahr zu Jahr größer werdenden Büchertisch hier links von mir.

Das Thema Antisemitismus findet in Politik und Gesellschaft heute mehr Gehör. Wir hoffen, dass die Dialoge, die das Kompetenzzentrum und andere Akteur*innen angestoßen hatten, wachgehalten werden.

Dieses dritte Fachsymposium legt daher den Fokus auf den »Streitraum Antisemitismus« und die politischen Interventionen. Die Bewusstwerdung scheint gewachsen zu sein. Sind damit aber auch die Interventionen für Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus gewachsen? Gibt es ein gemeinsames Verständnis von Antisemitismus? Welche Bestandsaufnahme liefert die Forschung? Welche Leerstellen und Errungenschaften gibt es in der Praxis? Was ist die Politik bereit zu tun?

Lukas Welz
Vorsitzender
AMCHA Deutschland

II VORWORT

VON **ABRAHAM LEHRER**

Abraham Lehrer
Präsident ZWST

Verehrte Frau Vizepräsidentin Pau, sehr geehrter Herr Dr. Geue, Herr Dr. Klein, Herr Antisemitismus-Beauftragter Spaenle, Frau Meyer, Herr Potier, Frau von Schnurbein, lieber Volker Beck, lieber Aron Schuster, liebe Marina Chernivsky, liebe Unterstützer*innen und Teilnehmende und vor allen Dingen werte Gäste! Die Zentralwohlfahrtsstelle wurde 1917 als Zentralwohlfahrtsstelle der Deutschen Juden gegründet. Ihr Ziel war, die vielfältigen sozialen Einrichtungen der jüdischen Gemeinschaft zu unterstützen, zu koordinieren und zu vernetzen. 1939 wurde die Zentralwohlfahrtsstelle zwangsaufgelöst und 1943 endgültig zerschlagen. Erst im Jahr 1951 konnte der Verband unter seinem heutigen Namen »Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland«, kurz ZWST, wiedergegründet werden. Unter schwierigen Bedingungen der Nachkriegszeit war die ZWST ausgesprochen aktiv. Schon damals war ihre primäre Aufgabe die Aufnahme und Versorgung der Überlebenden, Vertriebenen und Geflüchteten. Dazu gehörten auch die Jugend- und Seniorenarbeit, Bildung, Beratung und Begleitung jüdischer Menschen, die hier Zuflucht gesucht haben oder nach dem Ende des Krieges in ihre ehemaligen Heimatorte zurückkehren wollten oder zurückgekehrt waren. Mit Beginn der Einwanderung aus der Sowjetunion stand 1989 die Versorgung und Begleitung von jüdischen Kontingent-Flüchtlingen im Fokus ihrer Tätigkeit. Heute ist die ZWST Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege BAGFW. Als Dachorganisation vertritt die ZWST die jüdischen Gemeinden auf dem Gebiet der jüdischen Sozialarbeit und ist bundesweit aktiv. Ihre Aufgaben liegen vor allem in der psychosozialen Arbeit, Jugend- und Sozialarbeit, der Stärkung des Ehrenamtes und der Migrationsberatung. Seit Jahren beschäftigt sich unser Verband mit Folgewirkungen der Shoah sowie der psychosozialen Versorgung von Überlebenden und ihren Kindern und setzt sich für die Verbesserung

Genau vor einem Jahr feierte die ZWST ihr hundertjähriges Jubiläum und auch fünfzehn Jahre verstetigter Bildungsarbeit im Bereich der Antidiskriminierung und Antisemitismus-Prävention. Seit 2007 gibt es unter dem Dach der ZWST eigenständige Projekte und Programme zu Antisemitismus. Mit der Gründung des Kompetenzzentrums im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« wurde diese Arbeit auf stabilere Füße gestellt.

dieser Arbeit ein. Seit wenigen Jahren bringen wir unsere Expertise auch bei der Arbeit mit Geflüchteten ein. So haben wir erst vor kurzem den nationalen Integrationspreis der Bundeskanzlerin für das Flüchtlingsprojekt »Brückenbau« gemeinsam mit IsraAID[1] erhalten. Das Kooperationsprojekt von ZWST und der Hilfsorganisation IsraAID-Germany vermittelt in einem einzigartigen Ansatz zwischen Menschen unterschiedlicher Konfessionen und hebt damit die Bedeutung von Toleranz für den Integrationserfolg hervor.

Genau vor einem Jahr feierte die ZWST ihr hundertjähriges Jubiläum und auch fünfzehn Jahre verstetigter Bildungsarbeit im Bereich der Antidiskriminierung und Antisemitismus-Prävention. Seit 2007 gibt es unter dem Dach der ZWST eigenständige Projekte und Programme zu Antisemitismus. Mit der Gründung des Kompetenzzentrums im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« wurde diese Arbeit auf stabilere Füße gestellt. Das Kompetenzzentrum arbeitet bundesweit unter der Leitung von Marina Chernivsky, die auch im Zweiten Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestages mitgewirkt hat; dessen Tätigkeit ist als vorbildlich anerkannt. Dies ist ein Beleg für den Wandel der ZWST als soziale und gesellschaftspolitische Einrichtung. Galt früher die Devise, Antisemitismusbekämpfung sei Angelegenheit der nichtjüdischen Gesellschaft, sind wir heute bereit und willens, uns an diesem Kampf zu beteiligen. Als Bürger*innen dieses Landes verstehen wir diese Aufgabe als gesamtgesellschaftlichen Auftrag für alle hier lebenden Menschen und Akteure. Lassen Sie uns gemeinsam auf demokratischem Wege diesen Herausforderungen begegnen und den Kampf um unsere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewinnen. Hierfür müssen wir anerkennen, dass es Antisemitismus gibt, und dass wir alle dringend gefordert sind, Gegenstrategien zu erarbeiten und zu implementieren.

Das diesjährige Fachsymposium »Streitraum Antisemitismus« steht im Zeichen dieser Debatten und Herausforderungen. Wir wollen politische Entwicklungen würdigen und offen benennen. Es sind wichtige Schritte getan worden. Die Berufung von Antisemitismusbeauftragten auf Bundes- und Landesebene zeugt von einer bahnbrechenden Intervention. Wir danken Ihnen für Ihr Interesse, dass Sie hierhergekommen sind und diese zwei Tage mit uns diskutieren und streiten wollen für die gemeinsame gute Sache.

Unser Dank gilt dem Bundesprogramm »Demokratie leben!« und vielen anderen Unterstützerinnen und Unterstützern, die unsere treuen Webbegleiter sind. An dieser Stelle ist es mir ganz besonders wichtig, auch das Thüringer Landesprogramm »Denk Bunt«, die F. C. Flick Stiftung und die Sparkasse Hessen-Thüringen zu nennen. Auch viele andere haben geholfen; es sei allen gedankt.

1 https://www.israaid-germany.com

III VORWORT

VON **PETRA PAU**

»Das vormals Unvorstellbare ist geschehen, und was einmal geschehen ist, kann wieder geschehen.« Und deshalb erinnern wir uns nicht des Erinnerns wegen, sondern aus Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft. Antisemitismus war in der Bundesrepublik Deutschland immer präsent – in den zurücklegenden Jahrzehnten lag er bei 20 bis 25 % der Bevölkerung. Und nicht nur etwa am rechten Rand, sondern inmitten der Gesellschaft: in allen sozialen und Altersgruppen sowie quer durch alle politischen Lager.

Antisemitismus speist sich aus verschiedenen Quellen und scheint unausrottbar zu sein. Gleichwohl darf der Hass auf Jüdinnen und Juden, nur weil sie Jüdinnen oder Juden sind, nirgendwo hingenommen werden. In Deutschland indes ist Antisemitismus angesichts der Nazi-Zeit und des Holocaust schlicht unerträglich. Wenn nun Politiker in der deutschen Erinnerungskultur eine Wende um 180 Grad fordern, dann widerspreche ich vehement. Wer so etwas tut, ist Teil eines Problems, das Imre Kertész – Literaturnobelpreisträger und Holocaust-Überlebender – 2007 im Bundestag so beschrieb: »Das vormals Unvorstellbare ist geschehen, und was einmal geschehen ist, kann wieder geschehen.« Und deshalb erinnern wir uns nicht des Erinnerns wegen, sondern aus Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft. Antisemitismus war in der Bundesrepublik Deutschland immer präsent – in den zurücklegenden Jahrzehnten lag er bei 20 bis 25 % der Bevölkerung. Und nicht nur etwa am rechten Rand, sondern inmitten der Gesellschaft: in allen sozialen und Altersgruppen sowie quer durch alle politischen Lager.

Ich bin daher der festen Überzeugung, der Kampf gegen Antisemitismus vertrage keinerlei parteipolitische Profilierung. Er braucht ein gemeinsames und alltägliches Engagement. Neu ist seit drei-vier Jahren, dass Antisemit*innen immer unverhohlener und enthemmter ihre Stimme, ihre Fäuste und Schlimmeres gegen Jüdinnen und Juden

erheben. Hinzu kommt die offene Leugnung des Holocaust. Dazu haben Überlebende der Shoah sowie die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, kurz RIAS, aus dem Anlass der achtzigjährigen Wiederkehr der Reichspogromnacht 1933 eine gemeinsame Erklärung mit aktuellen Vorfällen veröffentlicht. Ich will nur drei Beispiele daraus hier nennen: Berlin, August 2015. Ein Shoah-Überlebender und sein Sohn wurden am Pariser Platz von Teilnehmenden einer Anti-Israelischen Kundgebung als »Kindermörder, Terroristen und Nazis« beschimpft. Berlin, Juni 2017. Bei einer Veranstaltung an der Humboldtuniversität wurde die Shoah-Überlebende Deborah Weinstein angesprochen. »Gerade Sie als eine Holocaust-Überlebende sollten sich schämen, hier zu sitzen und zu rechtfertigen, dass Israel das gleiche den Palästinensern antut, was Ihnen angetan wurde.« Leipzig, Juli 2017. Auf einem Flohmarkt erleben ein junger Mann und seine Mutter, Nachkommen eines Shoah-Überlebenden, wie ein Mann behauptet, dass es die Shoah nicht gegeben habe und von einer »Holocaust-Keule« spricht. Mehrere Umstehende verteidigen die antisemitischen Positionen, die man als »andere Meinungen« akzeptieren müsse. Es versteht sich von selbst, dass Überlebende der Shoah und ihre Angehörigen dies als besonders persönlich, perfide und

pervers empfinden. Aber antisemitische Attacken sind nicht nur Angriffe auf Jüdinnen und Juden. Sie richten sich gegen uns alle, gegen die Verfassung unseres Landes – begonnen mit Artikel Eins des Grundgesetzes, »Die Würde des Menschen ist unantastbar«, wohlbemerkt aller Menschen. Und allemal jener, die durch die Nazis entwürdigt wurden. Damit bin ich bei meinem vierten Gedanken: Warum aber entlädt sich Antisemitismus seit einigen Jahren so aggressiv?

Petra Pau
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Die Antwort darauf dürfte übergreifend sein. Ich verweise auf Professor Heitmeyer und seine Langzeitstudie »Deutsche Zustände«. Sein Befund schon im Jahr 2011: Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nimmt zu, ebenso die Akzeptanz von Gewalt als Politikersatz. Eine der Ursachen benennen Heitmeyer und sein Team: »Das soziale wird ökonomisiert und die Demokratie entleert.« Und: »Es geht um gesellschaftlich negative Folgen neoliberaler Politik.« Ich weiß, das ist jetzt nicht Gegenstand Ihrer Tagung, und ich möchte hier unterstreichen, das entschuldigt nichts von dem, was in unserer Gesellschaft geschieht. Aber ich wollte es auch als praktizierende Politikerin hier einmal erwähnt haben. Und damit bin ich bei meinem fünften Gedanken: Wir brauchen nicht nur eine bewährte Erinnerungskultur, sondern auch eine, die sich den neuen Herausforderungen stellt. Eine dieser Herausforderung ist dies: Für nachwachsende Generationen sind die Nazi-Barbarei und der Holocaust so fern wie der Dreißigjährige Krieg. Sie haben keine Beziehung dazu. Hinzu kommen neue Bürgerinnen und Bürger, die in Gesellschaften aufgewachsen sind, wo der Hass auf Israel Staatsraison war und damit auch Antisemitismus Staatsraison ist. Schließlich noch ein weiterer Hinweis dazu: Mehrere hier im Raum haben im Frühjahr an einer gemeinsamen Tagung des Zentralrates der Juden in Deutschland und der Kultusministerkonferenz teilgenommen. Dort wurden Unterrichtsmaterialien vorgestellt, die Schülerinnen und Schüler mit den folgenden Themen vertraut machen sollen: jüdische Geschichte und Kultur, jüdisches Leben in Deutschland, Geschichte und Gegenwart Israels und natürlich auch der Kampf gegen Antisemitismus.

Die meisten derzeit Heranwachsenden erfahren nämlich überhaupt erstmals etwas über Juden oder Jüdisches, wenn im Geschichtsunterricht die Nazi-Zeit und der Holocaust behandelt werden. Das ist wichtig, aber zugleich viel zu wenig und viel zu spät. Denn das Nichtwissen und Nichtfühlen ist ein Einfallstor für Antisemiten. Wie das Dortmunder Beispiel zeigt, sorgt es auch dafür, dass den Menschen, die den Rechtsstaat zu verteidigen und Gesetze durchzusetzen haben, beim Erkennen von antisemitisch motivierten Straftaten oftmals Kompetenzen fehlen. Summa summarum, ich wünsche Ihren Beratungen den größten Erfolg.

IV VORWORT

VON **DR. HEIKO GEUE**

Ich freue mich, heute hier wieder vor Ihnen ein Grußwort halten zu können. Ich habe das schon im letzten Jahr sehr gerne getan. 2017 ging es um den Antisemitismus an Schulen, und es gab einige Berichterstattungen dazu, warum das Thema wichtig war und leider auch nach wie vor ist. Vielleicht noch am ehesten in Gedanken und in Erinnerung ist der Fall, der in Berlin-Friedenau von einem Jahr passiert ist. Schon damals sagte ich, dass die Dunkelziffer der antisemitischen Vorfälle viel größer ist als die Fälle in der Presse.

Unserer Wahrnehmung nach hat der Antisemitismus in Deutschland erheblich zugenommen. Hierzu gibt es bereits einige Umfragen. Aus der Studie des Expertenkreises Antisemitismus zu jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus geht hervor, dass nahezu 80 % angeben, der Antisemitismus habe in den letzten fünf Jahren zugenommen. Und die Mehrheit der Befragten geht davon aus, dass er weiter zunehmen wird. Denken Sie an den aktuellen Fall in Chemnitz – die Attacke auf ein jüdisches Restaurant. Viele jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger trauen sich gar nicht mehr, in der Öffentlichkeit ihre Glaubenssymbole zu tragen. Das ist eine Einschränkung ihrer Freiheit. Und machen wir uns nichts vor, das ist eine Einschränkung für uns alle in unserer Gesellschaft. Das geht uns alle an. An den Schulhöfen wird der Ausruf »Du Jude« als Beleidigung, als Herabwürdigung verwendet. Die »Israel-Kritik« versteigt sich immer wieder in Antizionismus – und zwar von allen politischen Lagern, die in ihrem Extremismus einig werden, wenn es gegen Juden geht.

Frau Pau hat ja schon betont, dass wir eine besondere Geschichte in Deutschland haben und eigentlich gehofft hatten, dass unsere Gesellschaft aus dieser Geschichte gelernt hat. Aber offenbar haben Gesellschaften doch nur ein Kurzzeitgedächtnis: Wenn die letzten Überlebenden gegangen sind, dann ist kollektives Lernen nicht mehr möglich.

Dr. Heiko Geue
Leiter der Zentralabteilung, Engagementpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Seit Mai 2019 ist Herr Dr. Geue Chef der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern

Mir ist sehr wichtig, deutlich zu machen, dass Angriffe auf jüdische Menschen auch Angriffe auf uns alle sind und dass wir dagegen vorgehen müssen. Wir sind eine wehrhafte Demokratie, die ihr Grundgesetz als Antwort und Reaktion auf den Verlust der ersten deutschen Demokratie erhalten hatte. Aber die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie beginnt nicht erst dann, wenn Gesetze übertreten worden sind, wenn Polizei und Verfassungsschützer notwendig sind. Nein, die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie beginnt schon auf den Schulhöfen, im Internet und auch in Gefängnissen und in der Bewährungsarbeit. Manche sagen zu uns: »Was wollt Ihr gegen Antisemitismus machen? Darüber reden?« Und dann sagen wir: »Ja, genau das. Was machen wir denn, wenn wir nicht mehr miteinander reden? Schießen wir dann aufeinander?« Zuallererst müssen wir reden. Denn viele, die gedankenlos »Jude« als

Schimpfwort benutzen oder sich in anderer Art und Weise antisemitisch äußern, können wir noch erreichen. Diese Arbeit fängt in den Schulen an, in der Unterstützung von Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und anderen. Das Kompetenzzentrum der ZWST ist ein wichtiger Partner in dieser Arbeit. Unsere Ministerin, Franziska Giffey, erzählt oft eine Geschichte, die sie selbst erlebt hat. Sie hat eine Schule besucht, und dort war an der Tafel eine Karte vom Nahen Osten. Und was war da auf dieser Karte? Da war das Land Israel ausgekratzt. Sie hat gefragt: »Sagt mal, wie geht ihr denn damit um? Wieso diskutiert ihr das nicht? Wieso lasst ihr diese Karte hier hängen? Darüber müsst ihr doch reden.« Und unsere Wahrnehmung ist, dass viele Lehrerinnen und Lehrer schlichtweg überfordert sind, und dass wir mit unserem »Demokratie leben!« Programm tatsächlich Menschen aus der Zivilgesellschaft erreichen und ausbilden können, die zum Beispiel an Schulen arbeiten und nah an Jugendlichen sind.

Wir haben auch andere Programme, die zum Beispiel im Netz die Arbeit gegen Hass unterstützen. All das ist wichtig, aber all das reicht nicht aus. Dafür sind die Zeiten zu gefährlich. Dafür ist das alles zu ernst. Aus unserer Sicht wäre es richtig und notwendig, dass die Bundesregierung ein Gesetz zur Demokratieförderung und Extremismus-Prävention auf den Weg bringt. Aus der Erfahrung in den Schulen, im Netz, in den Gefängnissen wissen wir, dass unsere Form von Präventionsarbeit erfolgreich ist. Wir sind aber als Bund auf punktuelle Projekte zurückgeworfen. Wir brauchen ein Bundesgesetz, das uns die Legitimation gibt, zusammen mit den Bundesländern, Kommunen und der Zivilgesellschaft arbeiten zu können, wie wir das ja schon soweit wie möglich tun. Das geht nur mit einer bundesgesetzlichen Grundlage. Deswegen finde ich so richtig und wichtig, dass das Kompetenzzentrum dieses Jahr einen internationalen Blick an den Tag legt. Wir brauchen Austausch mit anderen Ländern. Für viele sind wir ein Beispiel. Andere Länder – zum Beispiel Frankreich – haben auch ein riesengroßes Problem mit Antisemitismus. Damit es hier nicht so weit kommt wie dort, wollen wir das Gesetz. Und dafür arbeiten wir mit dem Kompetenzzentrum der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden zusammen. Ich danke Ihnen herzlich und wünsche Ihnen hervorragende Gespräche und ein gemeinsames Weiterarbeiten für unsere Freiheit.

V VORWORT

VON **DR. KATHRIN MEYER**

Ich vertrete heute eine Organisation namens Holocaust Remembrance Alliance, eine Regierungsorganisation, die zur Zeit 31 Mitgliedsstaaten vertritt und die seit 20 Jahren aktiv ist. Vor zwei Jahren haben wir die Antisemitismus-Definition übernommen, auf die ich später noch zu sprechen komme, die sehr wichtig, auch wenn international umstritten ist. Das Mandat der International Holocaust Remembrance Alliance, kurz IHRA, ist in der Stockholmer Erklärung vom Jahr 2000 festgelegt: Es besteht darin, das Gedenken an den Holocaust in allen seinen Dimensionen und auf allen Ebenen – in der Bildung, Forschung, in den Gedenkstätten und Museen – zu fördern. Und zwar staatlich. Das ist das Besondere an dieser Allianz: Es sind Regierungen, die in der Pflicht stehen, die Erinnerung an den Holocaust wachzuhalten und auch Antisemitismus anzugehen. Seit der Gründung der IHRA sind es nicht mehr nur die jüdischen Gemeinden und Organisationen oder NGOs, die diese Verantwortung tragen, sondern auch die Staaten.

Die IHRA ist entgegen vieler Annahmen und Behauptungen weder eine jüdische noch eine israelische Organisation, sondern ein Zusammenschluss von insgesamt 31 Staaten, und es werden ständig mehr. Die IHRA ist keine völkerrechtlich verbindliche Organisation, sondern ein freiwilliger Zusammenschluss. Die Beschlüsse, die gefasst werden, sind politisch und moralisch bindend – aber nicht völkerrechtlich. Die Delegationen unserer Mitgliedsstaaten, die zweimal im Jahr zusammenkommen, bestehen aus staatlichen Vertreter*innen und Expert*innen. Die Expert*innen informieren Regierungsvertreter*innen darüber, welche Themen als wichtig und dringend erachtet werden und staatliche Aufmerksamkeit brauchen.

So kam es 2012 zu einem Beschluss, eine Arbeitsdefinition zu Holocaust-Leugnung und -Verfälschung zu verabschieden. Beides sind Formen von Antisemitismus, und beides sind Phänomene, mit denen staatliche Stellen dringend einen Umgang finden müssen. Ich habe schon erwähnt – uns gibt seit 20 Jahren, doch bekanntgeworden sind wir erst vor zwei Jahren mit der zweiten Arbeitsdefinition des Antisemitismus, die auf Vorschlag der IHRA-Expert*innen verabschiedet wurde. Dazu hat es sehr schwierige und langwierige Diskussionen innerhalb der Organisation gegeben. Auch hier möchte ich klarstellen, dass entgegen vielfältiger Behauptungen diese Definition nicht rechtsverbindlich ist. Vielmehr ist es eine Arbeitsdefinition, die einen gemeinsamen Nenner und eine Klarheit über Antisemitismus verschaffen kann. Es ist wichtig, uns auf gewisse Minimalstandards zu einigen und ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln. Unsere Definition ist nicht dazu geschaffen, eine Rechtsgrundlage zu bilden, sondern ist zur Unterstützung entstanden. Sie benennt Beispiele, die zum Teil umstritten sind. Diese Beispiele haben aber auch nicht den Anspruch, das Thema auszuschöpfen.

Dr. Kathrin Meyer
Exekutivsekretärin,
International Holocaust
Remembrance Alliance

Antisemitismus ist ständig in Bewegung als eine flexible Form von Diskriminierung und Hass. Aber die Beispiele geben eine Orientierung. Ich will nochmal betonen, dass Antisemitismus ein Problem ist, bei dem politisch Verantwortliche oder auch Vertreter*innen der Polizei und Justiz oft wegschauen. Es ist ein unangenehmes Thema. Man will damit nichts zu tun haben. Es ist manchen peinlich, dass es wieder auftaucht. Es ist eine große Unsicherheit da. Um diese Unsicherheit zu überwinden, führen wir den Diskurs auf staatlicher Ebene zwischen den Expert*innen und den Regierungsvertreter*innen.

Das international zu tun, ist eine zentrale Aufgabe. Und das sehe ich auch als eine unserer großen Stärken. Denn es gibt in vielen unserer Mitgliedsländer Programme, um Antisemitismus zu bekämpfen. Doch in allen Ländern und auf vielen Ebenen gibt es auch Widerstände: »ja, aber es ist doch bei uns nicht so schlimm, wie im Land XY!« oder »bestimmte Formen gibt es bei uns doch nicht…« Dann wird gegeneinandergehalten: »Bei euch ist es doch schlimmer. Wenn es bei uns nicht ganz so schlimm ist, muss hier auch nicht so viel passieren.«

Wir haben festgestellt, dass internationaler Diskurs hilft, auf nationaler Ebene Programme durchzusetzen, weil internationale Zusammenarbeit die Scheu mindert und auch ganz klar die Message sendet, »dieses Problem haben alle, und alle müssen es angehen«. Es kann gemeinsam angegangen werden, international sowie national. Es wurde schon vorher gesagt, dass Antisemitismus viele betrifft: Jüdinnen und Juden, jüdische Institutionen, Menschen, die für jüdisch gehalten werden oder als Israel-freundlich gelten. Es ist die Verantwortung der Regierung, für die Sicherheit der Menschen im Land zu sorgen. Und daher ist es auch in der Verantwortung der gesamten Gesellschaft, antisemitische Diskurse als solche zu erkennen und sich dagegen zu stellen. Wie das Gedenken an den Holocaust ist auch die Bekämpfung des Antisemitismus eine staatliche Verantwortung; sie muss in alle Bereiche der Gesellschaft – auf der politischen, sozialen, zivilgesellschaftlichen Ebene und in Religionsgemeinschaften – greifen. Die Verantwortung für Antisemitismusprävention kann nicht nur dem pädagogischen Bereich überlassen werden.

In der Kurzbeschreibung für dieses Fachsymposium wurden zwei essenzielle Punkte benannt: Zum einen heißt es da »Die bis dato weniger sichtbaren Formen des Antisemitismus werden zunehmend durch verbale und tätliche Gewalt überlagert«. Und in einem anderen Absatz geht es um den Widerspruch zwischen der Wahrnehmung der nichtjüdischen Mehrheit, die Antisemitismus übersieht, und der Wahrnehmung der Jüdinnen und Juden, die ihn erleben. Die IHRA versucht auf verschiedenen Ebenen, diesen Widerspruch sichtbar zu machen. Zumindest wird mittlerweile oft die Frage gestellt: »Gibt es Antisemitismus in unseren Gesellschaften?« Das ist schon ein erster wichtiger Schritt. Es gibt Formen von

Antisemitismus, die schwer zu erkennen sind, die unbewusst sind, die nicht sofort eingeordnet werden können. Unsere Arbeit besteht darin, Regierungsstellen zu sensibilisieren, aber auch den Mainstream zu erreichen. Der Antisemitismus hat eine Dimension, die allen anderen Formen von Hass, Gewalt, Verbrechen und auch anderen Ideologien abgeht. Er ist die einzige Form von Hassverbrechen, die sich auf die bereits ermordeten Mitglieder ihrer Zielgruppe fokussiert. Die Bewahrung des Andenkens an die Toten sowie die Gewährleistung der Sicherheit der heute lebenden Jüdinnen und Juden sind eine staatliche und gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Es geht Hand in Hand, Regierungen auf internationaler Ebene diesbezüglich zu beraten und den Diskurs mit den Fachkräften zu führen. Auch ich wünsche Ihnen für die nächsten eineinhalb Tage dafür viel Erfolg.

Inhalt

01 I ERÖFFNUNG
Lukas Welz, AMCHA Deutschland

02 II VORWORT
Abraham Lehrer, ZWST

04 III VORWORT
Petra Pau, Deutscher Bundestag

07 IV VORWORT
Dr. Heiko Geue, BMFSFJ

09 V VORWORT
Dr. Kathrin Meyer, IHRA

14 VI KEYNOTE
Marina Chernivsky, Kompetenzzentrum (ZWST)

25 VII EMPIRISCHE BESTANDSAUFNAHME(N) – ERKENNTNISSE UND WIDERSPRÜCHE

35 VIII POLITISCHE INTERVENTIONEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

47 IX ANTISEMITISMUS IM ÖFFENTLICHEN UND MEDIALEN DISKURS

61 X PÄDAGOGISCHE UND INSTITUTIONELLE INTERVENTIONEN

75 XI STREITRAUM ANTISEMITISMUS

82 XII BESCHREIBUNG DER ERFAHRUNGSRÄUME

86 XIII LISTE DER REFERENT*INNEN

94 Kontakt, Träger und Partner

96 Impressum

VI KEYNOTE

VON **MARINA CHERNIVSKY**

Es ist mir eine Ehre, heute vor und zu Ihnen zu sprechen und unseren diesjährigen Kongress inhaltlich einzuführen und zu rahmen. Ich möchte gerne an die Grußworte anknüpfen, die wir gerade gehört haben – im Laufe der Keynote werden sich sicherlich Beziehungen ergeben.

Antisemitismus hat in Deutschland und Europa lange Tradition. Und doch scheint kaum etwas schwieriger zu sein, als über Antisemitismus zu sprechen oder öffentlich zu streiten: Das haben alle in der einen oder anderen Form bereits angedeutet. Wir tagen heute in zeitlicher Nähe zum Gedenktag, aber das ist nicht der einzige Grund, warum ich auf die Spuren der Vergangenheit eingehen möchte. Wer mich kennt, weiß: Ich habe eine besondere Affinität zu Fragen der Vergangenheit, ihrer Nachwirkung und Tradierung. Wer oder was sind wir eigentlich in der Kette der Geschichte? Was übernehmen wir, was übernehmen wir nicht, und welche Möglichkeiten haben wir, mit der Vergangenheit umzugehen? Die Zeit des Nationalsozialismus war historisch nur ein sehr kurzer Abschnitt. Biographisch hat sie aber Folgen und Spuren hinterlassen, die am Körper, in der Psyche und im Gedächtnis aller Nachkommen bis heute nachwirken. Wir alle in diesem Raum sind auf eine ganz besondere Art und Weise darin eingebunden. Das möchte ich betonen: Wir sitzen hier alle gemeinsam an

diesem sperrigen, unliebsamen Thema und schauen darauf aus unseren verschiedenen Perspektiven, weil wir alle unsere Hintergründe mitbringen. Jeder Blickwinkel ist dabei einzigartig und wichtig.

Die Shoah ist bis heute ein Erbe – ein Referenzpunkt, auf den sich gegenwärtige politische und gesellschaftliche Diskurse in Deutschland und Europa beziehen. Dies ist in doppelter Hinsicht relevant, einerseits zwischen den Generationen in Familienbiografien, andererseits in der Formierung politischer Einsichten und Positionen. Ich zitiere Carolin Emcke: »Der vergangene Krieg war nie vergangen, sondern wurde da gegenwärtig, wo er verdrängt und beschwiegen wurde. Er zeigte sich nachträglich in all den Lücken und Brüchen der Geschichten der Väter und Großväter in jenen rätselhaften Reflexen und Ritualen, für die es keine ausgesprochenen Erklärungen gab. Diese nur nach und nach zu dechiffrierenden psychischen Spuren des Krieges gab und gibt es in vielen deutschen, europäischen, jüdischen und nicht-jüdischen Familien, selbst wenn sie sich existentiell unterscheiden durch ihre Rolle und Positionen im Krieg, durch Schuld und Leiden, die sie auf sich geladen oder eben auch erduldet haben.« Das schrieb Carolin Emcke in ihrer Kolumne in der *Süddeutschen* nach den Anschlägen von Paris im Jahr 2015.

Der Umgang mit dieser Vergangenheit ist in Deutschland fest geregelt. Aber diese gefestigte, ritualisierte Erinnerungskultur stößt an ihre Grenzen. Sie verändert sich und wird zunehmend brüchiger, denn sie hat mit Menschen zu tun – mit ihren Geschichten, mit ihren Erinnerungen und Narrativen, aber auch mit ihrer Abwehr und Umdeutung.

Vergangenheit lässt sich nicht als ein Gut aneignen, sondern ist flüchtig, veränderlich, perspektivgebunden. Sie entgleitet uns permanent. Vor diesem Hintergrund drängt die rechte Rhetorik in gesellschaftspolitische Debatten. Vor diesem Hintergrund häufen sich die verbalen und tätlichen Angriffe auf Jüdinnen und Juden. Vor diesem Hintergrund werden die Angriffe erlebt und gedeutet. Und all das rüttelt am Sicherheitsempfinden der jüdischen Bevölkerung maßgeblich. Die Ablehnung von Israel kommt in nahezu allen politischen und gesellschaftlichen Milieus immer stärker zum Vorschein. Anderswo findet Israel aber auch Akzeptanz und Anerkennung – nichts ist hier schwarz-weiß, alles bewegt sich auf einem Kontinuum.

Es kommt immer häufiger zu Diskursverschiebungen, auch zur Instrumentalisierung des Antisemitismus auf dem Rücken muslimischer und anderer migrantischer Communities. Das zentrale Problem war und bleibt das Sprechen bzw. Schweigen über Antisemitismus. Das war übrigens der Titel unserer ersten Tagung dieser Reihe, vor drei Jahren. Dass wir uns hier zusammenfinden und darüber sprechen mit all den Gästen, Unterstützer*innen und Kolleg*innen – das ist eigentlich ein Luxuszustand. Einige hier im Saal arbeiteten auch im Expertenkreis an der Bestandsaufnahme.

Es wird über Antisemitismus gesprochen und geforscht. Das war nicht immer so. Ich kann mich an die ersten Anfänge und Versuche, irgendwo anzuklopfen, gut erinnern; es war 2005. Ich weiß noch, welche Widerstände und Abwehrreaktionen uns begegneten. Was wir heute haben, ist alles andere als selbstverständlich.

Ich will diese Entwicklung würdigen, aber auch auf Leerstellen hinweisen. Ein zentrales Problem ist das brüchige Wissen über die Formen des Antisemitismus. Man könnte ja denken, wir wüssten schon so viel – aber ich stelle immer wieder fest, nein, eigentlich wissen wir viel zu wenig. Das ist auch ein Thema des ersten Panels mit Herrn Dr. Boyd, Frau Prof. Küpper, Patrick Siegele und anderen Kolleg*innen. Der Antisemitismus wurde so stark tabuisiert, dass er aus dem Bewusstsein der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft fast vollkommen verschwand. Nach 1945 war es verpönt, sich offen antisemitisch zu äußern. Also entwickelten sich in der Nachkriegsgesellschaft viele subtilere, schwer greifbare, zum Teil latente Formen. Der heutige Umgang mit Antisemitismus ist darauf eingestellt – die Existenz antisemitischer Ressentiments inmitten unserer Gesellschaft jenseits extremer oder randständiger Gruppierungen wird also unterschätzt oder auch negiert. »Gibt es wirklich noch Antisemitismus heute?« ist eine Frage, die auch an Schulen häufig gestellt wird, und zwar tatsächlich aus Unverständnis, wie so etwas heute existieren kann.

Diese emotional aufgeladene Externalisierung erschwert eine direkte Thematisierung von Antisemitismus. Wir stehen alle vor der Herausforderung, diese Widerstände zu überwinden und Kommunikation über Antisemitismus zu ermöglichen. Eine Kollegin aus einem anderen Projekt sagte mal: »Eigentlich lernen wir erst jetzt, darüber zu sprechen.« Abwehr und Vermeidung herrschen aus meiner Perspektive in der aktuellen Antisemitismus-Diskussion vor. Sie durchziehen alle pädagogischen und politischen Verhandlungen. Dementsprechend müssen wir dem Thema

»Abwehr« Rechnung tragen und es einbeziehen. Eine negierende Perspektive verhindert eine Auseinandersetzung mit den Motiven derer, die antisemitisch fühlen, denken und handeln – und vor allem auch mit den Gefühlen und erlebten Erfahrungen derer, die davon betroffen sind. Denn wenn wir das Thema abwehren, wehren wir alles ab, was damit einhergeht.

> *Es geht hier um eine ungebrochene Kontinuität antisemitischer Ressentiments, egal in welcher Form. Diese sind sicherlich nicht staatlich gelenkt oder gewollt, bilden aber Wissensbestände, die nicht extern sind, sondern in uns wachsen. Es gibt auch eine ungebrochene Affinität für antisemitische Weltbilder. Der Antisemitismus ist kein Vorurteil, sondern eine Weltanschauung, eine Weltdeutung, ein Weltverständnis.*

Und dieser Tatsache wird das, was uns bis jetzt pädagogisch zur Verfügung steht, nicht immer gerecht: Auch die Forschung fokussiert sich nach wie vor stark auf Vorurteile. Vielleicht wird auch beim ersten Panel besprochen, inwieweit diese Fokussierung bei der Erforschung von Antisemitismus sinnvoll und wichtig ist, und wo Weltbilder erfasst werden könnten. Außerdem sind antisemitische Dispositionen längst nicht mehr nur ein Einstellungsproblem. Auch das ist eine Traditionslinie: Wir sprechen permanent über Einstellungen, aber kaum über Handlungen, Gewalt oder Diskriminierung. Dabei ist Antisemitismus stets in Bewegung als eine flexible Form von Diskriminierung, die auch Taten hervorbringt und nicht nur Einstellungen herleitet.

Das ist für mich ein wichtiger Punkt. Und auch deshalb verhandeln wir dieses Thema bei diesem Fachsymposium in einem *Streitraum*. Dieser Begriff geht auf Carolin Emcke zurück und bietet eine Möglichkeit, Leerstellen mit Errungenschaften und Entwicklungen zusammenzudenken und unsere Rolle darin zu verstehen. Wir spielen nämlich alle eine Rolle. Es geht nicht um andere, die gegen Antisemitismus vorgehen oder antisemitische Gefühle in sich entdecken. Es geht um uns alle. Und daher auch um eine aktive Rolle, die wir nicht einnehmen *müssen*, aber einnehmen *können*. Es geht bei diesem Symposium auch um Perspektivendivergenzen oder auch strittige Positionen, die nicht zwingend angeglichen werden müssen, die aber auch nicht verteidigt werden müssen, weil sie zum Teil nebeneinander existieren dürfen. Darauf legen wir viel Wert.

Das Fachsymposium besteht auch dieses Jahr aus vier angeleiteten Expertengesprächen. Es werden keine Vorträge gehalten. Wir wollen uns vielen unterschiedlichen Standpunkten, Wissensbeständen und Erkenntnissen annähern und diese gemeinschaftlich ausloten.

An dieser Stelle möchte ich kurz thematisch in die einzelnen Panels einführen. Beim ersten Panel geht es um Folgendes: Antisemitische Ressentiments sind tief verankert und ziehen sich als Ideologiefragmente und Ideologien durch alle Gesellschaftsgruppen. Insbesondere die sekundären und antizionistischen Formen sind weit verbreitet und stoßen bei etlichen Umfragen auf sehr hohe Zustimmungswerte, so der Antisemitismusbericht von 2017. Was wissen wir aber darüber? Welche Wissensbestände ermöglicht die empirische Sozialforschung? Was können

wir messen? Was können wir erfassen, und was bleibt im Verborgenen? Gerade die Latenz, ein Strukturmerkmal des Antisemitismus, lässt sich kaum erfassen. Welche Spezifika gegenwärtiger Ressentiments können und müssen wir durch die Forschung erschließen? Welche Rolle spielt Transdisziplinarität oder die Zusammenarbeit von unterschiedlichen Forschungsansätzen? Wie sind die Leerstellen, wie sind die Erkenntnisse derzeit? Und welche Aufträge ergeben sich für die Politik?

Beim zweiten Panel geht es explizit um die Aufgabe, die Sie alle angesprochen haben – dem Antisemitismus zu begegnen, nicht nur in der Pädagogik, in Diskursen und in der Politik, sondern gesamtgesellschaftlich, auf allen Ebenen der sozialen Organisation. Wir haben hier nämlich mit einer ungebrochenen Kontinuität zu tun; wir müssen aber auch von Singularität und Kämpfen und nachhaltigen Gegendiskursen sprechen. Es hat sich viel getan, das hielt Frau von Schnurbein auch eben in einem Gespräch fest. Es gibt viele Durchbrüche; diese müssen wir würdigen. Aber wir müssen auch verstehen, warum sie notwendig waren und weiterhin notwendig sind. Der Antisemitismusbericht des Deutschen Bundestages hat eine Reihe von Empfehlungen unterbreitet. Und einige davon sind überraschenderweise umgesetzt worden – mit der Unterstützung von vielen, die hier im Saal anwesend sind. Diese Umsetzung erleichtert ungemein unsere Arbeit hinter den Kulissen in den pädagogischen Räumen. All diese Durchbrüche, Visionen, aber auch Leerstellen wollen wir beim zweiten Panel diskutieren – vielleicht auch im internationalen Vergleich oder mit einer internationalen Perspektive. Wir sind sehr dankbar,

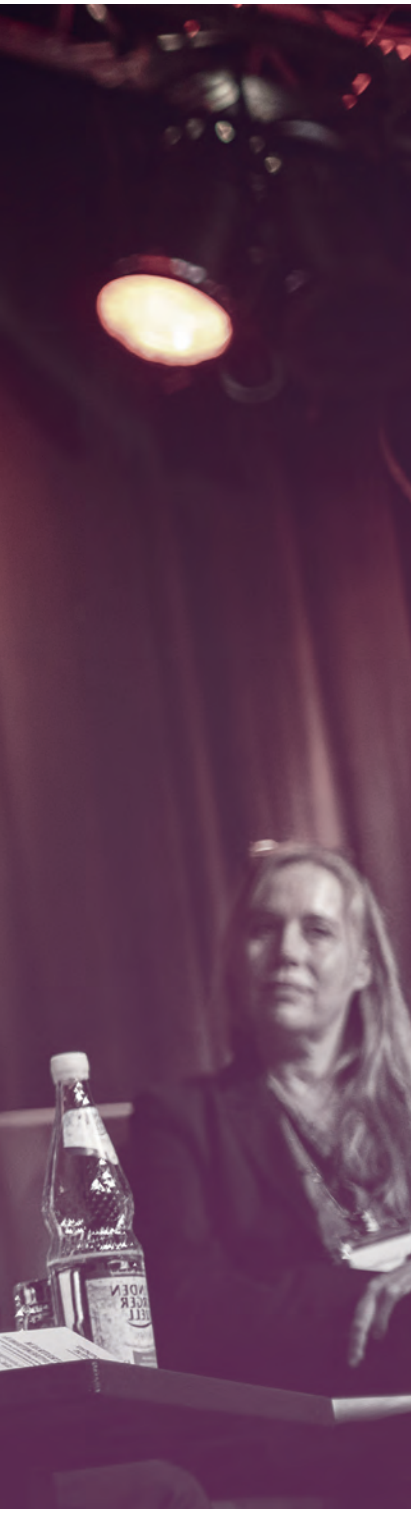
dass auch internationale Expertinnen und Experten diesen weiten Weg auf sich genommen haben.

Derzeit beobachten wir erhebliche Diskursverschiebungen, aber auch ein neues Sprechen über Antisemitismus. Dies ist aus unserer Sicht eine wichtige Entwicklung. Gleichwohl werden in diesem Spannungsfeld neue Feindbilder hergestellt und wieder »fixe« Gruppen umrissen, gar mit kollektiver Täterschaft belegt. Die Auslagerung antisemitischer Dispositionen auf den rechten Rand und auf die als homogen definierte Großgruppe der Muslime zeugen von dieser Entwicklung. Nicht, dass wir nicht über diese Erscheinungsformen sprechen sollen. Wir müssen diese Entwicklungen und Dispositionen erkennen und benennen. Wir brauchen aber auch eine sensible, selbst-reflexive Gesprächskultur und eine Diskursverantwortung, um der Gefahr der Instrumentalisierung entgegenzusteuern. Diese Fragen stehen im Fokus des dritten Symposiums am zweiten Tag des Fachsymposiums.

Diesem Gespräch folgt das vierte Podium zum pädagogischen und fachdidaktischen Diskurs – zur Frage nach essenziellen Rahmenbedingungen, damit nachhaltig wirksame pädagogische Präventionsmaßnahmen umgesetzt werden. Die Essenz antisemitischer Ressentiments hat aller Aufklärung offensichtlich widerstehen können, sonst hätten wir dieses Fachsymposium gar nicht ausrichten müssen. Nach 1945 vergingen Jahrzehnte, bis die Relevanz und das Fortwirken des geschichtlichen Antisemitismus wieder in den Fokus rückte. Die Anerkennung kam spät. Die pädagogische Arbeit dagegen verlief überwiegend historisch und befasste sich mit der Wissensvermittlung über das

Judentum, den Antisemitismus und die Shoah. Die Rolle und Funktion aktueller antisemitischer Gedanken und Gefühle wurden kaum angesprochen, ganz zu schweigen von der persönlichen Beziehung der Lernenden zu diesem Lerngegenstand.

Abschließend möchte ich einige Fragen aufgreifen. Und zwar eine von Herrn Dr. Geue: »Wie lernen Gesellschaften?« Und eine von Petra Pau: »Warum zeigt sich Antisemitismus gerade jetzt so aggressiv?« Schließlich eine Frage, die von vielen Redner*innen gestellt wurde: »Was tun wir dagegen?« Ich glaube, dass dies unsere Grundfragen sind. Ich danke allen, die hier sind, für das Interesse, für die Resonanz und für die langjährige Unterstützung unserer Arbeit. Ich wünsche uns allen eine erkenntnisreiche Tagung. Vielen Dank!



VII SYMPOSIUM 1

EMPIRISCHE BESTANDS-AUFNAHME(N) – ERKENNTNISSE UND WIDERSPRÜCHE

MIT **JONATHAN BOYD,**
GIDEON BOTSCH,
UND **BEATE KÜPPER**

MODERATION
PATRICK SIEGELE

BEATE KÜPPER ist Sozialpsychologin und Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein. Sie arbeitet seit vielen Jahren zu den Themen Vorurteile, Diskriminierung, Diversity und Integration, u. a. im Rahmen der Langzeitstudie »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« und als Ko-Autorin der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen, rechtspopulistischen und menschenfeindlichen Einstellungen. Von 2015 bis 2016 war sie Mitglied im Zweiten Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestags.

JONATHAN BOYD ist Geschäftsführer des Institute for Jewish Policy Research, eines unabhängigen Forschungsinstituts und Think-Tanks in London. Das Institut erhebt Daten und politische Erkenntnisse zu zeitgenössischen jüdischen Themen für Organisationen, die sich für jüdisches Leben in Großbritannien und in ganz Europa einsetzen. Dr. Jonathan Boyd promovierte an der University of Nottingham, Großbritannien, und erwarb einen B. A. und M. A. in Moderner Jüdischer Geschichte am University College London. Zuvor war er am Mandel Institut in Israel sowie am JDC International Centre for Community Development in London und Paris tätig. Er ist Vorstandsmitglied der ASSJ – Association for the Social Study of Jewry und der Zeitschrift Journal for the Study of Antisemitism.Aktuell arbeitet und forscht er zu folgenden Themen: Antisemitismus in Europa, europäisch-jüdische Demographie, Soziologie und jüdische Gesellschaft.

GIDEON BOTSCH ist Politikwissenschaftler, Privatdozent an der Universität Potsdam und Leiter der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus des Moses Mendelssohn Zentrums, Potsdam.

Patrick Siegele: Ich fühle mich geehrt, heute das erste Podium eröffnen zu dürfen. Im Laufe der inhaltlichen Absprachen hat mir Marina Chernivsky einiges mit auf den Weg gegeben für das erste Panel. Wir wollen heute vor allem über Antisemitismus reden. Und ich freue mich, dass ich das Gespräch mit so einem kompetenten und interdisziplinären Panel gestalten darf – mit einer Sozialpsychologin, einem Historiker und einem Politologen. Wir gehen also mit gutem Beispiel voran, um die interdisziplinären Perspektiven auf das Thema zu stärken.

Lassen Sie uns über die Überschrift des Podiums sprechen: »Empirische Bestandsaufnahmen, Erkenntnisse und Widersprüche«. Ich verbinde mit empirischen Bestandsaufnahmen vor allem die Meinungsforschung, repräsentative Umfragen und Fragebögen standardisierter Art. Liebe Frau Küpper, wie würden Sie die Überschrift näher definieren?

Beate Küpper: Ja, Sie liegen richtig. Wir stützen uns vor allem auf große repräsentative Meinungsumfragen, zum Beispiel die sogenannte »Mitte-Studie« der Ebert-Stiftung, an der ich beteiligt bin, die parallele Studie der Leipziger Kollegen sowie weitere Umfragen. Es geht um große Bevölkerungsumfragen, unter anderem auch zu Antisemitismus. Hierzu gehören unter anderem auch weitere empirische Studien, die im Rahmen des Expertenkreises in Auftrag gegeben wurden,[1] durchgeführt von Andreas Zick und Julia Bernstein, gemeinsam mit Marina Chernivsky und mir. Gemeint ist unsere großangelegte Studie zu jüdischen Perspektiven, auf Antisemitismus fokussiert, die Wahrnehmungen von Jüdinnen und Juden befragt – und nicht die Einstellungen der nichtjüdischen Bevölkerung. Wir als Forschungsteam wussten relativ viel bezüglich der Einstellungen zu Antisemitismus, aber ziemlich wenig im Hinblick auf die Wirkung von Antisemitismus auf die jüdische

Bevölkerung. Dieses Erkenntnisinteresse hat uns dazu bewogen, diese Studie zu jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus zu konzipieren. Wir haben Online-Fragebögen entwickelt und narrative Interviews durchgeführt. Die Ergänzung quantitativer Daten durch die Interviews bietet Vertiefung, die Möglichkeit, Menschen zu ihrem Erleben zu befragen. Darüber hinaus wurden auch Expertinnen und Experten befragt. Wir haben also verschiedene empirische Zugänge benutzt, die jeweils etwas verschiedene Antworten auf etwas verschiedene Fragen geben. Auch die analytische Untersuchung von antisemitischen Vorfällen und Übergriffen am Beispiel von laufenden Studien des Kompetenzzentrums sowie der Bestandsaufnahmen der RIAS[2] gehört dazu.

Patrick Siegele: Du hast jetzt aufgeführt, aus welchen Quellen wir unser empirisches Wissen über Antisemitismus ziehen. Aber du hast immer wieder auch gesagt, »Deutschland leistet es sich, nicht genauer wissen zu wollen, wie antisemitisch die Gesellschaft ist«. Also: Es gibt noch viel zu tun?

Beate Küpper: Ja, wir haben einige Umfragen, aber auch immense Lakunen. Die hiesigen Umfragen werden in der Regel von privaten Stiftungen gefördert. Wir haben keine einzige Studie in Deutschland, die sich primär auf das Thema »Antisemitismus in der Mehrheitsbevölkerung« fokussiert, sondern nur Bausteine in anderen Umfrageportalen. Das heißt, wir haben ausgerechnet in Deutschland kein umfassendes Instrument, um Antisemitismus in der breiten Bevölkerung umfassend zu registrieren. Wir fangen erst jetzt damit an, jenseits der klassischen Einstellungsforschung antisemitische Dispositionen bis hin zu Übergriffen differenzierter zu erfassen und zu dokumentieren. Mit dem Instrument der RIAS und auch der Fallanalyse OFEK[3] gewinnen wir Einblicke in die alltäglichen Dimensionen von Antisemitismus.

Ja, wir haben einige Umfragen, aber auch immense Lakunen. Die hiesigen Umfragen werden in der Regel von privaten Stiftungen gefördert. Wir haben keine einzige Studie in Deutschland, die sich primär auf das Thema »Antisemitismus in der Mehrheitsbevölkerung« fokussiert, sondern nur Bausteine in anderen Umfrageportalen. Das heißt, wir haben ausgerechnet in Deutschland kein umfassendes Instrument, um Antisemitismus in der breiten Bevölkerung umfassend zu registrieren.

Patrick Siegele: Die Bielefelder Langzeitstudie[4] hat Antisemitismus auch, wie du sagst, als »Baustein« in Kombination mit anderen gruppenbezogenen Phänomenen analysiert. Das Wort »Syndrom« wurde als Oberbegriff verwendet. Ich höre jetzt einerseits Kritik von dir, dass man dem Phänomen Antisemitismus nicht explizit gerecht wird. Hat aber ein vergleichender Zugang nicht auch Vorteile?

Beate Küpper: Doch; wir haben Teile des Antisemitismus identifizieren können, die Parallelen zu anderen klassischen Abwertungsphänomenen aufzeigen. Das hat geholfen, das Thema auch in die öffentliche Debatte einzubringen. Wir konnten Muster erschließen und danach fragen, inwiefern die einzelnen Abwertungsphänomene miteinander verbunden sind und wie

1 Zick A, Hövermann A, Jensen S, Bernstein J. *Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus*, Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung; 2017. https://uni-bielefeld.de/ikg/daten/JuPe_Bericht_April2017.pdf

2 www.report-antiseitism.de

3 www.zwst-kompetenzzentrum/ofek/

4 https://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF_Survey.html

sie sich unterscheiden. Wir haben auch den *»Drohansatz«* entwickelt und empirisch nachgewiesen, dass antisemitische Einstellungen sehr häufig mit abwertenden, ausgrenzenden Einstellungen gegenüber anderen Minderheiten Hand in Hand gehen, unter anderem auch gegenüber Muslimen. Marina Chernivsky hat in ihrer Keynote gesagt, dass Antisemitismus eine Welterklärung sei. Deshalb müssen wir fragen: Wie kann Antisemitismus entstehen und weiterwirken, ohne Jüdinnen und Juden? Geht es um das Gerücht, um Phantasie, wie das bereits von Adorno formuliert wurde? Das ist nur ein Aspekt von vielen, der Antisemitismus von anderen Phänomenen unterscheidet. Und solche Aspekte können Umfragen, die viele verschiedene Phänomene anschauen, nicht genau erfassen.

Ich weiß nicht, welcher Zugang der Beste ist. Wichtig ist, dass wir uns empirisch dem Thema explizit zuwenden und den Antisemitismus in seiner Eskalationsdynamik untersuchen.

Patrick Siegele: Ich wollte gerade sagen, dass wir dort höchstwahrscheinlich an die Grenzen dessen kommen, was wir mit Umfragen überhaupt erfassen können.

Beate Küpper: Ich weiß nicht, welcher Zugang der Beste ist. Wichtig ist, dass wir uns empirisch dem Thema explizit zuwenden und den Antisemitismus in seiner Eskalationsdynamik untersuchen. Da sind zum einen erkennbare Straftaten, und zum anderen Menschen, die Antisemitismus auf unterschiedliche Weise verstehen und umsetzen. Da sind die Jüdinnen und Juden, die Antisemitismus wahrnehmen, erleben und bewältigen. Da ist die nichtjüdische Gesamtbevölkerung, die Antisemitismus relativiert oder gar nicht erst zur Kenntnis nimmt. Diese Dynamiken können wir nicht unmittelbar in Einstellungsbewegungen nachzeichnen. Aber wir nehmen sie intuitiv wahr, sie verändern die Stimmung – und diese ist empirisch erfassbar, daher brauchen wir neue Zugänge, die genau da ansetzen. Wichtig ist, dass wir dieses Puzzle in seiner ganzen Dynamik und in seiner Wechselwirkung verstehen.

Patrick Siegele: Jonathan Boyd, das JPR *(Institute for Jewish Policy Research)* erhebt umfassend Daten zu antisemitischen Einstellungen, sowohl aus jüdischer als auch aus nichtjüdischer Perspektive. Wenn wir nach London und nach Großbritannien schauen, dann gibt es mit dem *Community-Security-Trust*[5] zum Beispiel eine Einrichtung, die sehr ausgewogen antisemitische Straftaten erhebt und auch Vorkommnisse unterhalb von Straftatbeständen nachzeichnet. Das Institut versucht, ein umfassendes Bild vom Antisemitismus in der britischen Gesellschaft zu geben. Was ist der Unterschied zwischen den beiden Organisationen?

Jonathan Boyd: Mein Institut ist im Gegensatz zum *Community Security Trust* nicht auf Antisemitismus spezialisiert. Wir untersuchen die jüdische Bevölkerung in Sachen Demografie, Ausbildung, soziale Wohlfahrt, Wohlbefinden, Einstellungen, Lebensformen, religiöse Praxis usw. Wir nähern uns dem Antisemitismus aus einer ganz anderen Perspektive als die vielen anderen Institute. Unser Team sind Sozialforscher*innen und Statistiker*innen, und keine Aktivisten*innen. Damit ist keine Wertung verbunden; es sind einfach unterschiedliche Perspektiven und Funktionen.

Patrick Siegele: In den antisemitismusbezogenen Untersuchungen, die das JPR durchführt, arbeitet ihr mit dem Begriff des *Elastic View*. Kannst du uns mehr dazu erzählen?

Jonathan Boyd: Bei Elastic View geht es um einen elastischen Standpunkt, der in Forschungen sehr oft übersehen wird. Daran können wir diverse Haltungen gegenüber Juden erfassen und erklären. Es ist wichtig, Antisemitismus nicht als eine starre Einstellung zu begreifen, sondern als eine Haltung, die sich wandeln, ändern, bewegen kann. Ich verstehe Liberalismus oder auch Konservatismus als Haltungen. Es gibt Menschen, die sich als überzeugte Konservative oder Liberale begreifen. Studien, die antisemitische Einstellungen erheben, zeigen durchaus auch Hardcore-Antisemiten auf, die einen ideologischen Hass auf Juden hegen. In der britischen Gesellschaft gehen wir von zwei bis drei Prozent aus. Wenn wir aber auf die allgemeine Verteilung der antisemitischen Vorurteile schauen, da steigen wir auf dreizehn Prozent. Und wenn wir starke anti-israelische Vorurteile betrachten, dann sind es 56 % der britischen Gesellschaft. Hier lässt sich der Begriff der *Elastic View* anwenden: Es gibt eine kleine Gruppe von überzeugten Antisemiten, und es gibt die unterschiedlichen antisemitischen Einstellungen, die breit verteilt sind. Das Ausmaß antisemitischer Ressentiments ist wesentlich höher, wenn wir uns die Haltungen dahinter anschauen. So unterschiedlich sind dann auch die Strategien. Wie gehen wir mit überzeugten Antisemit*innen um – und wie mit allgemeinen, oftmals nicht näher definierten Haltungen und Vorurteilen in der Gesellschaft?

Patrick Siegele: Herr Gideon Botsch, ich denke, diese Idee von Elastizität müsste auch für Sie interessant sein. In unserem Vorgespräch haben Sie eine gewisse Skepsis geäußert, wenn von 15 bis 20 % antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung gesprochen wird, oder von 6 % mit einem gefestigten antisemitischen Weltbild. Wie aussagekräftig ist das denn wirklich?

Gideon Botsch: Zunächst gibt es einen vergleichbaren Begriff: *bewegliches Vorurteil*[6]. Was die empirische Einstellungsforschung angeht, kann man sagen, dass wir bei allen Unterschieden und Abweichungen doch relativ verlässliche Werte haben. Ich habe ein Grundvertrauen gegenüber diesen Werten und der generellen Ausrichtung der empirischen Forschung. Wo wir aber schwierig vorankommen und eine Lücke zu füllen haben, ist der Sprung von Einstellungen zum Verhalten. Es geht um die Vermittlung zwischen mobilisierbaren, latenten oder auch manifesten Einstellungsmerkmalen, Vorurteilen, Stereotypen und Rassismen – und dem daraus resultierenden Handeln. Was bedeutet überhaupt Handeln? Auch Sprechakte sind Handlungen. Genau darin versteckt sich die Schieflage, die wir zurzeit in der öffentlichen Wahrnehmung von Antisemitismus haben. Wir betrachten die Einstellungswerte und vernachlässigen die handlungsorientierten Studien. Wir haben im Moment eine Tendenz, Antisemitismus als etwas zu diskutieren, was wabernd in der Gesellschaft vorhanden ist. Aber Antisemitismus ist nicht einfach vorhanden, sondern er wird erzeugt und reproduziert in aktiven Interaktionsprozessen; er ist gleichzeitig Handeln. Diese Ebene wird zu wenig diskutiert und meines Erachtens auch zu wenig erforscht.

Patrick Siegele: Man kann also nicht so einfach den Schluss ziehen, je höher die Einstellungswerte, desto größer ist auch die Gefahr, dass es zum Handeln kommt? Sondern es hängt von den Akteuren ab? Habe ich Sie das richtig verstanden?

5 https://cst.org.uk

6 Vgl. Christina von Braun, Eva-Maria Ziege (Hg.), *Das ›Bewegliche Vorurteil‹*. Aspekte des internationalen Antisemitismus.

Gideon Botsch: Es gibt drei Ebenen, die wir unterscheiden können. Es gibt einmal das, was Einstellungsforschung und Politikwissenschaft unter dem Begriff *Political Culture* diskutieren. Dafür, dass daraus ein antisemitischer Akt wird, sind noch zwei andere Aspekte nötig. Ich nutze noch einen englischsprachigen Begriff, *Opportunity Structures*: Gelegenheitsstrukturen, oder Gelegenheitsräume, die eröffnet werden können. Und dann auf der dritte Ebene geht es um das Handeln – um die sogenannte *Actors' Dimension*. Das sind die drei Dimensionen, die zusammenwirken. Ich betone hier nur eine Schieflage, die ich sehe. Ich will damit keinesfalls sagen, andere Forschungen seien überflüssig, wertlos oder führen in die falsche Richtung. Letztlich geht es um das Puzzle, von dem Jonathan mehrfach gesprochen hat.

Beate Küpper: Genau das ist aus meiner Sicht ein Grund, den Begriff *Perspektivendivergenz* – diesen Begriff habe ich von Marina Chernivsky übernommen – dringend zu diskutieren. Werden Jüdinnen und Juden nach ihren Wahrnehmungen gefragt, dann kommen wir zu ganz anderen Ergebnissen als wenn wir Nicht-Jüdinnen und Nicht-Juden befragen. Es ist wichtig, die unterschiedlichen Perspektiven – eben auch auf der Handlungsebene – zu erforschen. Sonst haben wir ein verzerrtes Bild und erfahren nicht, wie Antisemitismus wirkt und was er anrichtet. Dabei adressieren wir indirekt das antisemitische Handeln. Wir wissen jetzt aus der Studie, was Jüdinnen und Juden täglich erleben: Auf diese Weise summiert sich das Handeln, was von einzelnen Akteuren ausgeübt wird und das, was sonst noch im Raum schwirrt. Hier sieht man deutlich das Phänomen der *Perspektivendivergenz*, denn vieles bekommen Nicht-Jüdinnen und Nicht-Juden nicht mit, bzw. sie deuten es anders.

Patrick Siegele: Da gelingt mir doch gleich eine Überleitung zu Jonathan Boyd: Mit dem unabhängigen Expertenkreis haben wir genau auf die Perspektiven der von Antisemitismus betroffenen Menschen genauer schauen wollten. Wir haben uns bei dieser Umfrage, die wir sowohl quantitativ als auch qualitativ durchgeführt haben, an der FRA-Studie orientiert, die 2012 veröffentlich wurde. Die FRA, die *Fundamental Rights Agency*, hat so eine Studie zum ersten Mal aus europäischer Perspektive gemacht. Und ich weiß, dass das JPR jetzt gerade eine Neuauflage dieser europaweiten Studie durchführt. Ich weiß, Jonathan, du darfst uns noch nicht so viel über die Ergebnisse erzählen, aber vielleicht über die Methodologie. Wie würdest du denn überhaupt jüdische Perspektive definieren?

Jonathan Boyd: Die FRA-Studie wurde von der *Fundamental Rights Agency* als einer EU-Behörde konzipiert und durchgeführt. Die FRA betreibt Forschung über Xenophobie, Hassverbrechen und Rassismus. In dieser ersten Studie[7] ging es darum, wie Jüdinnen und Juden aus neun unterschiedlichen Ländern Antisemitismus wahrnehmen. In der neuen FRA-Erhebung[8] geht es um die Folgestudie, die nun 13 EU-Länder umfasst. Methodologisch lassen sich hier vier fundamentale quantitative Ansätze unterscheiden. Erstens schauen wir uns die Anzahl antisemitischer Übergriffe an. Zweitens, Meinungsumfragen. Drittens, migrationsbedingte Indikatoren. Und viertens, die Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung. Es gibt also unterschiedliche Zugänge zum selben Thema. Das Bild des Puzzles wurde schon einige Male angesprochen – und tatsächlich, um Antisemitismus verstehen zu können, müssen wir verschiedene Zugänge benutzen; wir müssen die Stärken und Schwächen jedes Zugangs anerkennen und Konsequenzen daraus ziehen. Ich glaube, die FRA-Studie ist eine besonders wichtige Umfrage dank der

Einbeziehung jüdischer Perspektiven aus einem internationalen und paneuropäischen Blick.

Patrick Siegele: Aber was ist diese »jüdische Perspektive«? Wer ist damit gemeint? Fragen Sie Menschen, die sich als jüdisch definieren, oder auch jene, die in jüdischen Organisationen tätig sind? Wie können wir uns diesem Begriff nähern?

Jonathan Boyd: In unserer Studie geht es darum, Mitglieder der jüdischen Bevölkerung unterschiedlicher Länder zu befragen. Wir fragen danach, was sie als Jüdinnen und Juden erfahren haben, was sie denken, wie sie antisemitische Tendenzen bewältigen. Gleichwohl ist es wichtig, über jüdische Organisationen und Menschen, die darin und damit arbeiten, Wissen zu generieren. Es ist genau dieses Puzzle, das es ermöglicht, unterschiedliche Perspektiven zu verstehen. Das war nach meinem Verständnis auch eine der ursprünglichen Motivationen der FRA-Studie 2012: Die FRA und ihre Vorgängerorganisation hatten viele Untersuchungen unter jüdischen Organisationen und Führungspersönlichkeiten durchgeführt, aber sie wollten klarer verstehen, ob das nur die Perspektive dieser Personen ist oder ob die jüdische Bevölkerung insgesamt diese Sichtweise teilt. Ist die Führung repräsentativ für die Bevölkerung? Im Großen und Ganzen: Ja. Aber ob man nur damit versteht, was in der Gemeinde passiert, ist eine andere Frage.

Patrick Siegele: Das führt uns wieder zu den Perspektiven und den Widersprüchen, die es in der empirischen Sozialforschung gibt. Ich schaue nochmal zur Ihnen, Beate Küpper. 76 % der Betroffenen geben an, dass Antisemitismus für sie ein großes Problem sei und 78 % meinen, dass Antisemitismus in den letzten fünf Jahren zugenommen habe. Auf der anderen Seite finden wir in der Straftaten-Statistik und in den Umfragen der Gesamtbevölkerung ganz andere Zahlen. Wie gehen wir damit um?

Beate Küpper: Ich würde empfehlen, nicht zu gewichten, sondern all diese Zugänge und Datensätze zusammenzudenken. Wir sollten versuchen, zu verstehen, was zu diesen *Perspektivendivergenzen* führt. Einen Grund haben wir schon angegeben. Vieles, was unterhalb des Straftatbestandes ist, wird nicht erfasst. Erstens haben wir das Problem mit Straftaten, die nicht angezeigt werden. Und es gibt auch Straftaten, die anders eingeordnet werden. Viele aus der Community haben nicht das nötige Vertrauen in Institutionen. Deswegen ist es wichtig, dass es für die jüdischen Communities Ansprechpartner gibt, die das Vertrauen der Gemeinde genießen. Viele der Beratungsstellen werden nicht in Anspruch genommen. Wir brauchen Beratungsstellen, die sich auf Antisemitismus spezialisieren und uns beim Verstehen antisemitischer Dynamiken durch ihre Analysen unterstützen können.

Patrick Siegele: Herr Botsch, teilen Sie diese Meinung?

Gideon Botsch: Wir haben im Rahmen der FRA-Studien Daten für Deutschland erhoben. Dieses Wissen hat eine große Relevanz für politische Handlungskonzepte. Wenn wir wissen, dass ein entschiedener Teil der Straftaten nicht gemeldet wird, dann müssen wir strukturell handeln und alles dafür tun, damit Dunkelfelder ausgeleuchtet werden. Das eingeschränkte Sicherheitsempfinden vieler Jüdinnen und Juden muss klar benannt werden. Ich glaube, der nicht zu leugnende Effekt der ersten FRA-Studie und auch der Studie vom Expertenkreis Antisemitismus ist, auf diese Dimension zum ersten Mal empirisch aufmerksam gemacht zu haben.

7 https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2013-discrimination-hate-crime-against-jews-eu-member-states_de.pdf

8 https://fra.europa.eu/de/publication/2013/fra-erhebung-zu-wahrnehmungen-und-erfahrungen-der-jdischen-bevlkerung-im

Und daraus kann Politik jetzt wirklich Handlungsmaßnahmen ableiten. In Berlin ist das auf vorbildliche Weise geschehen, indem Mittel für ein unabhängiges Monitoring antisemitischer Vorfälle durch RIAS zur Verfügung gestellt wurden, und wir wünschen uns eine solche Entwicklung auch in anderen Bundesländern.

Ich halte die Zusammenarbeit für sehr wesentlich. Wir stecken eine ganze Menge an Energie in die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Initiativen – nicht nur im Feld des Antisemitismus, sondern insgesamt, auch im Forschungsfeld Rechtsextremismus.

Patrick Siegele: Jetzt sind wir bei der Politik. Das nächste Symposium wird diesen Aspekt sicherlich aufnehmen – schauen wir jetzt aber nochmal in die Praxis und die Prävention. Beate, gerade du hast immer wieder gesagt, wir brauchen mehr Forschung – Praxisaustausch und Dialog, jenseits von Evaluierungen, von Bundesprogrammen und ähnlichen Dingen. Was sollte deiner Meinung nach noch stärker aus diesen Ergebnissen in die Praxis hineingetragen werden? Und auch umgekehrt: Was kann die Praxis bieten, damit die empirische Sozialforschung uns mehr Erkenntnisse über den Zustand des Antisemitismus in unserer Gesellschaft gibt?

Beate Küpper: Das ist genau das, was das Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment sich auf die Agenda gesetzt hat: den Perspektivwechsel in der Mehrheitsgesellschaft zu erzeugen, und zwar unter Berücksichtigung jüdischer Perspektiven. Das ist etwas, was für die Praxis sehr gut genutzt werden kann. Das, was wir mitnehmen können, ist die Erkenntnis, dass Antisemitismus ein unangenehmes Thema ist, welches gern abgewehrt und de-realisiert bzw. den jeweils anderen zugewiesen wird. Aktuelle Erkenntnisse sichern diesen Befund und veranlassen uns zum Handeln. Wir müssen anerkennen, dass Antisemitismus mitten in unserer Gesellschaft ist und auch etwas mit unserer Gesellschaft macht. Diesem Umstand müssen wir uns stellen. Das beschreibt der Begriff *Elastic View* sehr treffend.

Patrick Siegele: Wir haben schon gehört, dass sowohl die Studie des Expertenkreises als auch die besagte FRA-Studie stark zu einer politischen und gesellschaftlichen Sensibilisierung beigetragen haben. Die Tatsache, dass Antisemitismus nun auch aus der Perspektive der Betroffenen betrachtet wird, ist eine wichtige Neuerung im Diskurs. Gibt es eventuell Pläne, was mit diesen Ergebnissen passieren wird? Wie stellen wir sicher, dass diese Erkenntnisse sowohl in der Forschung als auch in der Praxis und Politik aufgenommen und genutzt werden?

Jonathan Boyd: Wir machen Forschung. Wir haben keine Autorität, die Daten anders zu verwerten. Wir tragen die Daten zusammen und geben sie weiter. Und diese Daten sind sehr wertvoll. Zum einen, weil sie die jüdische Perspektive aufzeigen und zum anderen, weil sie Grenzen zwischen den Staaten überwinden. Somit decken sie viele verschiedene Formen von Antisemitismus ab. Die Daten, die wir jetzt im Rahmen der FRA-Studien zusammengetragen haben, bilden die größte Datensammlung, die je über Juden in Europa erhoben wurde. Wir sitzen auf einer Daten-Goldmine und wir müssen diese Daten so wirksam wie möglich nutzen.

Patrick Siegele: Herr Botsch, arbeiten Sie auch mit der Zivilgesellschaft zusammen? Oder anders gefragt: Wie können sich Wissenschaft und Praxis gegenseitig befruchten?

Gideon Botsch: Ich halte die Zusammenarbeit für sehr wesentlich. Wir stecken eine ganze Menge an Energie in die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Initiativen – nicht nur im Feld des Antisemitismus, sondern insgesamt, auch im Forschungsfeld Rechtsextremismus. Alles, was einen dokumentarischen Wert hat, ist uns stets wichtig. Wir pflegen eine enge und befruchtende Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Im Rahmen wissenschaftlicher Begleitung sind zum Beispiel viele verschiedene Dialogformate möglich.

Patrick Siegele: Ein schönes Zwischenfazit für das diesjährige Fachsymposium. Vielen Dank an das Podium!

VIII SYMPOSIUM 2

POLITISCHE INTERVENTIONEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

MIT **FELIX KLEIN,**
FRÉDÉRIC POTIER,
KATHARINA VON SCHNURBEIN
UND **ANNA CHIPCZYŃSKA**

MODERATION
SERGEY LAGODINSKY

FELIX KLEIN ist seit Mai 2018 Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus. Diese Position wurde mit dem Koalitionsvertrag neu geschaffen; Hintergrund ist die intensive Diskussion über die Zunahme des Antisemitismus in Deutschland und die Frage, wie diesem Phänomen auf Ebene des Bundes entgegengetreten werden kann. Er trat nach seinem Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg und London 1994 in den Auswärtigen Dienst ein. Nach mehreren Inlandsverwendungen und Auslandsposten in Kamerun und Italien war er von März 2014 bis April 2018 Sonderbeauftragter für Beziehungen zu jüdischen Organisationen und Antisemitismusfragen im Auswärtigen Amt.

FRÉDÉRIC POTIER studierte an der National school of administration (ENA) in Straßburg und am Institute of political studies in Bordeaux. Seit 2006 hielt er verschiedenste politische Positionen inne: Ministerium für Überseegebiete (Paris) – Leiter der institutionellen Abteilung (2006–2008); Präfektur der Region Centre (Orléans) – Stabschef (2008–2009); Innenministerium (Paris) – Leiter der Wahleinheit (2009–2012); Nationalversammlung / Büro des Präsidenten (Claude Bartolone) – Berater für innere Angelegenheiten (2012–2014); Büro des Premierministers (Manuel Valls, dann Bernard Cazeneuve) – Berater für Überseegebiete (2014–2017). Aktuell leitet Potier die französische nationale Delegation gegen Rassismus, Antisemitimus und Anti-LGBT-Hass (DILCRAH).

ANNA CHIPCZYŃSKA ist Vizepräsidentin der jüdischen Gemeinde von Warschau. Sie hat einen Abschluss in internationalen Beziehungen von der Central European University in Budapest (Stipendium des Open Society Institut) und in Rechtswissenschaften von der BPP Law School in London. Von 2003 bis 2004 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tel Aviv. Sie arbeitete unter anderem für polnische humanitäre Maßnahmen und das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte. Sie ist Mitglied der Gründerversammlung der Stiftung zur Erhaltung des jüdischen Erbes in Polen sowie Mitglied sowohl des Rates als auch des Religionsrates der Union der jüdischen Gemeinschaften in Polen.

KATHARINA VON SCHNURBEIN wurde im Dezember 2015 zur ersten Koordinatorin der Europäischen Kommission zur Bekämpfung des Antisemitismus ernannt. Zuvor war sie fünf Jahre lang Beraterin des EU-Kommissionspräsidenten Jose Manuel Barroso für den Dialog mit Religionen und weltanschaulichen Organisationen. Sie arbeitete 2002 als Pressereferentin für die EU-Delegation in Prag für die Europäische Kommission. Mit der Erweiterung der EU zog sie nach Brüssel als Sprecherin für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit unter der Verantwortung des tschechischen EU-Kommissars Vladimir Špidla. Zuvor war sie für den Vorsitzenden des Ausschusses für europäische Angelegenheiten beim Deutschen Bundestag in Berlin sowie für eine internationale Krisenmanagement-Beratung tätig. Ihr Bildungshintergrund umfasst ein Studium der Politikwissenschaft und Slawistik an der Charles University in Prag und der Universität Bonn, einen Master in Slavonic Studies an der Oxford University (1997) und einen Master in European Studies am Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn (1999). Das akademische Jahr 2017/18 verbrachte sie als EU-Stipendiatin am Europäischen Hochschulinstitut

in Florenz, um wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus in ganz Europa zu erforschen.

Sergey Lagodinsky: Das Thema unseres Podiums bezieht sich auf politische Interventionen im internationalen Vergleich. Dieses Thema lässt sich aus meiner Sicht auf verschiedenen Ebenen betrachten und diskutieren. Was ist überhaupt möglich auf der jeweiligen Ebene? Wo werden Potenziale bereits voll ausgeschöpft, und an welcher Stelle lassen sich Ansätze ausarbeiten? Um diesen und weiteren Fragen nachzugehen, freue ich mich, ein internationales Podium begrüßen zu dürfen – Dr. Felix Klein, Frédéric Potier, Katharina von Schnurbein und Anna Chipczyńska. Ich möchte auf der bundespolitischen Ebene beginnen und stelle meine erste Frage an Dr. Felix Klein. Dr. Klein ist im Laufe seiner Karriere vielfältig mit dem Thema Antisemitismus in Berührung gekommen – als Diplomat, als Beamter, als private Person, als politischer Mensch…

Wie sehen Sie Ihre neue Funktion im Vergleich zu den vorherigen?

Felix Klein: Das erfreuliche an dieser neuen Position ist, dass sie überhaupt geschaffen wurde. Es freut mich, dass die Politik in Deutschland den Kampf gegen Antisemitismus intensiviert. Es ist nicht so, dass wir vorher nichts gemacht hätten. Aber es braucht eine Stelle, die bestehende Maßnahmen miteinander koordiniert, Akteur*innen vernetzt, ihre Arbeit bündelt und vor allem eine möglichst kohärente Gesamtstrategie im Kampf gegen Antisemitismus formuliert – darin sehe ich meine Aufgabe. Das weitere Gute an der Position ist, dass diese von der Bundesregierung zu einem Kollektivorgan ernannt wurde. Ich bin zwar im Innenministerium angesiedelt, aber die Chefin ist die Bundesregierung als Ganzes. Das verschafft mir eine Unabhängigkeit, die für normale Beamte völlig außergewöhnlich ist. Ich kann also eigene Pressearbeit machen, Denkanstöße geben und ins politische Geschäft eingreifen. Ich muss mich oft äußern zu Fragen, bei denen der Bund gar nicht zuständig ist. Denn der Großteil der Maßnahmen, die in Betracht kommen würden, liegen in der Zuständigkeit der Länder. Ich trete innerhalb der Bundesregierung anderen Ministerien auf die Füße, lege Missstände offen und treibe Projekte voran.

Das erfreuliche an dieser neuen Position ist, dass sie überhaupt geschaffen wurde. Es freut mich, dass die Politik in Deutschland den Kampf gegen Antisemitismus intensiviert.

Sergey Lagodinsky: Es gab eine aktive Diskussion vor deiner Ernennung zum Beauftragten. Jetzt gibt es weitere Ernennungen auf der Länderebene. Wie gehst du damit um?

Felix Klein: Ich begrüße diese Dynamik, dass jetzt viele Bundesländer dem Beispiel Bayerns und anderer Länder folgen. Aber die Frage zielt auch auf andere Minderheiten und Beauftragte. Ich persönlich hätte nichts dagegen, aber ich finde, es ist besonders wichtig, einen Beauftragten im Kampf gegen Antisemitismus zu haben, weil der Antisemitismus vor dem Hintergrund unserer Geschichte so eine besondere Situation ist. Antisemitismus ist in Deutschland nun mal etwas anderes als zum Beispiel in Frankreich. Hier wurde der Holocaust erfunden und ins Werk gesetzt. Und deswegen ist jeder antisemitische Vorfall hier besonders zu betrachten. Der Zustand der jüdischen Gemeinschaft in einem Land sagt viel aus über die Gesellschaft als solche.

Immer wieder versuche ich, ins Bewusstsein zu rücken, dass der Kampf gegen Antisemitismus kein Kampf ist, den wir Jüdinnen und Juden überlassen können, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Antisemitismus ist immer mit anderen Formen von Ablehnung und Diskriminierung verbunden, mit Globalisierungskritik und Israelkritik. Deswegen ist es so wichtig, dass wir einen Beauftragten im Kampf gegen Antisemitismus haben. Denn wenn wir hier Erfolge erzielen, wirken wir auf andere Formen von Diskriminierung auch ein.

Sergey Lagodinsky: Vielen Dank. Damit sind wir bei Frédéric Potier, der hier unsere französischen Kolleg*innen vertritt. Monsieur Potier ist Beauftragter gegen Rassismus, Antisemitismus und LGBTQI*-Feindlichkeit. Sie können auf eine lange Karriere innerhalb der Regierung in verschiedenen Funktionen zurückblicken – als Berater im Innenministerium beispielsweise, und jetzt bei dieser Ernennung… Ist es für Sie nicht zu viel, Beauftragter gegen so viele Formen der Diskriminierung auf einmal zu sein?

Frédéric Potier: Wenn du Antisemitismus bekämpfst, kämpfst du gegen Ignoranz, gegen Hass und du hast einige Instrumente zur Verfügung. Eins davon ist die Erziehung und Aufklärung über die Shoah und andere Genozide. In Frankreich unterrichten wir die Geschichte aller Genozide – zum Beispiel deren in Armenien und in Ruanda. Das hilft uns, jungen Menschen zu erklären, dass Antisemitismus etwas Globales ist. Deswegen bin ich zuständig für Rassismus, Antisemitismus, aber auch LGBTQI-Feindlichkeit. Ich bin stolz auf diesen gemeinsamen Zugang: Ob Jüdinnen und Juden, Schwule oder Menschen aus arabischen Ländern angegriffen werden oder beleidigt werden, in allen diesen Fällen kommen Stereotypen und Hassmotivation zum Ausdruck. Deswegen verwenden wir in Frankreich den Begriff des Hassverbrechens. Wie Felix Klein arbeite ich auch für die gesamte Regierung: Erziehung, Kultur, Sport, Justiz… Ich war sehr beeindruckt von dem letzten Podium, von den Studien zu Antisemitismus. Das hat mir neuen Stoff zum Nachdenken gegeben.

Sergey Lagodinsky: Können Sie uns ein Beispiel geben, was Ihr erfolgreichster Kampf oder Aktion war?

Frédéric Potier: Wir haben vor einigen Wochen ein nationales pädagogisches Team lanciert, das an Schulen und Universitäten über Antisemitismus sowie andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufklärt. Das Ziel ist, gezielt präventiv im Bereich der Pädagogik tätig zu werden. Ich hoffe, dass wir damit einen großen Schritt in die richtige Richtung machen. Das haben wir bitter nötig; diesen Freitag wurde eine Zahl vorgestellt: Wir stellen eine 69 % Zunahme von antisemitischen Handlungen fest.

Sergey Lagodinsky: Lieber Herr Potier, wie nehmen Sie die Funktion von Dr. Klein wahr? Sie befassen sich mit mehreren Phänomenen; er legt den Fokus auf Antisemitismus. Macht es Sinn, mehrere Phänomene gleichzeitig zu bearbeiten?

Frédéric Potier: Jedes Land hat eine eigene politische Tradition. Ich kann nicht beurteilen, was Felix macht. Was ich sagen kann, ist, dass Antisemitismus sich in Frankreich, aber auch in Europa verbreitet. Vielleicht auch in Deutschland, und auch in den USA… Das Attentat von Pittsburgh wurde von jemandem aus der extremen Rechten begangen. Das ist ein Phänomen, welches die Zunahme radikaler Ideen exemplifiziert.

Sergey Lagodinsky: Nun möchte ich Anna Chipczyńska vorstellen, Vizepräsidentin der

jüdischen Gemeinde in Warschau. Frau Chipczyńska, Ihre Regierung hat keine vergleichbare Stelle eingerichtet. Bedeutet das, dass die Gemeinden diese politische Interventionsarbeit selbst übernehmen? Haben Sie Allianzen, Verbündete auf der politischen Ebene in Warschau oder Polen insgesamt?

Anna Chipczyńska: In Polen gibt es keine Beauftragten für Antisemitismus – dabei ist Antisemitismus in Polen omnipräsent, er ist überall, auch wenn wir keine Daten über seine Zunahme haben. Ich spreche hier aus der Perspektive der Gemeinde, nicht aus der Perspektive der Regierung oder der nichtjüdischen Gesellschaft. Ich beobachte aber auch eine gewisse Krise in der jüdischen Community. In Polen wurde zu Beginn dieses Jahres ein Gesetz verabschiedet, der die historisch adäquate Erinnerung an die Shoah verbietet: Nach diesem Gesetz darf jede Erklärung kriminalisiert werden, welche die Verantwortung bzw. gewisse Mittäterschaft des polnischen Staates anerkennt. Diese Kriminalisierung betrifft auch das Recht der NGOs, in diesem Themenfeld zu arbeiten. Sie berechtigt den Staat, gegen diese juristisch vorzugehen. Dieses Gesetz wurde zwar widerrufen, aber nicht vollumfänglich – nur die kriminellen Aspekte, nicht die zivilrechtlichen. Es wurde ein Diskus eröffnet, der es dem Staat erlaubt, offene antisemitische Erklärungen auszusprechen. Das kommt aus allen Richtungen, von den Medien, von einem Berater des polnischen Präsidenten, von öffentlichen Personen und vor allem über die sozialen Medien. Antisemitische Aussagen wie: »Juden machen Polen verantwortlich für den Holocaust«, »Juden beschuldigen die polnische Nation.« Eine politische Intervention auf der Ebene der Entscheidungsträger*innen ist nicht zu erwarten. In Polen haben nur wenige Jüdinnen und Juden überlebt. Die Mitglieder der heutigen jüdischen Gemeinschaft sehen sich dafür verantwortlich, die Erinnerung an den Holocaust aufrechtzuerhalten – und auch an die darauffolgenden antisemitischen Pogrome, die nach dem Krieg weitere Opfer gefordert haben. Jüdischer Gemeinschaft ist diese ganzheitliche Erinnerung sehr wichtig. Aber das bringt uns in einen Konflikt: Das dominante Narrativ schließt diese Aspekte nicht mit ein. Der Diskurs ist rechtsgerichtet und nicht inklusiv; er schließt uns aus.

Sergey Lagodinsky: Könnten Sie weiter Ihre Erfahrung beschreiben, auf der anderen Seite des Diskurses oder der Regierung zu sein?

Anna Chipczyńska: In Deutschland und wohl auch in Frankreich ist die jüdische Gemeinde ein willkommener Partner für die Regierung. Wir haben in Polen eine andere Situation. Ängste, Perspektiven und Belange der Gemeinde gehen nicht einher mit der Perspektive der herrschenden Partei. Bei uns ist alles, was Interventionen angeht, lokal verortet. Darüber hinaus sind die Fragen der Restitution noch völlig offen. Ich spreche jetzt von jüdischen Friedhöfen: Davon haben wir mehr als 1000 in Polen. Dazu kommen das jüdische Eigentum, Gemeinschaftssynagogen, jüdische Schulen. Für die polnische Gesellschaft ist der Holocaust nicht die Verantwortlichkeit von Polen, sondern von Deutschland und seinen Kollaborateuren. Die Regierung und die Parteien wollen keine moralische, politische und soziale Verantwortung dafür tragen, was geschehen ist. Das heißt, wenn wir die Shoah-Erziehung fördern wollen, müssen wir in den lokalen politischen Strukturen Partner*innen finden. Das können Bürgermeister*innen, Präsident*innen, Landräte, Gouverneure sein. Wir haben keine Beauftragten für Antisemitismus. Wir arbeiten mit dem Kultusministerium, Stichwort »nationales Erbe«, wenn es um Friedhöfe geht. Wir arbeiten mit dem Innenminister, wenn es um Sicherheit geht. Alles zusammen ergibt ein sehr komplexes Bild.

Sergey Lagodinsky: Vielen Dank, dass Sie dies mit uns geteilt haben. Nun begeben wir uns auf die Europaebene: Katharina von Schnurbein ist Koordinatorin der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus. Meine Frage an Frau von Schnurbein ist: Mit wem sprechen Sie auf der EU-Ebene, wenn es um politische Interventionen geht, zum Beispiel bei Causa Polen? Können Sie da zum Beispiel ein Wort mit dem Präsidenten von Polen, Andrzej Duda, sprechen?

Wir müssen aufzeigen, dass es ein Problem in allen Mitgliedsstaaten ist; wir müssen ebenfalls die Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung des Antisemitismus in den jüdischen Gemeinden und der Nicht-Wahrnehmung in der Gesamtbevölkerung problematisieren und verringern.

Katharina von Schnurbein: Seit Dezember 2015 habe ich explizit die Aufgabe, mehr Kontakt zu den jüdischen Gemeinden in allen Mitgliedsstaaten zu pflegen. Deswegen habe ich viele Mitgliedsstaaten besucht und den Kontakt zu den jüdischen Organisationen vor Ort aufgenommen. Meine Aufgabe sehe ich unter anderem darin, in der Europäischen Kommission ein Bewusstsein für die Situation der jüdischen Gemeinschaft in Europa zu stärken und zu fördern. Ich will aufzeigen, wie unterschiedlich die Gemeinden sind und mit welchen unterschiedlichen Herausforderungen sie zu kämpfen haben. Dabei geht es um eine Art *added value* auf der europäischen Ebene. Eine Sache zum Beispiel ist die Arbeitsdefinition von Antisemitismus, von der Kathrin Meyer bereits gesprochen hat. Diese haben wir zunächst im Kreis der Antisemitismus-Beauftragten aus verschiedenen europäischen Ländern besprochen. Beim Austausch stellte sich zum Beispiel heraus, dass Großbritannien die Antisemitismus-Definition seit Jahren in der Polizeiausbildung anwendet. Auch das amerikanische Außenministerium nutzt die Definition, um Antisemitismus zu klassifizieren. So bekamen wir lauter Beispiele, die zeigten, dass diese Definition schon benutzt wird, aber keinen offiziellen Status hat. Im Zuge weiterer Ereignisse wurde im Europäischen Parlament die Resolution zu Antisemitismus im Juni 2017 verabschiedet, in der diese Definition formal angenommen wurde – mit der Aufforderung an die Mitgliedsstaaten der EU, nachzuziehen. Inzwischen haben sechs Mitgliedstaaten sie angenommen. Das zeigt, es gibt durchaus Möglichkeiten, auf der europäischen Ebene den Diskurs zu pushen. Gleichzeitig glaube ich, dass es sehr wichtig für uns ist, die Situation vor Ort zu kennen. Wenn ich in ein EU-Mitgliedsland fahre, ist die erste Anlaufstelle immer die jüdische Gemeinde. Dann spreche ich auch mit den Regierungsvertreter*innen oder auch mit der Polizei. Es gibt Bereiche – zum Beispiel Bildung – in denen sich ohne die Veränderung auf der regionalen, lokalen und nationalen Ebene nichts tun lässt.

Der Oberrabbiner von Rom hat mir am Anfang des Jahres gesagt: Seit Sie im Amt sind, ist Antisemitismus explodiert. Da hat er nicht ganz Unrecht. Aber ich glaube, wir schaffen Möglichkeitsräume, um auf der nationalen und regionalen Ebene Interventionen umzusetzen, die vielleicht anders nicht umzusetzen wären. Jetzt gibt es ein höheres Bewusstsein für Rassismus und Xenophobie, auch im Ministerium für Justiz und im Ministerium des Inneren. In diesem Bereich gibt es bereits einen regen Austausch im Hinblick auf die Datenerfassung und Dokumentation. Es gibt

Länder, in denen das gut funktioniert, wie die RIAS[1] in Berlin oder das CST[2] in Großbritannien zeigen. Und wir komplementieren das zum Beispiel mit dem FRA-Survey[3], der von der Kommission initiiert wurde und den wir am 10. Dezember in Brüssel vorstellen. Zusätzlich brauchen wir auch ein Eurobarometer zu Antisemitismus in der Gesamtbevölkerung, damit nicht nur die 13 Länder, die an der FRA-Umfrage beteiligt sind, sich betroffen fühlen. Wir müssen aufzeigen, dass es ein Problem in allen Mitgliedsstaaten ist; wir müssen ebenfalls die Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung des Antisemitismus in den jüdischen Gemeinden und der Nicht-Wahrnehmung in der Gesamtbevölkerung problematisieren und verringern.

Sergey Lagodinsky: Ich habe das Gefühl, dass Ihre Arbeit, die wirklich sehr beeindruckend ist, vor allem etwas Gutes für die sich liberal-demokratisch verstehenden Länder tut – Länder, die eine Gerichtsstruktur haben, die diese Definitionen anwendet. Wie sieht es aber in Polen oder Ungarn aus? Der Oberrabbiner von Rom kann wohl auch einiges von der neuen Regierung in Italien erzählen… Wie arbeiten Sie in solchen Ländern?

Katharina von Schnurbein: Wir haben sehr viele Baustellen in Polen. In Bezug auf Fördermöglichkeiten arbeiten wir direkt mit jüdischen Strukturen. Wir haben im Polin – dem Museum für jüdische Geschichte in Polen – eine Ausstellung zum Gedenken an die antizionistische »Säuberung« von 1968 finanziert, die wahrscheinlich von der Regierung nicht finanziert worden wäre – *Estranged. March '68 and Its Aftermath*. Ein anderes Beispiel ist die Einführung eines Code of Conduct in den wichtigsten sozialen Medien wie Twitter, Facebook, YouTube; Google und Microsoft machen mit. Deutschland ist an dieser Stelle viel weiter als andere Mitgliedsstaaten. Hier können binnen 24 Stunden illegale Hassreden geprüft und gelöscht werden. Weiterhin arbeiten wir mit diversen NGOs zusammen und fördern Austausch und Strategieentwicklung. Wir sehen durchaus eine Verbesserung, was die Meldung von Hassreden anbetrifft.

Sergey Lagodinsky: Herr Portier, Sie haben in einem Interview in der *Welt* gesagt, dass es in Frankreich noch keine Gesetze gibt, welches Facebook etc. dazu verpflichten würden, Hassreden im Internet zu löschen oder Bußgelder zu zahlen. Wird so etwas denn geplant?

Frédéric Potier: Ja, das deutsche Gesetz ist sehr inspirierend; es gibt uns die Möglichkeit, verstärkt im Bereich Internet zu intervenieren. Frau von Schurbein kann im Gegensatz zu mir einen europäischen Vergleich vornehmen. Ich glaube, wir können deutlich sehen, dass in Ländern, in denen es gute Gesetze gibt, der Dialog mit Medien vielversprechender aussieht. In Frankreich und noch mehr in Deutschland wird viel mehr gestrichen und gelöscht als in anderen Ländern. Das hat man der Gesetzesgrundlage auf der Ebene der europäischen Kommission zu verdanken. Mit Felix Klein teilen wir viele Erfahrungen, Maßnahmen und Programme. Ich denke, der Kampf gegen Antisemitismus ist ein europäischer Kampf.

Sergey Lagodinsky: Welche Herausforderungen sehen Sie strukturell und konzeptionell? Es gibt viele Meinungsunterschiede, wie man Antisemitismus im Vergleich zu anderen Formen der Diskriminierung einzustufen hat. Sehen Sie Antisemitismus als eine Form von Rassismus oder als ein eigenständiges Phänomen?

Frédéric Potier: In Frankreich trennen wir nicht zwischen den Phänomenen, aber wir benennen sie einzeln und leiten Maßnahmen ein,

1 https://www.report-antisemitism.de

2 https://cst.org.uk

3 https://fra.europa.eu/en/publication/2018/2nd-survey-discrimination-hate-crime-against-jews

die auf ihre Besonderheiten abzielen. Gleichwohl gilt es, Gemeinsamkeiten zu sehen. Wenn Sie Hass im Internet bekämpfen, dann erkennen Sie sofort die Gemeinsamkeiten zwischen den antisemitischen, rassistischen und homophoben Hassreden. Es macht Sinn, gegen Diskriminierung insgesamt anzukämpfen.

Sergey Lagodinsky: Die Frage geht jetzt an Dr. Felix Klein. Wir reden ja hier über politische Interventionen. Was ist aus Ihrer Sicht hier in Deutschland das Besondere? Sie haben ja einen Überblick darüber, was in der Zivilgesellschaft, in der jüdischen Gemeinschaft passiert. Wo fehlen die politischen Impulse aus der Zivilgesellschaft?

Felix Klein: Bevor ich das beantworte, möchte ich nochmal zu diesem Zitat sagen, das Katharina von Schnurbein erwähnt hat, »Antisemitismus ist jetzt explodiert«. Wenn wir die Straftaten-Statistik in Frankreich ansehen, scheint es tatsächlich so zu sein. Mir ist aber wichtig zu sagen: Antisemitismus hat es immer schon gegeben, auch in Deutschland und in allen anderen Ländern in Europa. Er äußert sich jetzt nur so viel unverhohlener und roher. Eine Verrohung des politischen Diskurses ist festzustellen. Im Internet, in den sozialen Medien, wo man so leicht antisemitische Hasstiraden von sich geben kann, ohne dass jemand widerspricht. Das hat direkte Auswirkungen auf das reale Leben von Jüdinnen und Juden und uns allen. Das ist die Negativspirale, die seit vielen Jahren zu verzeichnen ist. Meine Aufgabe sehe ich darin, darauf aufmerksam zu machen.

In derzeitigen medialen Diskursen sehe ich als eine gute Entwicklung. Es ist gut, dass wir nun verlässliche Meldesysteme und Beratungsstrukturen auf die Beine stellen, wo sich Betroffene ohne Angst melden können. Gleichwohl ist es sehr wichtig, den Antisemitismus noch sichtbarer zu machen, um die Diskrepanz, die Katharina eben beschrieben hat, klar zu benennen. Die nichtjüdische Bevölkerung in allen europäischen Ländern meint, Antisemitismus sei kein dringliches Problem. Diese Wahrnehmungsdifferenzen müssen wir miteinander in Einklang zu bringen. Mein Blick auf die Zivilgesellschaft ergibt ein gutes Bild. Es gibt viele Initiativen und Konzepte, die ausgebaut und verstetigt werden sollten. Dies entlastet den Staat aber nicht. Denn es ist eine Aufgabe, die uns alle als Gesellschaft angeht. Dafür ist es wichtig, den Dialog zu führen und auch von anderen Ländern zu lernen, uns zu vernetzen, miteinander zu sprechen. Ich glaube, das größte Problem besteht darin, außerhalb der Eliten – in der allgemeinen Bevölkerung – Empathie und Identifikation zu entwickeln, klarzumachen, wie wichtig dieser Kampf für uns alle ist: und nicht nur für die Jüdinnen und Juden.

Sergey Lagodinsky: Ich habe lange überlegt, ob ich diese Frage stelle, und ich stelle sie doch, und zwar an Anna Chipczyńska. Es gibt ja noch einen Akteur, der politische Interventionen unternimmt: die Regierung Israels. Wenn wir über das sogenannte Holocaust-Gesetz in Polen reden, können wir auch die Reaktion Israels in den Blick nehmen. Die israelische Regierung war anfangs empört. Am Schluss schien es aber, als gäbe es eine Einigung mit der Regierung in Warschau. Wie sehen Sie das? Was würden Sie sich von der israelischen Regierung wünschen?

Anna Chipczyńska: Ich spreche nicht aus der Perspektive einer Beraterin der israelischen Regierung. Ein Beispiel: Polen eröffnet ein Museum des Warschauer Ghettos, und keine jüdische Organisation ist Partner bei dieser Initiative des polnischen Staates. Die Frage ist, warum Polen sich entschieden hat, einen öffentlichen Konflikt mit Israel zu wagen. Ich weiß es nicht. Die herrschende Partei hat aus meiner Sicht Israel paradoxerweise als ein Land betrachtet, von dem es lernen kann. Das

Resultat war dann dieses Gesetz. Wir als jüdische Gemeinde waren uns nicht bewusst, dass so ein Gesetz verabschiedet wird. Ich glaube, dass die jüdische Weltgemeinschaft ein Recht hat, darüber zu sprechen und die Definitionsmacht über die Belange der jüdischen Gemeinschaft in der Hand zu haben. Die polnische Regierung betrachtet die jüdische Gemeinschaft in Polen nicht als einen einflussreichen Akteur und fragt nicht nach unserer Perspektive. Es geht um die Gegenwart, aber immer auch um die Vergangenheit, die unkontrolliert ausgehandelt wird.

Es ist immer so gewesen. Es ist nicht eine Entwicklung der letzten drei Jahre. Es ist eine Entwicklung der letzten 30 Jahre, würde ich behaupten. Die polnische Regierung hatte nie einen Beauftragten für Antisemitismus, hat aber eine Kontaktperson für Beziehungen mit der jüdischen Diaspora. Es geht also um die jüdische Diaspora und nicht um die polnisch-jüdische Gemeinschaft im heutigen Polen. Das bedeutet, in Polen jüdisch zu sein ist stets eine politische Sache. Es ist eine Sache des Raison d'État, wie Polen sich vis á vis der jüdischen Weltbevölkerung präsentiert. Aber auch vis á vis Israel. Es ist eine große Herausforderung für uns als polnische Jüdinnen und Juden, denn wir sehen uns als jüdisch *und* polnisch. Wir haben auch eine polnische Empfindlichkeit, eine polnische Perspektive. Herr Katschinsky hatte in einem Medienbericht, nachdem das Gesetz widerrufen wurde, gesagt: Der Zweck des Gesetzes war, für die polnische historische Wahrheit zu kämpfen. Das müssen wir an dieser Stelle nicht kommentieren.

Sergey Lagodinsky: Wir starten mit den Fragen aus dem Publikum.

Teilnehmer*in: Ich habe eine Frage an Frau von Schnurbein. Und zwar frage ich mich, wie Sie in Ihrer Position damit umgehen, dass eine zentrale Form des Antisemitismus, nämlich die Leugnung des Holocaust, nur in ganz wenigen Staaten in der EU überhaupt eine Straftat ist. Sie haben gesagt, es geht auch darum, was im Netz passiert. Das stelle ich mir sehr transnational vor. Welche Bestrebungen gibt es da, einheitliche Regelungen innerhalb der EU zu finden?

Wir setzen auf langfristige Maßnahmen und haben einen Nationalplan entwickelt, der zum Beispiel die Ausbildung von Polizist*innen mitumfasst. Im Umgang mit hassmotivierten Verbrechen brauchen wir Polizist*innen, die in der Lage sind, alle wichtigen Aspekte des Angriffs zu identifizieren und richtig einzuordnen.

Katharina von Schnurbein: Auf europäischer Ebene gibt es eine Richtlinie zu Rassismus und Xenophobie, in der Holocaust-Leugnung, die verhetzend ist, als eine Straftat einzustufen ist. Sie gilt europaweit. Österreich und Deutschland gehen darüber hinaus: Dort ist die Holocaust-Leugnung an sich eine Straftat. Wir sehen, dass in allen Gerichtsurteilen die Holocaust-Leugnung an sich als Straftat behandelt wird, aber der Unterschied zur Verhetzung dabei nicht immer deutlich wird. Holocaust-Leugnung ist eigentlich immer verhetzend. De facto ist sie also europaweit eine Straftat. Das Problem ist, dies muss auch praktisch durchgesetzt werden. Das ist eine Sache, die wir mit den Mitgliedstaaten immer wieder ansprechen, auch in der *High Level Group* mit den Vertreter*innen der Innen- und Justizministerien – dass es angewendet werden muss, auch in Bezug auf das Internet; dass man auch die Täter*innen, die so etwas

posten, vor Gericht bringt. Frankreich ist ein gutes Beispiel, wie das flächendeckend durchgesetzt werden kann. Da sind wir bei weitem noch nicht, aber es gibt eine europäische Grundlage von 2008, die in nationale Gesetze umgesetzt werden muss. In den meisten Ländern ist das inzwischen geschehen. Im europäischen Recht wird in dieser Gesetzgebung der Holocaust als solcher aber nicht erwähnt, sondern es geht grundsätzlich um Genozide, und darunter fällt der Holocaust.

Teilnehmer: Ich bin der Beauftragter gegen Antisemitismus der jüdischen Gemeinde in Berlin. An Monsieur Portier: Die jüdische Gemeinschaft in Frankreich ist die größte Europas. Seit dem Jahr 2000 werden in Frankreich Menschen ermordet, nur weil sie Juden sind. Der letzte Fall war Mireille Knoll. Welche Maßnahmen wollen Sie einleiten, um die Gemeinschaft zu unterstützen?

Frédéric Potier: Wir setzen auf langfristige Maßnahmen und haben einen Nationalplan entwickelt, der zum Beispiel die Ausbildung von Polizist*innen mitumfasst. Im Umgang mit hassmotivierten Verbrechen brauchen wir Polizist*innen, die in der Lage sind, alle wichtigen Aspekte des Angriffs zu identifizieren und richtig einzuordnen. Das ist mir wichtig zum Mord an Mireille Knoll hervorzuheben. Die Situation in Frankreich ist besorgniserregend. Viele jüdische Franzos*innen wandern nach Israel aus. Aber immerhin gibt es ein Bewusstsein dafür, und wir sind dabei, wirksame Maßnahmen einzuleiten, um diese Entwicklung einzudämmen. 2015 sind 8.000 französische Staatsbürger*innen nach Israel ausgewandert. In Israel leben derzeit ca. 40.000 französische Staatsbürger*innen. Wir sehen dadurch eine neue Geografie der jüdischen Gemeinde in Frankreich und in Paris. Viele Familien verlassen die Vorstädte und ziehen ins Zentrum von Paris, weil sie fürchten, dass sie als jüdisch angegriffen werden können. Wir sind uns des Problems zutiefst bewusst und werden weiterhin handeln.

IX SYMPOSIUM 3

ANTISEMITISMUS IM ÖFFENTLICHEN UND MEDIALEN DISKURS

MIT **LEA WOHL VON HASELBERG,**
ASTRID MESSERSCHMIDT,
UND **LAMYA KADDOR**

MODERATION
ELIF LAUTWEIN-SENEL

ASTRID MESSERSCHMIDT ist Erziehungswissenschaftlerin und Erwachsenenbildnerin. Sie studierte Pädagogik, Politikwissenschaft und Germanistik an der Technischen Universität Darmstadt und der Universität Frankfurt sowie Religionspädagogik an der Ev. Fachhochschule Darmstadt. Sie ist Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Geschlecht und Diversität an der Bergischen Universität Wuppertal. Zuvor war sie Gastprofessorin für Gender and Diversity an der Technischen Universität Darmstadt. 2009–2014 hielt sie die Professur für Interkulturelle Pädagogik/ Lebenslange Bildung an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe. Hinzu kamen Gastprofessuren in Wien und Innsbruck, sowie Lehraufträge in Bielefeld und Mannheim. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind: Migrationsgesellschaftliche Bildung, Diversität und Diskriminierung, Geschlechtertheorien und geschlechterreflektierende Bildung sowie Antisemitismus und Rassismus in den Nachwirkungen des Nationalsozialismus.

LEA WOHL VON HASELBERG hat Theater-, Film- und Medienwissenschaften in Frankfurt am Main studiert und an der Universität Hamburg im Bereich Medienwissenschaften promoviert. Forschungsschwerpunkte sind jüdischer Film, deutsch-jüdische Filmgeschichte, audiovisuelle Erinnerungskultur und filmische Repräsentationen jüdischer Themen. Ihr aktuelles Forschungsprojekt ist an der Filmuniversität Babelsberg KONRAD WOLF angesiedelt. Sie forscht und schreibt zu zeitgenössischen jüdischen Themen in Deutschland, zu Erinnerungskultur und Film und ist Mitherausgeberin der Zeitschrift Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart.

LAMYA KADDOR ist Islamwissenschaftlerin, islamische Religionspädagogin und Publizistin. Gemeinsam mit Rabeya Müller übersetzte sie den Koran für Kinder und Erwachsene. Sie unterrichtete 13 Jahre Islamkunde bzw. Islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in deutscher Sprache. Sie ist Gründungsvorsitzende des Liberal-Islamischen Bundes e. V. und hat mehrere Bestseller publiziert, darunter Zum Töten bereit – Warum deutsche Jugendliche in den Dschihad ziehen *(2015) und* Die Zerreißprobe – wie die Angst vor dem Fremden unsere Demokratie bedroht *(2016). Sie hat mehrere Präventionsprojekte zum Islamismus (z. B. »extreme out – gegen Salafismus« sowie »muslim 3.0«) konzipiert und durchgeführt. Derzeit leitet sie ein vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördertes Projekt (»extreme out – Empowerment statt Antisemitismus«) in Duisburg und das Forschungsprojekt »Islamfeindlichkeit im Jugendalter« an der Universität Duisburg-Essen, das von der Stiftung Mercator gefördert wird.*

Elif Lautwein-Senel: Das Thema dieses Podiums brennt vielen unter den Nägeln. Wir alle konsumieren Medien in allen möglichen Formen. Wenn wir über Mediendiskurs oder öffentlichen Diskurs sprechen, geht es um eine ganz breite Darstellung. Und als Medienschaffende ist für uns Sprache so etwas wie Holz für Tischler – das Material, mit dem wir arbeiten. Sie alle werden sicherlich schon Berichte gesehen haben, über die Sie sich geärgert haben. Gerade, wenn es um das Thema Antisemitismus und jüdisches Leben in Deutschland und Israelberichtserstattung geht, packen uns viele Aspekte emotional. Es passieren Fehler. Aber abgesehen davon geht es auch darum, zu fragen: Wie wird über ein Thema gesprochen und debattiert? Darüber wollen wir heute in diesem Panel sprechen. Wie und wann wird über

Antisemitismus berichtet, gesprochen, gestritten? Was lesen wir? Was hören wir? Und was hat das für eine Wirkung auf uns?

Ich würde gerne mit einem Satz einsteigen, den ich im Sommer auf einer Veranstaltung in München gehört habe. Er bietet aus meiner Sicht viele Anknüpfungspunkte für unser Thema: »Der Vorwurf des Antisemitismus wiegt schwerer als der antisemitische Vorfall selbst.« Ich würde gerne bei Prof. Dr. Astrid Messerschmidt anfangen. Können Sie diesem Satz etwas abgewinnen? Wo dockt er bei Ihrer Forschung an?

Astrid Messerschmidt: Zunächst einmal sage ich: Nein. Der Vorwurf wiegt nicht schwerer. Denn natürlich wiegt der konkrete antisemitische Vorfall schwerer für jene, die davon betroffen sind. Das finde ich wichtig festzuhalten. Zugleich hat dieser Satz, dass der Vorwurf schwerer wiege, einen Grund. Aus meiner Sicht ist er darauf zurückzuführen, dass die deutsche Gesellschaft ihre eigene Zugehörigkeit immer noch ethnisch definiert und sich immer noch auf einen ethnischen Volksbegriff bezieht. Der Vorwurf wiegt so schwer, weil es um das eigene Selbstbild geht. Wird die Existenz von Antisemitismus festgestellt, so wird das Selbstbild beschädigt. Aufregung entsteht darüber, dass das Selbstbild nicht mehr stimmt. Man fragt sich: »Haben wir alles aufgearbeitet?« Aber in der Gegenwart muss immer noch ganz viel bewältigt werden. Ich glaube, deshalb wiegt der Vorwurf oft so schwer. Aber in Wirklichkeit eben nicht schwerer als der konkrete antisemitische Vorfall. Diese Ansicht kann ich nur auf einer Diskursebene, wenn wir über Medien sprechen, rekonstruieren. Aber nicht hinnehmen.

Elif Lautwein-Senel: Vielen Dank. Es geht also um Wahrnehmung… Wie erleben Sie, Lea Wohl von Haselberg, wenn über Antisemitismus in Deutschland gesprochen wird?

Lea Wohl von Haselberg: Ich würde mich Astrid Messerschmidt anschließen. Es wird in vielen verschiedenen Kontexten über Antisemitismus gesprochen. Das, woran wir zuallererst denken, sind die Antisemitismusdebatten, die immer wieder zu bestimmten Anlässen aufflammen. Diese sind überwiegend personenbezogen. Sie haben meistens mit Skandalisierung und Empörung zu tun. Da denken wir an die Debatte über *Kollegah* im Nachgang der Echo-Verleihung, oder an die erstaunlich leise Debatte über Jan Böhmermann. Dabei geht es wenig um die Auswirkungen auf die Menschen, die adressiert werden – also Jüdinnen und Juden. Das Wort »betroffen« klingt immer so furchtbar, aber Antisemitismus macht ja etwas mit uns, und das darf nicht ausgeblendet werden. Stattdessen beobachten wir Skandalisierung bei gleichzeitiger Empathieverweigerung. Dies ist nur eine Form, wie über Antisemitismus gesprochen wird.

Und dann gibt es eine kontinuierlichere Verhandlung von Antisemitismus in anderen medialen Diskursen. Diese sind nicht nur faktuale, sondern auch fiktionale Diskurse. Wenn wir uns die Medienrepertoires anschauen, die wir konsumieren, dann macht Fiktion einen großen Teil aus. Dazu gehören Spielfilme, Fernsehserien, Romane und andere Quellen. Hier haben wir eine ganz andere Problemlage. Da wird etwas weniger aufgeregt, aber nicht weniger polarisierend gesprochen und verhandelt. Und auch hier ist das bundesdeutsche Selbstbild immer ganz zentral: Da wird Antisemitismus kritisiert, einigen wenigen zugeschrieben, aber nicht als strukturelles Problem erkannt. Dabei treten oftmals durchaus antisemitische Bilder zutage. Wir haben hier mindestens zwei Ebenen: eine inhaltliche Ebene, auf der kritisiert wird, und eine Bildebene, auf der viel reproduziert wird. Beides ist symptomatisch.

Elif Lautwein-Senel: Ich versuche das zusammenzufassen: Erstmal wird der Einzelfall

angeschaut. Aber es folgt daraus nicht unbedingt eine Ableitung über ein Grundschwingen des Antisemitismus innerhalb der Gesellschaft. Und wenn das Thema dann abgehandelt ist, kann es auch wieder zu den Akten gelegt werden, weil es ja schon ausführlich besprochen worden ist. Kann man das so sagen? Und beobachten Sie auch dieses Paradox zwischen »nie wieder« und der Haltung dahinter, »nie wieder – oh, nicht schon wieder!«?

Astrid Messerschmidt: Ja, gerade im pädagogischen Raum ist dieses »nicht schon wieder« ein häufiger Ausdruck des Überdrusses an einer ungeeigneten Form der Thematisierung. Es ist aber kein Überdruss an dem Thema selbst, sondern an der Art und Weise, *wie* es thematisiert wird – nämlich sehr moralisierend und nicht analytisch. Nicht in einer Weise, die fragen lässt: Wieso ist dieser Ausdruck als antisemitisch zu werten? Was steht dahinter? Mit einer moralisierenden Personalisierung wird genau dieser Punkt verpasst. Und viele neigen dazu, jemanden gleich als Person zum Antisemiten zu machen. Aber es geht zunächst um eine Aussage, die etwas überbringen will. Es ist wichtig dahinterzukommen, was die Struktur von Antisemitismus in einem konkreten Fall ausmacht. Denn es wird zwar immer behauptet, in Deutschland seien alle über die Verbrechensgeschichte und die antisemitische Leitideologie des NS informiert, in Wirklichkeit wird aber gerade über die Ideologie kaum aufgeklärt. Das fällt mir immer wieder auf. Studierende sagen »nein, darüber haben wir eigentlich nie gesprochen. Wir haben nur darüber gesprochen, dass es ganz schrecklich war und so viele Menschen umgebracht wurden. Und dass man sich dessen erinnern soll und muss.« Die meisten wissen kaum, was das ideologische Muster des Antisemitismus war und ist. Und was seine Attraktivität ausmacht – das werden wir vielleicht gleich besprechen. Denn darin liegt ja die Antwort, weshalb Antisemitismus immer noch existiert.

Elif Lautwein-Senel: Halten Sie diesen Gedanken bitte fest. Wir kehren noch gemeinsam dazu zurück. Lamya Kaddor, wenn Sie den Diskurs in der Öffentlichkeit wahrnehmen, welche Rolle wird der Migrationsgesellschaft darin beigemessen? Wer wird wie in Verantwortung genommen?

Lamya Kaddor: Diese Diskurse und Fragen spielen eine wichtige Rolle. Wir können nicht sagen, Muslime seien prinzipiell anders als die Mehrheitsbevölkerung – also sehr oder gar nicht antisemitisch. Was aber stimmt, ist dies: In den muslimischen Communities ist Antisemitismus anders als in der Mehrheitsbevölkerung nicht tabuisiert. Das Sprechen über diese Themen verläuft daher völlig anders. Im privaten oder beruflichen Umfeld fängt das ganz plötzlich an, jemand redet über Juden oder Israel, und dann tauchen all diese klassischen Stereotype auf. Ich frage mich oft, wieso nimmt das so einen großen Platz ein? Wie kann das sein, dass solche Bilder immer noch so unreflektiert sind? Ja, beim Thema antimuslimischer Rassismus sind viele Muslime extrem sensibel, was auch gut ist. Und bei anderen Dingen dann plötzlich nicht. Wenn es um Antisemitismus geht, fehlt ihnen genau dieses Gespür. Dann denkt man: Erstaunlicherweise bedienst du aber genau die gleichen Mechanismen, gegen die du dich eigentlich wehren wolltest.

Die Werte der *gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* fallen in Bezug auf antimuslimischen Rassismus höher aus als beim Antisemitismus. Dennoch ändert das nichts an der Kritik und rechtfertigt auch nicht andere Minderheiten. Da fragt man manchmal: Kennst du überhaupt irgendeinen Juden? Die Antwort ist meistens nein. Gleichwohl verwehre ich mich dem Vorwurf, dass unter Muslimen Antisemitismus omnipräsent sei.

Diese Annahme ist aber vorherrschend im bundesdeutschen Diskurs. Ich werde häufig selbst als »Jüdin« beschimpft. Es wird gesagt: »Warum machst du eigentlich überhaupt ein Antisemitismusprojekt? In Wirklichkeit bist du Jüdin!« Und Ähnliches. Hier spielen die Frauenverachtung, die Islamverachtung und Antisemitismus zusammen.

Elif Lautwein-Senel: Das heißt, Sie haben sich in allen Communities Feinde gemacht?

Lamya Kaddor: Ich bin eine in Deutschland geborene Muslimin. Ich würde sogar sagen, ich bin Deutsche muslimischen Glaubens, mit syrischen Wurzeln. Und natürlich kenne ich auch von zu Hause Antisemitismus. Ich würde lügen, wenn ich das nicht zugeben würde. Und das beschäftigt mich natürlich schon. Gleichzeitig bin ich hier, an deutschen Schulen, sozialisiert worden. In meiner Schulzeit gab es nichts außer ermordeter Juden im Geschichtsunterricht. Und das war schlimm. Aber was ist mit lebendigem Judentum? Was hat das eigentlich mit mir zu tun? Was hat es mit meiner Biografie, die ja nun aufgrund der Migrationsgeschichte anders ist als eine deutsch-deutsche Biografie, zu tun? Diesen Übertrag hat kein Pädagoge hinbekommen. Und wenn man dann selbst Opfer von Diskriminierung wird – und das ist ja ehrlich gesagt nur eine Frage der Zeit – dann ist die Chance da, Erfahrungen zu verknüpfen. Aber das muss gewollt sein. Wir bekämpfen immer die Symptome, wir fragen kaum nach den Ursachen und Identifikationsmöglichkeiten. Und es ist tatsächlich so, dass kaum jemand begreift, was die Ideologien des Antisemitismus oder auch des Islamismus und des Rechtsextremismus gemeinsam auszeichnet, und was ihre Mechanismen sind. Stattdessen werden die Symptome tabuisiert. Wir sollten stattdessen gemeinsam die Gründe anschauen und die Frage stellen: Warum sind wir eigentlich so anfällig?

Elif Lautwein-Senel: Ich würde gern zu dem medialen Diskurs zurückkehren. Das, was wir in der Öffentlichkeit wahrnehmen, ist stark verkürzt; die Hintergründe werden ausgeklammert. Die Schwierigkeit liegt zum Teil im Medium.

Lamya Kaddor: Es gibt unterschiedliche Medien, und sie verkürzen unterschiedlich stark. Ich merke das auch bei den Kolumnen, die ich zum Thema Antisemitismus schreibe. Ich sitze im Schnitt einen Tag an so einem Text. Darin steckt viel Arbeit. Ich weiß, dass die anderen meine Texte mit der Lupe lesen, zum Teil um zu schauen, ob der Text doch antisemitische Stereotype bedient, oder auch islamistische Stereotype, damit man mir den Islamismus-Vorwurf machen kann. Das heißt, ich sitze da und prüfe jedes Wort. Ich kriege die Rückmeldung, dass meine Kolumnen 300.000 Menschen gelesen haben. Es ist viel ist für einen Onlinetext. Das zeigt, dass das Thema Menschen umtreibt und interessiert.

Astrid Messerschmidt: Die Thematisierung von Hintergründen, die Lamya Kaddor mehrfach angesprochen hat, ist wichtig. Diese sind zwar komplex, aber dennoch gibt es Möglichkeiten, die Ideologiestrukturen des Antisemitismus sogar in einem Kurzformat zu vermitteln. Wir können dabei auf das Material zurückgreifen, welches sich seit Jahrzehnten angesammelt hat. Kritische Theorie ist für mich heute noch eine wichtige Orientierung, zum Beispiel Theodor Adornos lakonische Definition von Antisemitismus als das *Gerücht über die Juden*. Ja, wem dient eigentlich ein Gerücht? Das ist aus meiner Sicht die spannende Frage, die uns weiterbringt. Auf diese Weise wird deutlich, dass Gerüchte dazu dienen, sich selbst im guten Licht erscheinen zu lassen, moralisch korrekt und in jeder Hinsicht unangreifbar. Und das ist sicher auch ein Grund, weshalb es überhaupt Antisemitismus in der Gegenwart noch gibt.

Weil ich mit dieser Art von Gerücht immer ein Gegenbild schaffen kann, welches mit dem Gefühl der Überlegenheit einhergeht. Dieser »Überlegene«, dieser hergestellte Andere, ist dabei eine Fiktion. Ich glaube, dass diese Fiktion auch für Gruppen attraktiv ist, die selbst Diskriminierungserfahrungen machen und sich irgendwie zurückgesetzt fühlen. Denn auch diese Gruppen wollen daran glauben, dass die *Anderen* an allem schuld sind. »Juden lenken die Welt, und deshalb geht es *mir* hier so schlecht.« Eine Projektion, die mit ihrer Realität nichts zu tun hat.

Im Antisemitismus geht es nicht um Juden. Es geht um ein bestimmtes Bild, welches über Juden vorherrscht. Und das ist ja auch die Ähnlichkeit zum Rassismus. Auch da bringt es nicht viel, darüber zu sprechen, wie die rassistisch Diskreditierten wirklich sind. Auch da muss man darüber sprechen, was diese Art von Diffamierung, Unterscheidung und Abwertungen attraktiv und nützlich macht, und für wen.

Lea Wohl von Haselberg: Ich möchte hier anschließen. Es ist ausgesprochen hilfreich, nach den Funktionen zu fragen, weil die Formen so unterschiedlich sind. Der bundesrepublikanische Diskurs funktioniert mit einer unheimlichen antisemitischen Latenz. Es wird in den meisten medialen Diskursen nicht offen antisemitisch argumentiert, oder nur sehr reglementiert. Doch gleichzeitig werden massiv Stereotype über Jüdinnen und Juden verbreitet, Stereotype, die in sich vielleicht nicht antisemitisch, aber de facto anschlussfähig sind. Dafür gibt es viele Beispiele. Fangen wir mit dem Visuellen an: Jeder Artikel über Antisemitismus vermittelt solche Stereotype. Die meisten Texte über Antisemitismus werden mit einem Foto illustriert, welches einen männlichen Juden mit Kippa von hinten zeigt. Auditiv ist es genauso: In diversen Berichten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen sind Filme über das Judentum mit Klezmer-Musik unterlegt. Einige erwidern, werden denn nicht alle Minderheiten stereotypisiert? Ja, richtig. Es ist ein Problem der Erkennbarkeit; so funktionieren visuelle Medien. Gleichzeitig ist es eben so, dass Menschen Medienrepertoires konsumieren. Der Text steht nicht allein für sich, sondern Text und Bild wirken zusammen. Wenn ich »Tatort« schaue, sehe ich mit einer gewissen Regelmäßigkeit Jüdinnen und Juden in einem gehobenen bürgerlichen bis großbürgerlichen Milieu. Sie wohnen immer in ihren großen Villen und sitzen vor ihren Bücherwänden. Diese Bilder sind anschlussfähig an die Idee eines »reichen« und »mächtigen« Juden. An sich ist der Film nicht antisemitisch. Aber in Bildern steckt es drin. Und das hat in einem größeren medialen Diskurs eine klare Funktion.

Elif Lautwein-Senel: Sie sind Mitherausgeberin des Magazins *JALTA – Positionen zur jüdischen Gegenwart*. Und was ist das Ziel von *JALTA*? Was wollen Sie damit darstellen?

Lea Wohl von Haselberg: Bei *JALTA* geht es uns um jüdische Diversität. Die Zeitschrift ist ein Forum für Diskurse, für die es aus unserer Sicht zu wenig Raum gibt. *JALTA* ist keine Publikation, die Antisemitismus kontern will. Antisemitismus als Gerücht kann man nur begegnen, wenn wir uns immer wieder fragen,

wem das Gerücht nützt. Es ist in der Tat nicht hilfreich, Menschen zu überzeugen, dass das Gerücht nicht wahr ist. Gerüchte sind meistens erfahrungsresistent. Wenn ich etwas erlebe, was meinem Stereotyp widerspricht, dann ist es die Ausnahme, die diese Regel bestätigt. *JALTA* will daher nicht gegen Gerüchte vorgehen, sondern einen Diskursraum für Themen aufmachen, die im weitesten Sinne für eine jüdische Gegenwart relevant sind, für eine jüdische Selbstverortung in der Postmigrationsgesellschaft. Es ist aber, wie gesagt, keine Publikation, die den didaktischen Auftrag hätte, das Bild über jüdisches Leben zu korrigieren. Das ist mir wichtig.

Sicherlich hat es aber eine Wirkung, die Diversität von jüdischem Leben sichtbar zu machen. Das kann vielleicht vorhandene Stereotype irritieren. Der mediale Diskurs birgt eben die große Chance der Irritation. Teilweise sind solche medialen Texte durchaus gegenläufig und benutzen verschiedene Darstellungsebenen. Da liegt definitiv ein großes Potenzial. Und trotzdem ist eben die Frage, wenn wir offensiv mit Antisemitismus umgehen wollen, ob wir es durch die Darstellung des jüdischen Lebens tun sollen, oder ob wir damit zu sehr die ideologische Struktur des Antisemitismus vernachlässigen.

Astrid Messerschmidt: Ich denke auch, dass das gar nicht geht. Im Antisemitismus geht es nicht um Juden. Es geht um ein bestimmtes Bild, welches über Juden vorherrscht. Und das ist ja auch die Ähnlichkeit zum Rassismus. Auch da bringt es nicht viel, darüber zu sprechen, wie die rassistisch Diskreditierten wirklich sind. Auch da muss man darüber sprechen, was diese Art von Diffamierung, Unterscheidung und Abwertungen attraktiv und nützlich macht, und für wen.

Elif Lautwein-Senel: Der Blick auf Täter*innen ist wichtig, aber nicht immer produktiv. Im Moment gibt es die Tendenz, Antisemitismus dem muslimischen Kollektiv zuzuordnen. Es gibt unter Muslimin*innen definitiv antisemitische Ressentiments, aber es ist auch eine Art Entlastung für die gesamtgesellschaftliche Antisemitismusdebatte und Diskussion. Wie erleben Sie das?

Lamya Kaddor: Unsere gesamtdeutsche Gesellschaft muss sich damit auseinandersetzen, dass wir alle wahrscheinlich irgendwo doch antisemitische Stereotypen bedienen. Meist übrigens unbewusst. Die wenigsten tun es bewusst. Insofern würde ich sagen, dass Muslim*innen einen wichtigen Teil bei der Bekämpfung des Antisemitismus spielen müssen. So würde ich auch meine eigene Verantwortung sehen. Ich setze mich gegen Antisemitismus ein – und zwar nicht *obwohl*, sondern *weil* ich Muslimin bin. Man könnte denken, ich sollte mich doch auf die Bekämpfung der Islamfeindlichkeit konzentrieren. Aber meine Logik ist anders: Weil ich Muslimin bin, muss ich etwas gegen Antisemitismus tun.

Elif Lautwein-Senel: In den neunziger Jahren hat man es sich im bundesrepublikanischen Diskurs damit leicht gemacht, zu sagen, nur die Rechten seien Antisemiten. Jetzt haben wir dafür die muslimische Community und die Geflüchteten, die nach Deutschland kommen. Man befasst sich nach meiner Wahrnehmung auch sehr ausführlich damit, wie antisemitisch diese Gruppen eigentlich sind. Wozu führt das?

Lamya Kaddor: Ja, es ist Verdrängung, Verschiebung ein Stück weit. Es ist in der Tat einfacher zu sagen, es ist nur diese eine Gruppe, als darüber nachzudenken, dass man es auch selbst sein könnte.

Lea Wohl von Haselberg: Ich glaube auch, dass das mit Externalisierungsstrategien zu tun hat. Es gibt ein Gespür dafür, dass zwischen diesem

reinen Selbstbild und der tatsächlichen Situation eine große Differenz herrscht. Und das lässt ein Unbehagen entstehen. Es sind Externalisierungsstrategien, die eigentlich immer so laufen: »Die Antisemiten sind die anderen«. Es gibt im öffentlichen Diskurs einen großen Widerstand, Menschen als Antisemiten zu bezeichnen oder auch nur davon auszugehen, dass es Menschen gibt, die antisemitisch denken. Ein gutes Beispiel ist im Moment der Fall *Kollegah*. Wir haben diese Debatte in mehreren Etappen geführt. Und sie hat vorerst damit geendet, dass er in die Gedenkstätte Auschwitz gefahren ist. Dann haben alle gesagt: »Naja, jetzt hat er was gelernt. Er ist geheilt!« Aber das ist jemand, der diese Ideologie verinnerlicht hat. Er tut es nicht versehentlich. Das will aber keiner klar sagen. Uns als Gesellschaft fällt es schwer, so etwas zu akzeptieren. Ich glaube, dass es einige öffentliche Player gibt, die keine versehentlichen Wiederholungstäter sind, sondern ihre Aussagen gezielt einsetzen.

Lamya Kaddor: Ich würde gerne einen Vergleich versuchen. Wenn man sich viel mit der sogenannten »Israelkritik« beschäftigt hat, dann wird klar, was oftmals dahintersteckt. Auch die Islamkritik ist häufig nur eine sogenannte »Kritik«, weil häufig etwas anderes dahinter steht: die grundsätzliche Abwertung des Islams und der Muslim*innen. Bei der »Israelkritik« geht es um die direkte Abwertung von Israels, Juden und allem, was vermeintlich dazu gehört. Aber auch da machen wir es uns als Medienschaffende häufig sehr leicht und differenzieren nicht ausreichend.

Astrid Messerschmidt: Wen erreichen wir eigentlich mit dieser Art der Diskussion? Mich interessieren immer diejenigen, die noch offen sind für ein anderes Denken. Wer das nicht mehr ist, der ist, glaube ich, auch mit pädagogischer Arbeit nicht mehr erreichbar. Pädagogik und Bildungsarbeit sind keine Umerziehung; sie müssen immer an eine gewisse Bereitschaft anknüpfen, an ein gewisses Interesse. Studierende sind ein gutes Beispiel: Viele sind offen für ein Denken, das nicht stigmatisiert. Auch andere, die aus anderen Ländern kommen, sind es. Lamya Kaddor, Sie haben es eben auch schon angesprochen. Es gibt tatsächlich eine große antisemitische Propaganda in bestimmten Ländern der Welt. Aber Menschen aus diesen Ländern können auch umdenken, unter anderem durch die Art, wie in Deutschland über die Vergangenheit des Nationalsozialismus und über Antisemitismus gesprochen wird. Ein Geflüchteter hat mal formuliert, dass er erst jetzt verstehe, dass er in seinem Land immer nur Propaganda gehört habe. Ihm wurde das klar. Und er findet es gut, jetzt hier etwas anderes zu hören und eine Gelegenheit zu bekommen, umzudenken. Ich glaube, es ist eine große Chance bei vielen, die erst kürzlich in dieses Land gekommen sind. Deutschland hat eine lange Migrationsgeschichte, aber es gibt auch eine kürzere, die der letzten Jahre. Dabei müssen wir Menschen ernstnehmen. Es ist auch ein pädagogisches Credo, Menschen grundsätzlich als Personen anzuerkennen, auch als Zugehörige. Diese Menschen müssen jetzt, in dieser Gesellschaft, anerkannt, gehört und gefragt werden. Dann gibt es die Chance, solche Themen zu bearbeiten. Die Frage kommt dann im besten Fall von den Menschen selbst: Wie könnte ich anders damit umgehen? Wie kann ich versuchen, nicht antisemitisch, nicht rassistisch zu denken? Das ist ja unser Ziel. Wir glauben leider nicht, dass wir das alles komplett aus der Welt schaffen können. Aber dass wir doch dazu beitragen können, diese Haltungen und ihre Auswirkungen zu reduzieren.

Lea Wohl von Haselberg: Ja, und gleichzeitig würde ich mir wünschen, dass unsere medialen Diskurse noch viel stärker als Korrektiv funktionieren, dass nicht so viele

anschlussfähige Bilder reproduziert werden. Die Medien könnten, glaube ich, eine viel stärkere Wirkung entfalten, wenn sie anders strukturiert wären.

Elif Lautwein-Senel: Ich würde gerne einen Aspekt mitaufnehmen, den Sie angestoßen haben, Frau Messerschmidt, nämlich die Verbindung zwischen Antisemitismus und Rassismus. In dem Buch *Fragiler Konsens*, das Sie mitherausgegeben hatten, geht es unter anderem um die Art und Weise der Betrachtung von Diskriminierung verschiedenster Art. Warum ist das wichtig?

Astrid Messerschmidt: Ich finde, wir sollten diese Arten zusammen betrachten, aber auch zwischen ihnen differenzieren. Ich bin überzeugt davon, dass dieser Ansatz für die Bildungsarbeit wichtig ist. Rassismus und Antisemitismus haben nämlich unterschiedliche ideologische und historische Hintergründe. Das ist wichtig zu vermitteln. Und da setze ich immer an. Zunächst, zum Beispiel, lohnt es sich, zu zeigen, dass Rassismus aus dem Kolonialismus kommt. Das ist sehr bedeutend im deutschsprachigen Raum, weil Kolonialgeschichte eher marginal vermittelt worden ist. Da ändert sich heute etwas. Und da sieht man das Bild von einem *unterlegenem fremdgemachten Anderen*. Das wird deutlich, wenn man sich mit Kolonialrassismus beschäftigt, während der Antisemitismus eine ganz andere Geschichte hat. Der Antijudaismus ist auch in der Gegenwart nicht verschwunden. Es sind immer noch die alten theologischen Vorstellungen eines irgendwie bösartigen Judentums als Religion da. Dazu kommt der völkische Antisemitismus, wie er sich dann im 20. Jahrhundert ausbreitete. Dieser hatte ganz andere Funktionen und Facetten als der Rassismus; das ist mir immer wichtig zu unterscheiden. Da war die Vorstellung eines besonders intelligenten, *überlegenen fremdgemachten Anderen*. Im Nationalismus treffen sich beide Muster. Das erleben wir in der Gegenwart vermehrt, und auch die Einstellung, dass »Nationen« wieder für sich sein wollen, wieder im Innenraum *»rein«* sein wollen. Dieser Nationalismus bezieht sich sowohl auf fremdgemachte Migrant*innen, insbesondere aus nichteuropäischen Regionen, wie auch auf fremdgemachte Jüdinnen und Juden. Das alte nationalistische Motiv führt die beiden wieder zusammen. Und für die Gegenwart können wir bei beidem immer wieder fragen: Wie werden aus Anderen *Fremde* gemacht? Was sind das für Prinzipien, die da angewendet werden? Und wie können wir gegen diese arbeiten? Wie Navid Kermani das mal in einem Buchtitel formuliert hat, *Wer ist wir?* Wie beschreibt eigentlich die deutsche Migrationsgesellschaft ihr »Wir«? Ich glaube, das »wir« muss sich dringend verändern, damit das »ihr« oder »sie« sich auch verändert und diese Grenzen flüssig werden.

Elif Lautwein-Senel: Ich denke da an das Buch, das Sie mitherausgegeben hatten, da wird auch die Position von schwarzen Frauen in den USA im Rahmen der Bürgerrechtsbewegung diskutiert. Können Sie anhand dieses Beispiels nochmal erklären, was dieses Zusammenspiel der verschiedenen Diskriminierungen ausmacht?

Astrid Messerschmidt: Ja, es geht um die Thematisierung von Sexismus und Rassismus im Kontext der Kämpfe der Afroamerikaner*innen in den USA. Es ist mir deutlich geworden, dass wir diese Phänomene zusammendenken müssen. Der Rassismus trifft nicht nur Männer. Eigentlich eine banale Erkenntnis, aber theoretisch und systematisch ist das lange nicht beachtet worden. Die großen Helden der Bürgerrechtsbewegung, an die man sich erinnert, sind meistens männlich. Kimberlé Crenshaw hat den Ansatz entwickelt, intersektional zu denken, also mehrere Unterscheidungsformen zusammenzudenken – zum Beispiel sowohl

sexistische wie rassistische im US-amerikanischen Kontext. Und wir könnten jetzt eine dritte Dimension hinzufügen – eben auch antisemitische. Wir können schauen, wie das zusammenläuft und wer wovon getroffen wird. Das ist ein Fortschritt in der Debatte.

Elif Lautwein-Senel: Man könnte also sagen: Schwarze Frauen hatten in der Bürgerrechtsbewegung keine Stimme, weil sie männlich dominiert war. Sie hatten aber auch in der Frauenrechtsbewegung keine Stimme, weil sie weiß dominiert war. Sie stießen also auf vielen Ebenen auf diese Grenzen…

Lea Wohl von Haselberg: In Bezug auf Mehrfachdiskriminierung gibt es eine Frage, die meines Erachtens auch aus medienwissenschaftlicher Perspektive noch nicht ausreichend analysiert ist: Inwiefern findet eigentlich eine Dichotomisierung zwischen dem Bild von Jüdinnen und Juden als Minorität und dem Bild von Migrant*innen statt? Man kann feststellen, dass Jüdinnen und Juden in der Regel nicht als Migrant*innen auftauchen. Dabei haben die meisten der heute in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden eine Migrationsgeschichte. Aber da scheinen sich die Stereotype oder die Bilder zu überlagern und sich gegenseitig zu verdrängen. Das ist gerade aus einer intersektionalen Perspektive interessant.

Elif Lautwein-Senel: Würden Sie sagen, dass eine Solidarität zwischen den »Minderheiten« in diesem Zusammenhang helfen würde, also in dem medialen Diskurs etwas verändern würde?

Lea Wohl von Haselberg: Das sind schwierige Begriffe; man muss fragen, wie heterogen die Gruppe von »Minderheiten« eigentlich ist… Solidarität hilft aber gesellschaftlich betrachtet immer, sie ist definitiv der richtige Weg.

Astrid Messerschmidt: Zugleich bezieht sich diese Frage wieder auf die Solidarisierung der Menschen, die selbst Diskriminierung erfahren. Natürlich ist das gut. Dennoch liegt die Verantwortung für diese Probleme auf einer anderen Seite – nicht bei den betroffenen »Minderheiten«, sondern auf der *Täterseite*. Ich benutze das Wort bewusst etwas zugespitzt. Ich denke, wir müssen immer diese Täterschaft mitbedenken, sowohl historisch als auch in der Gegenwart. Da liegt die Verantwortung, ganz unabhängig davon, ob und wie sich bestimmte muslimische oder jüdische Gruppen miteinander solidarisieren. Das ist zwar sehr zu begrüßen, aber die Frage der Verantwortung muss unabhängig davon bleiben.

Lea Wohl von Haselberg: Gleichzeitig liegt natürlich ein starkes Moment darin, festzustellen, dass Menschen mit ganz unterschiedlichem Hintergrund eine ähnliche Erfahrung mit dieser Mehrheitsgesellschaft machen, was Sie auch schon beschrieben haben. Mit dieser Sehnsucht nach Homogenität gibt es ähnliche Erfahrungen. Und das bewirkt auch Empowerment, festzustellen – auch mit ganz unterschiedlichen Biografien sind diese Erfahrungen ähnlich.

Elif Lautwein-Senel: Jede soziale Bewegung ist ja tendenziell gut…

Astrid Messerschmidt: Der frühe Nationalsozialismus war auch eine Bewegung. Ich finde, wir sind zu schnell mit diesen positiven Schlussfolgerungen. Ja, wir suchen nach dem Positiven, das finde ich völlig verständlich. Ich habe auch so ein positives Bild von sozialen Bewegungen. Und dann fragte jemand: Ist Pegida auch eine soziale Bewegung? Kann ich sie aus diesem Begriff ausschließen? Was ist das dann für eine Definition? Also, wir haben es hier mit sehr mehrdeutigen und komplexen

Überlagerungen zu tun. Die solidarisch konnotierten Begriffe sind längst enteignet. Sie funktionieren nicht mehr, aufgrund der Zeitgeschichte und auch der Gegenwartserfahrung. »Die Identitären«, zum Beispiel: Sie verstehen sich als eine identitäre Bewegung. Sie benutzen auch ganz bewusst Protestformen aus den linken Szenen. Es ist sehr irritierend: Da merken wir, da kommen unsere schönen Metaphern nicht mehr hin. Sie funktionieren nicht mehr, so gut wie sie auch gemeint sein mögen.

Elif Lautwein-Senel: Ich verstehe es als Apell für Präzision. Das nehme ich gerne an!

Lea Wohl von Haselberg: Ein kleines Beispiel, das nicht ganz so weit geht wie die Identitäre Bewegung. Ich wohne in Köln, und da ist gerade der Hambacher Forst im wahrsten Sinne des Wortes ein umkämpftes Gebiet. Da haben die Aktivistinnen und Aktivisten in Köln »Stolperäste« verteilt – also bunt angemalte Äste, die auf die »Ermordung« des Waldes hindeuten sollen…

Astrid Messerschmid: Typisch für den deutschen Diskurs! Man muss unbedingt den Bezug zu NS-Opfern herstellen, damit man irgendwie auffällt. Es geht immer schief. Aber es passiert immer wieder, weil es eine starke Sehnsucht danach gibt, eine Verwandtschaft zu diesen Opfern herzustellen, um sich selbst zu entlasten. Und das ist sehr gefährlich. Das passiert sehr häufig, gerade auch in der kritischen Szene. Mit guten Absichten, aber mit völlig falschen Analogien.

Elif Lautwein-Senel: Ich würde gerne abschließend die Perspektive von Marina Chernivsky aufnehmen, die gesagt hat, dass es heutzutage zumindest mehr Gespräche, mehr öffentlichen Diskurs über Antisemitismus gibt. Wo sehen Sie die Chancen oder das Positive an dem aktuellen Diskurs?

Lea Wohl von Haselberg: Es gibt in der Tat mehr Debatten. Wenn man sich die bundesrepublikanische Geschichte anschaut, kann man das gut sehen – allein schon in den letzten zwei-drei Jahren. Ich würde ganz selbstbewusst sagen, dass dies auch mit einer jungen jüdischen Generation zu tun hat, die sich an bestimmten Stellen kritisch zu Wort meldet und Widerspruch einlegt.

Wir sollten uns sich vor historischen Vergleichen hüten, denn sie sind ein gefährliches Terrain. Aber es gibt auch eine deutsche Kolonialgeschichte. Das heißt, es gibt auch da eine Engführung, einen historischen Bezug, den wir nicht ausblenden dürfen. Die Frage ist auch: Auf welchen Ebenen kann man Dinge vergleichen, ohne sie anzugleichen?

Astrid Messerschmidt: Also, was ich wirklich positiv finde, ist wer hier alles sitzt. Ich selbst profitiere als Wissenschaftlerin und Lehrende an der Universität unglaublich von diesen Institutionen, die hier mit so vielen wunderbaren Menschen repräsentiert sind und die Materialien herstellen, die so verständlich und praxisbezogen sind. Das ist ein großes Gut, dass wir hier haben. Aber trotz dieser vorhandenen Einsichten und Materialien, trotz der vorhandenen Expertise fehlt es an der Umsetzung, gerade auch in den staatlichen Institutionen. Ich denke natürlich an Schule, das ist klar, aber auch an die Polizei. Auch da fehlt es an

Umsetzung. Ich glaube, es werden an vielen Stellen die falschen Prioritäten gesetzt. Dies hier wäre eben eine Priorität, die man auch entsprechend ausstatten müsste.

Lamya Kaddor: Also, da schwingt etwas Kritisches in mir mit. Es ist zwar wichtig, dass wir Antisemitismusbeauftrage haben und diese Expertise viel stärker in die Institutionen einbringen. Aber ich sehe auch die Gefahr einer »Sonderbehandlung«. Hier haben wir das Problem von anderen Minderheiten. Es gibt ja keinen Beauftragten für Antiislamismus. Ich weiß nicht, ob man das Problem des Antisemitismus tatsächlich lösen kann, wenn wir Antisemitismusbeauftrage in sämtlichen Ländern haben. Ich weiß nicht, ob wir damit nicht eher wieder diese »Sonderbehandlung« und letztlich ein bestimmtes Klischee reproduzieren. Da muss man sehr vorsichtig und behutsam vorgehen.

Astrid Messerschmidt: Ja, jetzt haben wir auch das Problem mit historisch belasteten Begriffen. Ich will hier nicht als die Sprachwächterin erscheinen, aber es ist natürlich klar, dass wir in diesem Raum ein Wort wie »Sonderbehandlung« nicht sagen können, weil dies eine Deckbezeichnung für die »Endlösung« war. Dieses Wort können wir jetzt nicht einfach so umdeuten. Das kriegen wir nicht hin. Es bleibt für immer damit besetzt.

Lamya Kaddor: Das habe ich nicht gemeint…

Astrid Messerschmidt: Nein, nein. Das ist mir klar. Aber ich glaube, wir müssen das trotzdem benennen. Mir sind solche Dinge auch schon in anderen Zusammenhängen passiert, dass ich Dinge gesagt habe und hinterher dachte, nein, das war völlig verfehlt. Ich will hier nicht als die Oberlehrerin dastehen, aber wir können ein solches Wort nicht aus diesem Kontext lösen. Das geht nicht. Übrigens auch das Wort »Volk« nicht, auch wenn das eine schöne Parole 1989 war. Sie hatte aber auch damals schon diese Last, und das hat sich sehr schnell wieder gezeigt. Da haben wir wirklich einige Sprachprobleme. Dabei ist der kritische Umgang mit Sprache eine wichtige Voraussetzung für die Medien – dass sie besonders vorsichtig mit solchen Begrifflichkeiten umgehen, sie kontextualisieren, benennen, wo ein Wort in welchem Zusammenhang benutzt wurde.

Elif Lautwein-Senel: Frau Messerschmidt, was würden Sie zu dem Einwand selbst sagen, den Frau Kaddor bezüglich der Beauftragten formulieren wollte? Ist diese Position hilfreich oder kann sie auch kontraproduktiv sein?

Astrid Messerschmidt: Als ich gehört habe, dass es einen Antisemitismusbeauftragten gibt, fand ich das erstmal positiv, weil das reale Problem damit anerkannt wird. Und dafür müssen wir in jedem Fall eine repräsentative Stelle haben. Gleichzeitig habe ich gedacht, dass es auch eine/n Rassismusbeauftragte/n braucht. Beide Probleme sind gleichzeitig da, und sie sollten auch gleichwertig behandelt werden. Ich glaube, da muss noch mehr Anstoß gegeben, noch mehr Druck gemacht werden. Sicher hat es zeitgeschichtliche Hintergründe, dass ein Staatswesen wie die Bundesrepublik Deutschland eher darauf kommt, Antisemitismus ganz klar zu markieren. Aber dieser Antisemitismus war ein rassistischer Antisemitismus, insofern haben wir auch zum Rassismus historisch diese Verbindung. Und wir erleben sie im Umgang mit Migration in der Gegenwart. Von daher würde ich für die absolute Gleichwertigkeit und auch Gleichzeitigkeit solcher Beauftragungen plädieren.

Lea Wohl von Haselberg: Wir sollten uns sich vor historischen Vergleichen hüten, denn sie sind ein gefährliches Terrain. Aber es gibt auch eine deutsche Kolonialgeschichte. Das heißt, es gibt auch da eine Engführung, einen

historischen Bezug, den wir nicht ausblenden dürfen. Die Frage ist auch: Auf welchen Ebenen kann man Dinge vergleichen, ohne sie anzugleichen? Wem nützt dieser Vergleich, wem schadet er? Es wird viel von Opferkonkurrenzen gesprochen. Ich glaube, wir haben einfach zwei extrem dringliche gesellschaftliche Probleme. Und das zeigt sich aktuell politisch sehr deutlich.

Elif Lautwein-Senel: Ich bedanke mich für dieses fast zu kurze Gespräch. Vielen Dank an das Podium und das Publikum!

X SYMPOSIUM 4

PÄDAGOGISCHE UND INSTITUTIONELLE INTERVENTIONEN

MIT **CHRISTIANE NISCHLER-LEIBL,**
DEBORAH HARTMANN,
SAMUEL SALZBOR
UND **PATRICIA TCHERNEVA-ROWLAND**

MODERATION
MARINA CHERNIVSKY

Verschwörungsideologien machen alles erklärbar und kontrollierbar. Das heißt, jemand wendet sein Inneres nach außen und dominiert damit die Welt durch sein eigenes projektives Empfinden. Es geht einerseits um etwas Kognitives: Es wird versucht, die abstrakten Herausforderungen und Ambivalenzen der Moderne handhabbar zu machen – und zwar dadurch, dass unverstandene Teile ausgeblendet werden. Es entsteht ein dichotomes Weltbild, in dem auf der einen Seite das steht, was man für gut hält, und auf der anderen Seite das, was man ablehnt, also letzten Endes das, was man für jüdisch hält und erklärt. Zugleich geht es um einen emotionalen Mehrwert – darum, einen hoch eruptiven und konflikthaften psychischen Haushalt durch diese Verzerrung in scheinbares seelisches Gleichgewicht zu bringen.

SAMUEL SALZBORN ist Gastprofessor für Antisemitismusforschung am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin und Senior Fellow am Centre for Analysis of the Radical Right. Ende September 2018 erschien sein Buch Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne *bei Beltz Juventa.*

DEBORAH HARTMANN studierte Politikwissenschaften und Zeitgeschichte in Wien und Berlin. Sie ist im jüdischen Museum Wien, als pädagogische Mitarbeiterin beim American Jewish Committee Berlin und an der Freien Universität Berlin (»Zeugen der Shoah«) tätig. Seit 2007 lebt sie in Israel und ist pädagogische Mitarbeiterin der International School for Holocaust Studies (ISHS) Yad Vashem. Seit 2015 leitet sie an der ISHS die Abteilung für die Kooperation mit Deutschland und Österreich.

*PATRICIA TCHERNEVA-ROWLAND ist seit 2016 Projektbeauftragte für das Projekt »Turning Words Into Action to Address Antisemitism« der Abteilung für Toleranz und Nicht-Diskriminierung der ODIHR (OSZE). Sie ist für die Konzeption und Erstellung der Bildungsergebnisse des Projekts in Absprache mit einer breiten Reihe spezialisierter staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zuständig. Als Projektkoordinatorin (2005–2013) beriet sie alle Programme der ODIHR, darunter technisch orientierte Projekte zur Stärkung von Menschenrechten, Toleranz und Nichtdiskriminierung, Demokratisierung und Wahlen; mehrjährige Best-Practices für Roma-Integration sowie Projekte für Kriegsverbrechensgerechtigkeit. Sie studierte (M. A.) am College of Europe und an der School of Slavonic and East European Studies, University of London.*

CHRISTIANE NISCHLER-LEIBL, MBA, ist seit 2015 Leiterin des Referats Radikalisierungsprävention im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales. 2009–2014 war sie im Bereich Integration tätig und studierte Verwaltungsführung. 2001–2009 war sie am Strategischen Innovationszentrum der Bayerischen Polizei wissenschaftlich tätig. Sie absolvierte ein Studium der Internationalen Beziehungen an der Universität Triest und promovierte an der Universität Würzburg zu Ursachen politisch motivierter Gewalt.

Marina Chernivsky: Bei diesem abschließenden Panel geht es ganz explizit um Bildungsansätze oder auch Bildungsvisionen. Auch fachdidaktische Überlegungen spielen eine Rolle, aber eher geht es um die Rahmenbedingungen und Grundsatzfragen der Verstetigung und Verknüpfung innovativer Expertisen mit den sogenannten Regelstrukturen. Deshalb haben wir ein Podium eingeladen, das transdisziplinär auf diese Fragen eingehen wird.

Es ist eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe, am Ende einer solchen Tagung die Visionen zu diskutieren und gemeinsam bestehende Handlungsoptionen zu betrachten, nicht nur analytisch, sondern mit Praxisbezug. Dabei will ich eins betonen: Es ist nicht sinnvoll, die Theorie von der Praxis strikt zu trennen. Theorie ist der Praxis inhärent, Theorie ist immer ein Teil der Praxis. Und wir brauchen beides. Daher geht die erste Frage an Prof. Dr. Samuel Salzborn: Sowohl Beate Küpper als auch Astrid Messerschmidt haben gestern mehrfach hervorgehoben, dass das theoretische Verständnis von Antisemitismus für die Herleitung der Praxis ausschlaggebend ist. Neben der IHRA-Definition gibt es mehrere andere Möglichkeiten, Antisemitismus zu begreifen. Welches theoretische Verständnis würdest du der Praxis ans Herz legen wollen?

Samuel Salzborn: Das ist eine vielleicht scheinbar kleine Frage, die aber gigantisch ist. Es steht mir nicht unbedingt an, Vorschläge zu machen, wie genau pädagogische Arbeit aussehen soll. Daher möchte ich nur ein paar Facetten skizzieren, was wir aus der theoretischen Antisemitismusforschung herleiten können und vielleicht berücksichtigen sollten. Antisemitismus unterscheidet sich von anderen Gruppen und Formen von Ressentiments, wie bei diesem Fachsymposium vielfältig angeklungen und diskutiert wurde. Was zum Teil in der älteren Antisemitismusforschung noch existiert ist das Begreifen des Antisemitismus als einfaches Vorurteil. Dieses Verständnis greift letztlich nicht nur zu kurz, sondern ist aus meiner Sicht falsch. Antisemitismus tritt zwar oft mit anderen Formen von Ressentiments und Diskriminierung zusammen auf, das wissen wir aus vielen empirischen Einstellungsuntersuchungen, aber er unterscheidet sich sehr markant von allen anderen Formen von Diskriminierung. Dadurch kann Antisemitismus als eine Form von Weltbild aufgefasst werden. Das ist bei der Differenzierung zwischen Entwicklungen in der theoretischen Antisemitismusforschung eigentlich gar nicht neu. Jean-Paul Sartre hat 1945 in einem Aufsatz betont, dass es beim Antisemitismus um eine Weltanschauung geht, die verbunden ist mit einer Art Leidenschaft. Er hat nicht umsonst diesen Aufsatz »Portrait des Antisemiten« genannt. Der Text hat darauf fokussiert, dass im Antisemitismus ein Zerrbild über das Judentum verwendet wird, welches in den kognitiven und emotionalen Haushalt der Antisemitismusträger*innen eingebaut wird. Antisemit*innen versuchen, sich die Welt, die sie nicht verstehen können oder wollen, verständlich und erklärbar zu machen. Das ist ein wichtiger Aspekt bei der theoretischen Analyse des Antisemitismus, da es hier um Projektionen, Mythologien und Verschwörungsdenken geht. Das heißt, wenn ich nicht bereit bin, die

komplexe moderne Welt in ihrer Ambivalenz und Widersprüchlichkeit zu ertragen, dann versuche ich, ein einfacheres Bild dieser Welt in meinem Kopf zu formen und damit meine kognitiven Dispositionen, die vielleicht antisemitisch sind, auf die wahrgenommene Wirklichkeit anzuwenden.

Verschwörungsideologien machen alles erklärbar und kontrollierbar. Das heißt, jemand wendet sein Inneres nach außen und dominiert damit die Welt durch sein eigenes projektives Empfinden. Es geht einerseits um etwas Kognitives: Es wird versucht, die abstrakten Herausforderungen und Ambivalenzen der Moderne handhabbar zu machen – und zwar dadurch, dass unverstandene Teile ausgeblendet werden. Es entsteht ein dichotomes Weltbild, in dem auf der einen Seite das steht, was man für gut hält, und auf der anderen Seite das, was man ablehnt, also letzten Endes das, was man für jüdisch hält und erklärt. Zugleich geht es um einen emotionalen Mehrwert – darum, einen hoch eruptiven und konflikthaften psychischen Haushalt durch diese Verzerrung in scheinbares seelisches Gleichgewicht zu bringen. Insofern müssen meines Erachtens beide Aspekte berücksichtigt werden. Es geht sowohl um das Weltbild als auch um die Leidenschaft und die Projektion, die sich oft in Verschwörungsmythen ausdrückt. Die Art und Weise, auf die Ambivalenzen und die Dialektik der Moderne zu reagieren und zu versuchen, diese Ambivalenzen einseitig aufzulösen, spielt hier eine zentrale Rolle. Mehr noch – das antisemitische Weltbild tendiert auch immer zu einem Vernichtungswahn. Jeder Antisemitismus inkorporiert die Vernichtungsdimension, weil nur dadurch das scheinbare seelische Gleichgewicht herstellbar ist. Nur Vernichtung scheint den seelischen Konflikt zwischen dem als »gut« und dem als »schlecht« Empfundenen zu lösen. Wir brauchen also eine Fokussierung auf zwei Aspekte: Weltbild und Leidenschaft.

Die Struktur von Antisemitismus zeichnet sie sich dadurch aus, dass Antisemitismus ein Weltbild ist, und dass Antisemit*innen nicht willens oder nicht in der Lage sind, abstrakt zu denken und emotional konkret zu fühlen. Das heißt, alles, was abstrakt ist, wird dem Finanziellen zugeschrieben, wird nicht verstanden oder soll nicht verstanden werden. Auf der anderen Seite sind Emotionen – aber keine konkrete Empathie mit einem leidenden Menschen, sondern immer mit Kollektiven, die damit verdinglicht sind. Das heißt, Antisemit*innen verweigern das abstrakte Denken und das konkrete Fühlen und versuchen, beides umzukehren. Das ist wichtig für die Präventionsarbeit gegen Antisemitismus: Die Fähigkeiten, abstrakt zu denken und konkret zu fühlen, sind wesentliche Voraussetzungen, gerade für junge Menschen, auch im Bereich der Primärsozialisation, für eine Immunisierung gegen ein antisemitisches Weltbild. Es gilt, Menschen an diese Fähigkeiten heranzuführen. Das wäre der präventive Anteil; da muss man nicht gleich über Antisemitismus reden. Auch bei der Frage nach Intervention kann die Verbindung von Weltanschauung und Leidenschaft wichtige Aspekte liefern. In einem Sozialisationsprozess gibt es primäre und sekundäre Verläufe und auch unterschiedliche Stufen, in denen sich das antisemitische Ressentiment irgendwann zu einem Weltbild schließt. Das muss man am Individuum sehen und begreifen, an jedem Einzelnen hinterfragen – aber dabei auch sehen, dass die Intervention nur möglich ist, wenn wir es noch nicht mit einem geschlossenen Weltbild zu tun haben, das eine emotionale Stabilität generiert. Wenn es einmal soweit ist, muss Pädagogik aus meiner Sicht begreifen: Da kann sie nichts mehr bewirken. Hier kommen wir nach Prävention und Intervention zur Repression. Dies ist ein ganz anderer Bereich. Antisemitismus ist immer ein Angriff auf Jüdinnen und Juden, aber auch auf die Demokratie. Und ich

glaube, man darf unter keinen Umständen vergessen, dass Legislative und Exekutive auch vor der Herausforderung stehen, Antisemitismus auch ganz entschieden repressiv zu bekämpfen.

Marina Chernivsky: Vielen Dank. Ich fasse ein paar Punkte zusammen. Es geht um Ressentiments, die in einem Weltbild organisiert sind. Antisemitische Weltbilder gehen über Vorurteile hinaus; sie sind umfassend und ambivalent, sie erschaffen identitätsstifte Bedeutungszusammenhänge, haben eine Weltdeutungsdimension. Darüber hinaus sprechen wir von Projektionen und Imaginationen – »Jude« als Phantasie, als Objekt und Mythos, ohne Kontakt und Berührung. Neben der Welterklärung und Simplifizierung hat auch das etwas Attraktives. Es hat einen emotionalen Mehrwert, so zu denken, es ermöglicht zum Teil sogar die Reduktion von inneren Konflikten. Daran sehen wir, wie viele Funktionen Antisemitismus haben kann. Deshalb ist es wichtig, auf die jeweiligen Funktionen zu schauen und Antisemitismus aus dieser Perspektive zu begreifen.

Im deutschsprachigen Raum hat Antisemitismus offensichtlich ganz speziell mit Aversion und Aggression gegen Jüdinnen und Juden als Kollektiv zu tun. So wirkt die Shoah nach, glaube ich. Und da knüpfe ich bei Deborah Hartmann an. Die Auseinandersetzung mit Geschichte als Teil der Gegenwart in Form von Geschichten, Tradierungen, Vermittlungsprozessen – Deborah, du bist ganz explizit damit befasst, die Vermittlungswege und -formen der Geschichte weiterzuentwickeln. Du bist in einem einzigartigen Museum tätig, das diese Arbeit aus einer ganz anderen Perspektive macht als wir das in Deutschland kennen. Vielleicht kannst du über deine Arbeit erzählen, aber auch über die Rolle der Auseinandersetzung mit Geschichte in Israel und Deutschland.

Deborah Hartmann: Im Yad Vashem beschäftigen wir uns dezidiert mit der Geschichte der Shoah aus einer jüdischen Perspektive. Das machen die Gedenkstätten und Museen in Deutschland nicht. Es geht darum, die Erfahrungen von jüdischen Überlebenden und Ermordeten zu bewahren und weiterzugeben an die nachkommenden Generationen. Das ist uns in unserer Arbeit vor allem wichtig. Die Frage, die auch bei uns diskutiert wird, und worauf es keine einheitliche Antwort gibt, bezieht sich auf die Verbindung zwischen Geschichte und Gegenwart, zwischen Verfolgung und Antisemitismus heute. Eine weitere Frage: Wie verknüpfen wir diese beiden Dimensionen so, dass es auch im pädagogischen Setting Sinn macht? Was ich gerne voranstellen möchte, ist dass die Auseinandersetzung mit der Shoah keine Präventionsmaßnahme gegen antisemitische Haltungen oder Denkmuster heute ist. Gestern wurde in der Podiumsdiskussion erwähnt, die Erinnerungspolitik sei der Schüssel zur Bekämpfung des Antisemitismus. Ich beobachte im deutschsprachigen Raum und in der Analyse von deutschsprachigen Bildungsmaterialien, dass in der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit der Antisemitismus häufig mit dem Thema Shoah verbunden wird, ohne die Shoah in ihrem historischen Kontext zu bearbeiten und ohne den Antisemitismus nach der Shoah zu kontextualisieren. Da frage ich mich manchmal, ob es nicht besser wäre, bei der Auseinandersetzung mit gegenwärtigem Antisemitismus zu bleiben, ohne auf die Shoah zu verweisen. Ich finde es problematisch, über die heute relevanten Verschwörungstheorien zu sprechen – und dann plötzlich Versatzstücke aus der Zeit des Nationalsozialismus zu verwenden, wie zum Beispiel antisemitische Karikaturen aus den 30ern oder 40ern, ohne sie historisch einzuordnen. Auf der anderen Seite: Können wir über die Shoah sprechen, ohne den Antisemitismus heute auch zu

thematisieren? Wir haben in Yad Vashem vor zwei Jahren gemerkt, dass wir nicht einfach nur beim historischen Antisemitismus stehenbleiben und 1945 enden können. Ich glaube, es funktioniert nicht, nur über den historischen Antisemitismus zu sprechen. Insbesondere nicht, wenn wir feststellen, dass Auschwitz zu einer neuen Norm für Antisemitismus geworden ist.

Da beobachten wir zum Beispiel sehr häufig, dass aktueller Antisemitismus relativiert wird, indem er in Bezug zur NS-Zeit gesetzt wird. »Es kann ja alles nicht so schlimm sein: Heute werden Juden und Jüdinnen ja nicht in Konzentrations- oder Vernichtungslager geschickt.« Das meine ich damit, dass Auschwitz praktisch zur Norm geworden ist.

Marina Chernivsky: Kannst du den letzten Punkt noch konkreter ausführen, ein Beispiel geben? Das scheint mir an dieser Stelle sehr wichtig zu sein.

Deborah Hartmann: Also, ich arbeite vor allem mit Multiplikator*innen in der Erwachsenenbildung. Da beobachten wir zum Beispiel sehr häufig, dass aktueller Antisemitismus relativiert wird, indem er in Bezug zur NS-Zeit gesetzt wird. »Es kann ja alles nicht so schlimm sein: Heute werden Juden und Jüdinnen ja nicht in Konzentrations- oder Vernichtungslager geschickt.« Das meine ich damit, dass Auschwitz praktisch zur Norm geworden ist. Das heißt, Antisemitismus heute wird weniger ernstgenommen, vielleicht auch weniger als Gefahr gesehen. Die Betroffenenperspektive spielt nach wie vor kaum eine Rolle, weil im Verhältnis dazu, was damals passiert ist, alles »nicht so schlimm« ist.

Marina Chernivsky: Genau diesen Aspekt – die sogenannten Betroffenenperspektiven – nehmen wir sehr ernst. Dieser Aspekt ist in unserer Arbeit zentral. Es gibt aber auch die Gefahr von einem neuen Hype: Wir müssen Jüdinnen und Juden miteinbeziehen, aber es wird nicht geklärt, in welcher Rolle und Form. Wer bezieht wen eigentlich ein? Mit welcher Absicht? Inwiefern ist dann die nichtjüdische Perspektive reflektiert und kritisch-reflexiv eingenommen worden?

Deborah Hartmann: Das hängt damit zusammen, dass gerade den Betroffenen sehr oft die Fähigkeit abgesprochen wird, objektiv über dieses Thema sprechen zu können. Ich glaube, ihr habt wahrscheinlich ähnliche Erfahrungen gesammelt. Auch bei uns in Yad Vashem ist es manchmal schwierig, weil wir mit der Fragestellung oder der Kritik konfrontiert werden: Können wir über dieses oder jenes Thema tatsächlich sprechen? Es wird jetzt immer mehr miteinbezogen, weil sich Menschen selbst zu Wort melden, weil sich auch Betroffene sich immer stärker und vehementer artikulieren. Ich glaube, das führt dazu, dass man diese Perspektiven unweigerlich miteinbeziehen muss.

Marina Chernivsky: Nun schwenken wir zu Patricia. Das Projekt, welches du verantwortest und heute mitgebracht hast, ist international angelegt, strahlt aber auch nach Deutschland aus. Vielleicht kannst du erzählen, mit welchen Grundannahmen und Haltungen du an dieses Projekt herangegangen bist?

Patricia Tcherneva-Rowland: Die OSZE ist eine Organisation mit 57 Teilnehmerstaaten. All diese Teilnehmerstaaten beschlossen vor vielen Jahren, nach dem Helsinki-Prozess, miteinander zu reden. Das Büro, in dem ich arbeite – ODIHR – ist zuständig für Menschenrechte und Demokratisierung. Antisemitismus ist für uns immer ein Thema gewesen. 1990 haben sich alle Teilnehmerstaaten verpflichtet, einen Beitrag zu der Entwicklung wirksamer Strategien gegen Intoleranz aus religiösen, rassistischen und ethnischen Gründen – unter anderem gegen Hass bezogen auf Roma und jüdische Menschen – zu leisten. Seitdem arbeitet die OSZE nach einem Konsens-Prinzip. Es gibt inzwischen viele andere Erklärungen und Beschlüsse. Es gibt eine starke und langjährige Basis, worauf sich auch das ODIHR beziehen kann. Alle diese Teilnehmerstaaten haben sich verpflichtet, politisch etwas zu tun. 2014 gab es eine Erklärung in Basel, in der israelbezogener Antisemitismus explizit erwähnt wird. Daraus ist ein Projekt entstanden, welches zum Teil aus Deutschland gefördert wurde. In diesem Projekt ging es folgende Ebenen:

Der Aspekt der Sicherheit von jüdischen Gemeinden ist sehr wichtig gewesen. Aus Konsultationen mit jüdischen Gemeinden, staatlichen Stellen, der Polizei und der Zivilgesellschaft ist ein Leitfaden entstanden, der zuletzt auch auf Deutsch erschienen ist.[1] Der zweite Aspekt umfasst Bildungsarbeit – dafür bin ich zuständig – und der dritte bezieht sich auf *Coalition Building*. Wir haben versucht, Leerstellen und Bedarfe zu identifizieren – zum Beispiel Material für Grundschulen aus dem Elementarbereich, da gibt es wenig Expertise und Handreichungen. Auch an Hochschulen und in der Ausbildung von Lehrer*innen gibt es aus unserer Sicht hohe Bedarfe an Wissen und Unterstützung. Deshalb haben wir auf die Lehrer*innen-Ausbildung gesetzt und einiges dazu im Bildungsbereich entwickelt. Wir arbeiten zusammen mit dem University College London, wo ein Centre for Holocaust Education in das Institut für Bildung angebunden ist. Hierfür haben wir ein Rahmen-Curriculum entwickelt und im Leitfaden beschrieben. Jedes Land hat eine andere Bildungsgeschichte und ein anderes Bildungswesen. Wenn wir als OSZE etwas schaffen wollen, müssen wir ein flexibles Rahmen-Curriculum entwickeln. Daraus können Fachkräfte ihre eigenen Fragen schöpfen und Instrumente finden.

Marina Chernivsky: An dieser Stelle möchte ich nun meine nächste Frage an Frau Dr. Nischler-Leibl richten. In einem kurzen Vorgespräch haben Sie gesagt, dass bei der Implementierung innovativer Ansätze dieser Art die Verbindung mit Regelstrukturen sehr wichtig sei. Das ist auch für uns als Zivilgesellschaft ein ganz wichtiges Ziel. Strukturen bestehen aus Menschen, die etwas bewegen können, trotz Hierarchien und starrer Ordnung. Wie gehen Sie damit um? Vielleicht können Sie einfach darüber erzählen, was Sie genau machen.

Christiane Nischler-Leibl: Da ich selbst in einer Regelstruktur arbeite, in einem bayerischen Staatsministerium, hoffe ich, dass diese Strukturen lernen können und beweglich sind. Vielleicht sollten wir zuerst einordnen, was das für eine Struktur ist. Ich arbeite im Sozialministerium und bin zuständig für den Bereich Radikalisierungsprävention. Das Ganze ist ein Konstrukt, welches wir uns in Bayern überlegt haben, um mit dem Phänomen »Extremismus« umzugehen. Die Ausgangslage war die Gründung eines Netzwerks gegen Salafismus. Aber es war uns insbesondere in der Prävention von Anfang an wichtig zu sagen: Wenn wir über Extremismus reden, müssen wir das Gesamtbild anschauen – Linksextremismus, Rechtsextremismus, Salafismus, Islamismus… Wir haben uns geeinigt und gesagt: Ja, das ist ein Sicherheitsproblem. Aber das reicht nicht. Es ist ein

1 https://www.osce.org/project/words-into-action-to-address-anti-semitism

gesellschaftliches Phänomen, mit dem wir uns beschäftigen, mit Ursachen, Ideologien, die dahinterstehen. Die Strukturen, die sich damit befassen, sind sehr vielfältig, verschiedene Ministerien sind beteiligt. Ich glaube, das gehört zur präventiven Arbeit dazu, verschiedene Zuständigkeiten und Ressourcen einzubinden. Federführend ist bei uns das Innenministerium. Der damalige Kultusminister, der heute auch da ist, Herr Doktor Ludwig Spaenle, wurde als Antisemitismusbeauftragter berufen. Dazu kommen das Justizministerium und das Sozialministerium mit verschiedenen Aufgaben und Zuständigkeitsbereichen. Zusammen wollen wir demokratiefördernde Maßnahmen stärken. Ich finde, Demokratieförderung hat einen Wert per se. Diese möchte ich ungerne nur unter Prävention verorten, weil Prävention auch *gegen* etwas ist.

Die Grundidee war aber schon: Wir beschäftigen uns mit Radikalisierungsprävention. Wir setzen frühzeitig an, bevor verfestigte Radikalisierungsverläufe entstehen. Wenn man sich die verschiedenen Extremismen anschaut, dann sieht man: Alle konstruieren eine Weltanschauung, wenngleich mit völlig unterschiedlichen Diskursen und Bildern, die sie bedienen. Uns war es im Sozialministerium von Anfang an klar, dass die Prävention von Antisemitismus fest dazu gehört. Es wurde heute auch schon zurecht gesagt: »Aber ihr seid doch nicht für jüdisches Leben zuständig«. Ich sagte: »Nein, natürlich nicht. Aber wir sind für die Prävention von Extremismus zuständig, also müssen wir uns um Ideologien kümmern.«

Wir tun das klassisch, indem wir Projekte fördern und Strukturen in ihrer Arbeit unterstützen. Neben der Zivilgesellschaft brauchen wir auch andere Akteure, die mit uns kooperieren, auch verschiedene Ressourcen und Ministerien auf der vertikalen Ebene. Es ist ein Erfolgskriterium, dass wir Projekte unterstützen, die sich an Jugendliche wenden, mit Jugendlichen arbeiten, Jugendliche empowern, zusammenbringen. Und da komme ich wieder auf die Frage nach den Strukturen: Wir haben sehr schnell gemerkt, dass wir auch innerhalb der eigenen Strukturen unsere Einstellungen und Haltungen anschauen müssen. Es ist wichtig, in diesem Bewusstsein weiterzuarbeiten, verschiedene Geschäftsbereiche anzuschauen, Multiplikator*innen und das Fachpublikum anzusprechen. Sonst schaffen wir nicht den Übergang aus dieser Projektarbeit in die eigentliche Regelarbeit.

Ein weiterer für uns ganz wichtiger Schritt war auch, in Bayern eine Meldestelle zu schaffen – als eine Anlaufstelle für Menschen, aber auch um zu zeigen: Antisemitische Vorfälle geschehen nicht nur im Bereich der Strafbarkeit. Und auch für solche Vorfälle brauchen wir eine Anlaufstelle. Diese Idee haben wir die letzten zwei Jahre intensiv verfolgt. Mit der Berufung des Antisemitismusbeauftragten war politisch die Möglichkeit da, die Idee relativ schnell umzusetzen und zu zeigen, warum sich alle und eben auch regelhafte Strukturen mit diesem Phänomen beschäftigen müssen. Dazu muss man aufzeigen, wie vielfältig das Phänomen ist, dass Antisemitismus sich nicht nur als Straftat irgendwo am Rand der Gesellschaft oder in bestimmten Gruppen äußert, auf die man gerne zeigt und sagt: »Ja, nur da liegt das Problem.«

Marina Chernivsky: Das ist ein wichtiger Grundsatz, die Selbstvergewisserung, die Vergegenwärtigung und Reflektion. Sie haben einen wunderbaren Satz gesagt: »aus der Projektarbeit in die Regelarbeit«. Ich frage mich, wie gelingt das? Was meinen Sie damit, wenn Sie sagen, aus der Projektarbeit in die Regelarbeit?

Christiane Nischler-Leibl: Das ist für alle, die mit Förderungen arbeiten, ein bekanntes Thema. Projekt bedeutet immer, es ist befristet. Das heißt, ich stelle immer wieder einen neuen Antrag. Das ist auch für uns eine Herausforderung. Wir versuchen, die Projekte

möglichst langfristig oder zumindest mittelfristig anzulegen, so weit, wie das Förderrecht uns das ermöglicht. Wir versuchen dann, eher weniger Projekte nachhaltig zu fördern als permanent etwas Neues mit neuen Facetten zu versuchen.

Zum Beispiel haben wir ein sehr großes Projekt in München aufgebaut: Da versuchen wir, Nachhaltigkeit zu schaffen. Wir wissen, irgendwann wird dieses Projekt auslaufen, denn es ist ein Projekt. Aber wir versuchen von Anfang an, mit Regelstrukturen wie dem bayerischen Jugendring zusammenzuarbeiten und Multiplikator*innen zu schaffen. Wir bemühen uns, die Projekte so über Jahre aufzubauen, dass Multiplikator*innen in den Communities entstehen, die dann selbst aktiv werden und in die nächste Projektphase eingebunden werden. Wir wollen also Nachhaltigkeit schaffen, indem wir überlegen: Was passiert mit den Akteur*innen? Wie verbinden wir sie mit bestehenden Strukturen, wenn das Projekt ausläuft? Denn die Begrenztheit des Projekts ist uns durch das Förderrecht einfach vorgegeben. Das ist tatsächlich die Crux, mit der wir alle arbeiten.

Marina Chernivsky: Dr. Geue hatte bei der Einführung betont, wie wichtig ein Demokratiegesetz wäre, damit diese Projektförderlogik bzw. die Systematisierung dieser Förderung anders läuft… Deborah, bei euch gibt es auch ganz feste Rahmen, die über die Methodik hinausgehen. Was sind im Yad Vashem diese übergeordneten Grundsätze und Rahmenbedingungen zum Umgang mit der Shoah, verknüpft mit Antisemitismus?

Deborah Hartmann: Wir haben über die Jahre hinweg pädagogische Ansätze zur Vermittlung der Shoah entwickelt, allgemeine Ansätze und auch spezifischere Ansätze, die sich explizit mit der Frage auseinandersetzen: Wann und wie soll die Erstbegegnung mit diesem Thema stattfinden? In den letzten Jahren haben wir uns auch vermehrt pädagogischen Überlegungen zum Umgang mit Täterschaft gewidmet. Hier gibt es durchaus eine interessante Verknüpfung zu aktuellen Formen von Antisemitismus: Hier kommen wir in den pädagogischen Materialien und Ansätzen auf die Frage nach der Stabilität und Verschiebung von Normen. In diesem Material geht es ganz konkret darum, uns mit den Handlungen, Unterlassungen und Entscheidungen von verschiedenen historischen Akteuren zur Zeit der Shoah zu befassen. Wir beschäftigen uns mit einem konkreten historischen Ereignis, nämlich einem Massaker, und mit den Reaktionen der Polizei, der Wehrmacht, der jüdischen Bevölkerung und der nichtjüdischen, zum Beispiel der polnischen Bevölkerung. Wir haben diesen Ansatz auch dazu entwickelt, dass Jugendliche und Erwachsen erkennen, dass man immer eine individuelle Verantwortung trägt für sein Handeln und für seine Entscheidungen.

Und an dieser Stelle schafft man einen Transfer in die Gegenwart: Wo passieren heute in unserer Gesellschaft Normverschiebungen? Was für Entscheidungen treffe ich? Wie bin ich

Wo passieren heute in unserer Gesellschaft Normverschiebungen? Was für Entscheidungen treffe ich? Wie bin ich für mein eigenes Handeln und meine eigenen Entscheidungen verantwortlich? Wir haben dazu noch nichts Konkretes entwickelt. Aber das sind Überlegungen, die wir gerne in Zukunft anstellen möchten.

für mein eigenes Handeln und meine eigenen Entscheidungen verantwortlich? Wir haben dazu noch nichts Konkretes entwickelt. Aber das sind Überlegungen, die wir gerne in Zukunft anstellen möchten. Ich will auch sagen, dass wir uns im Yad Vashem sehr lange nicht mit aktuellen Formen von Antisemitismus auseinandergesetzt hatten. Im Direktorium und unter allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen gab es eine vehemente Diskussion darüber, ob das überhaupt unsere Aufgabe ist. Es hieß, unsere Expertise sei die Geschichte, der Umgang mit der Vergangenheit – auch weil viele Kollegen und Kolleginnen Angst davor hatten, sich dem Thema »aktueller Antisemitismus« anzunähern. Mittlerweile ist es akzeptiert, das Thema bei uns zu bearbeiten. Deshalb haben wir begonnen, Ansätze und Materialien zu entwickeln, zunächst einmal nur für Multiplikator*innen. Den wenn man als Lehrkraft oder als Multiplikator*in in der außerschulischen Bildung nicht in der Lage ist, Antisemitismus zu erkennen, bringt es nichts, mit Jugendlichen darüber zu sprechen. Allerdings haben wir auch noch keine pädagogischen Antworten oder Ansätze zum aktuellen Antisemitismus entwickelt. Wir brauchen eine sinnvolle Verknüpfung. Wir haben dazu gute Ideen, die noch weitergespannt und diskutiert werden.

Die institutionelle Verankerung beginnt von oben nach unten, mit einer Forderung, das Thema institutionell politisch zu bearbeiten und zu sagen: Um dieses Thema geht es jetzt. Mit diesem Thema müssen wir uns beschäftigen.

Marina Chernivsky: Vielen Dank. Patricia, Sie wollten etwas ergänzen?

Patricia Tcherneva-Rowland: Ich wollte sagen, dass wir beim OSZE nicht nur auf politische, strukturelle Änderungen setzen. Was ich vorher nicht erwähnt habe, ist, dass das OSZE auch sehr eng mit der Zivilgesellschaft arbeitet. Das ist eigentlich das Interessante an dieser Organisation, dass es zivilgesellschaftliche Meinungen zu Regierungen bringt, damit sie der Konfrontation nicht aus dem Weg gehen. Dieser Austausch ist wichtig, damit auch Universitäten oder Zivilgesellschaften nicht warten, sondern zumindest punktuell ihre eigene Sachen machen.

Marina Chernivsky: Sie sprechen mir aus dem Herzen. Samuel Salzborn, wie sehen Sie das?

Samuel Salzborn: Man darf sich auch bei kleineren Erfolgen im Kampf gegen Antisemitismus, wie zum Beispiel seiner größeren Sichtbarmachung, nicht über einen Punkt hinwegtäuschen: Wir leben nach wie vor im Land der Täterinnen und Täter. Der Kampf gegen Antisemitismus ist also bis heute nicht mehrheitsfähig. Wir haben eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Shoah und dem Nationalsozialismus auf der politischen Agenda. Wir haben auch eine relativ ausdifferenzierte geschichtswissenschaftliche Forschung. Aber parallel dazu haben wir ein tiefes Schweigen in den Familien. Das ist, glaube ich, der zentrale Punkt, wenn wir uns fragen: Warum wird in Ministerien etwas abgelehnt? Warum schreibt in Zeitungsredaktionen jemand einen bestimmten Text? Das hat damit zu tun, dass in diesen Individualbiografien die Täterschaft nicht aufgearbeitet ist. Wir haben mittlerweile eine Tradierung von unmittelbar familiären Fragen an den eigenen Opa und die eigene Oma: Was hast du getan? Du, persönlich, handgreiflich? Das produziert

eine immer größere Abwehr, weil man Angst hat, diese tief persönlichen, schmerzenden Fragen zu der eigenen Familiengeschichte zu stellen. Ich glaube, solange diese Fragen nicht gestellt werden, werden wir uns immer im Kreis drehen. Das wird am Ende dazu führen, dass der Antisemitismus immer aggressiver und gewaltförmiger wird, wenn der Weg in die schmerzende eigene persönliche Erinnerung nicht beschritten wird.

Marina Chernivsky: Ich fasse es ganz kurz zusammen: Ein differenziertes Verständnis von Antisemitismus als Strukturprinzip, Welterklärungsmodell und projektive Leidenschaft ist wichtig bei der Ausgestaltung der pädagogischen Praxis. Aspekte wie die lange Tradierung, die Verflechtung mit Familienbiografien und die Weitergabe von Ressentiments müssen berücksichtigt werden. Dazu gehört die Reflexion über eigene Einstellungen und Positionen seitens der pädagogischen Fachkräfte als Teil des professionellen Selbstverständnisses. Die Reflexion über die familiale Aufarbeitung und selbstreflexives kollektives Erinnern waren lange ausgeblieben. Wir haben hier mit Traditionslinien zu tun, die für die gesamte Migrationsgesellschaft relevant sind. Ein nicht zu vernachlässigender Aspekt ist die sogenannte *Minderheitenkonkurenz*. Durch den Diskurs *über* und die Positionierung *zu* Antisemitismus werden Minderheiten gegeneinander ausgespielt. Damit hängen Identitäten, Zugehörigkeiten und Privilegien eng zusammen. Dieser Umstand ist sehr relevant für die Bildungsarbeit, sonst stehen diese Fragen mitten im pädagogischen Raum und paralysieren das gemeinsame Lernen. Dazu kommt der Stillstand in der Politik, der die Institutionalisierung der Antisemitismusprävention jenseits des historischen Lernens lange aufgehalten hat. Ohne politische Intervention kann die Pädagogik nicht alles geradebiegen, was schief ist.

Christiane Nischler-Leibl: Um noch den letzteren Aspekt zu ergänzen: Die institutionelle Verankerung beginnt von oben nach unten, mit einer Forderung, das Thema institutionell politisch zu bearbeiten und zu sagen: Um *dieses* Thema geht es jetzt. Mit *diesem* Thema müssen wir uns beschäftigen. Es ist aber auch nur eine Spielart, damit umzugehen. Das noch zu der Diskussion »pro und kontra das Beauftragtenwesen«. Das Thema hängt jetzt nicht mehr nur von Einzelnen ab, sondern ist in einer Institution fest implementiert. Und das ist auch unser Wille. Gleichzeitig darf es nicht nur dem guten Willen überlassen werden, sondern muss institutionell unterstützt werden.

Marina Chernivsky: Danke an alle Mitdiskutant*innen für die fundierten Beiträge und pointierten Stellungnahmen! Jetzt starten wir die Diskussion und gehen dann nach der Pause in die einzelnen Workshops und Erfahrungsräume.

Teilnehmer: Ich bin Ludwig Spaenle aus München. Ich bin seit Mitte Mai Antisemitismusbeauftragter in Bayern. Für mich waren diese letzten 36 Stunden höchst spannend. Für mich ist es wichtig, nicht nur zu überlegen, *was* man tut, sondern auch, *wie*. Zum ersten Mal stellt sich die Zivilgesellschaft und die politische Klasse bekennend an die Seite derer, die sich durch Antisemitismus angegriffen fühlen, und zwar vor dem Hintergrund der historisch einmaligen Situation in Deutschland. Auch ich sehe eine besondere Herausforderung im pädagogischen Bereich. Auf all diese komplexen Formen – zum Beispiel den israelbezogenen Antisemitismus – ist die Lehrerschaft kaum vorbereitet. Da müssen wir ganz neu ansetzen. Die Frage ist auch: Wie kann ich das, was in den Lehrplänen vorhanden ist, in dieser Zeit so vermitteln, dass es ankommt? Wie reagiert jemand auf einen ganz konkreten Fall? Die Einrichtung politischer

Ansprechpartner*innen gibt die Chance, dass hier jemand an die Seite der Jüdinnen und Juden tritt, auch wenn diese Unterstützung nicht frei von Fehlern und Schwächen ist. Insofern bin ich Ihnen hochdankbar, dass Sie das in so konzentrierter Form heute und gestern reflektieren.

Bei uns in Bayern geht es nicht nur um Melden von Vorfällen, sondern auch um Beratung.

Marina Chernivsky: Vielen Dank.

Teilnehmer*in: Ich arbeite in einer Beratungsstelle in Hamburg. Wir bieten Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Vielen Dank für die spannenden Panels! Ich habe zwei Fragen zu der Bedeutung von Meldestellen und Beratungsangeboten. Das ist ja genau das, was ihr mit dem Kompetenzzentrum und der Beratungsstelle OFEK hier macht. Ich finde, es braucht bundesweit noch viel mehr solche Angebote, insbesondere mit einem breiten und offenen Gewaltbegriff. Meine erste Frage geht an Frau Nischler-Leibl: Wie sieht das aus mit solchen Beratungsangeboten in Bayern? Die zweite Frage richtet sich an Herrn Salzborn: Sie hatten vorhin gesagt, Antisemitismus sei als Weltanschauung ein Gegensatz zu anderen Macht- und Gewaltverhältnissen. Ich denke auch, dass es spezifische Ausprägungen von Antisemitismus und Rassismus gibt. Ich würde Rassismus aber auch als Weltanschauung verstehen, und auch als Macht- und Gewaltverhältnis. Ich wollte nur nochmal nachfragen, ob Sie das so gemeint hatten, dass Rassismus *keine* Weltanschauung ist?

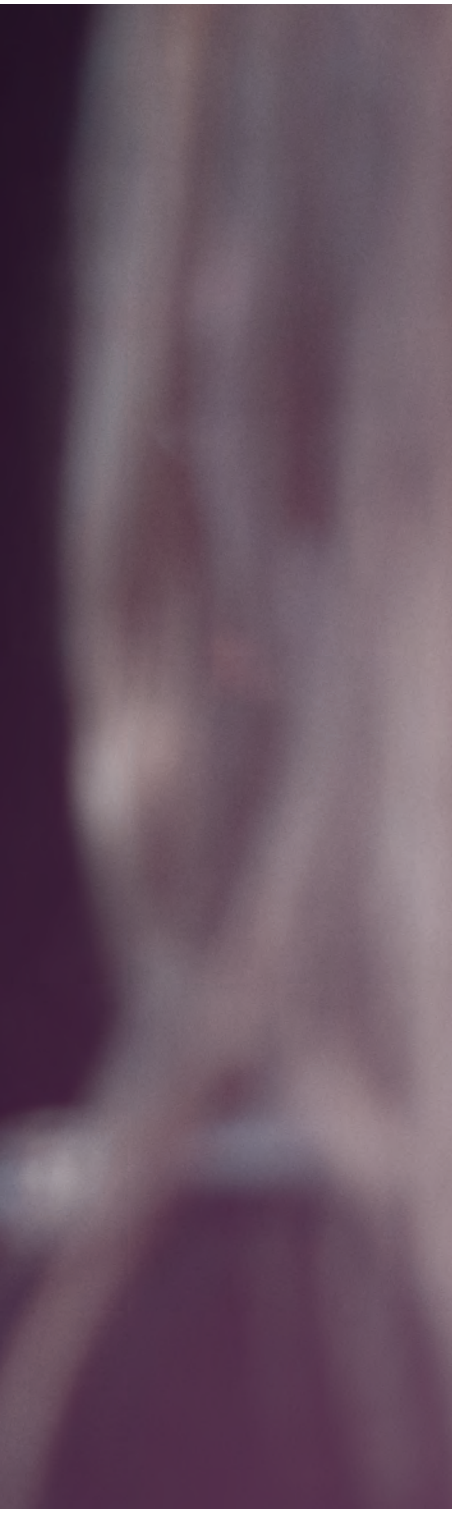
Christiane Nischler-Leibl: Bei uns in Bayern geht es nicht nur um Melden von Vorfällen, sondern auch um Beratung. Wir haben zum einen unsere Opfer- und Beratungsstellen als Teil des Landesdemokratiezentrums beim Bayrischen Jugendring. Zum anderen wird es einen Verein geben, der für die Erfassung und Dokumentation verantwortlich wird. Wir nutzen die Beratungsstrukturen, die wir schon haben. Aber es ist uns völlig klar, dass sie bei diesem Thema wahrscheinlich nicht reichen werden. Es stimmt, es ist unzulänglich, nur zu melden. Wir müssen in der Lage sein, eine umfassende Beratung anbieten zu können. Das ist Teil des Konzepts, das gerade umgesetzt wird.

Samuel Salzborn: Ich kann die an mich gerichtete Frage auch gern beantworten. Das, was wir in der historischen Genese von Antisemitismus sehen, ist eine unmittelbare Verbindung mit dem Rassismus. Die Idee, dass Rassismus vor allen Dingen etwas Postkoloniales ist, greift aus meiner Sicht zu kurz; auch die enge historische Verbindung zu Antisemitismus muss an dieser Stelle differenziert werden. Als sich der christliche Anti-Judaismus in den modernen völkischen Antisemitismus transformiert hatte, schöpfte er aus neuentstehenden rassistischen Vorstellungen. Diese entstanden wiederum aus der Dialektik der Aufklärung und wurden in den Antisemitismus eingeschrieben. Antisemiten haben dann definiert, was eben für sie als »jüdisch« gilt. Und es gab keine Chance mehr für Jüdinnen und Juden, sich diesem Außenbild zu entziehen. Hier sehen wir eine relativ tiefe Verbindung. Ich glaube aber auch, es gibt in der Frage, wie unterschiedliche Formen von Diskriminierung strukturiert sind, erhebliche Unterschiede. Gerade die Ambivalenz, die Antisemitismus zugrunde liegt – die Mischung aus Machtzuschreibung und Ohnmachtsgefühl, die daraus resultierenden sich wechselseitig generierenden Stereotypisierungen – funktionieren anders als

rassistische Diskriminierung. Ich glaube, dass diese Parallelität der Macht- und Gewaltverhältnisse am ehesten mit Antiziganismus und Anti-Amerikanismus vergleichbar sind. Dort liegen Verbindungslinien, die etwas mit der spezifischen Reaktion auf die Unerträglichkeit der Moderne zu tun haben. Ich würde davon ausgehen, dass Rassismus anders funktioniert, dass er nicht so zwingend mit der Ambivalenz der Moderne zusammenhängt.

Teilnehmer*in: Das Panel stand unter der Überschrift *Pädagogische und institutionelle Interventionen*. Vielen Dank für die vielen Inputs und Impulse. Ich würde gerne kurz auf eine der großen deutungsmächtigen Institutionen unserer Gesellschaft eingehen: Welche Fragen und welche Möglichkeiten der Intervention bestehen aus Ihrer Sicht im Bereich der christlichen Glaubensgemeinschaften? Welche Interventionen sind möglich und welche sind nötig? Wir kommen auf die Weihnachtszeit zu. Wann begegnen uns unhinterfragte, unreflektierte antijüdische Stereotype am dichtesten? Meiner Erfahrung nach, in den nächsten vier-sechs Wochen…

Samuel Salzborn: Ich glaube, wir haben mit den christlichen Kirchen und auch mit muslimischen Verbänden in Deutschland ein großes Problem. Es gab von der EKD im Vorfeld des Luther-Jahrs ein großes Bekenntnis, sich mit Luthers Antisemitismus auseinandersetzen zu wollen. Da ist herzlich wenig passiert. Ich sehe sowohl bei den christlichen Kirchen wie auch bei den muslimischen Verbänden momentan – nicht auf der Akteur*innen-Ebene, sondern auf der Strukturebene – relativ viel, was nicht über Lippenbekenntnisse hinausgeht. Ich würde, ehrlich gesagt, erwarten, dass sowohl die beiden christlichen Kirchen wie auch die muslimischen Verbände das ihnen zur Verfügung stehende Geld nehmen und beispielsweise Stiftungsprofessuren zur Erforschung des christlichen und des islamischen Antisemitismus schaffen. Wenn wir uns sowohl das Neue Testament wie den Koran anschauen, sind darin massive antijüdische und antisemitische Quellen enthalten, die man aus der Religion nicht wegdiskutieren kann. Wenn die Religionsgemeinschaften sich diese Fragen nicht stellen, bleiben sie in ihrer strukturellen Verankerung antisemitisch.



XI TAGUNGSREFLEXION

STREITRAUM ANTISEMITISMUS

VON **SABA-NUR CHEEMA**

Saba-Nur Cheema: Bei der Reflexion des Fachsymposiums nehme ich zusätzlich zu meiner persönlichen Reflexion auch Gedanken auf, die ich am Rande der Veranstaltung mitgenommen habe. Marina Chernivsky hat bei der Einführung gesagt, dass es an diesen beiden Tagen um Entwicklungen und um Leerstellen geht. Ich denke, es sind vor allem Leerstellen, die ich mitnehme.

Eine Frage, die mich umtrieb während der Gespräche in den Symposien, Workshops, an den Tischen: Was ist eigentlich Antisemitismus? Wie funktioniert Antisemitismus? Wem nützt Antisemitismus? Insbesondere gestern, nicht zuletzt im sehr interessanten internationalen bzw. europäischen Podium, habe ich mich gefragt, ob wir wirklich alle dasselbe Verständnis davon haben. In Frankreich wird definitiv etwas anderes unter Antisemitismus verstanden als in Deutschland. Das Gedenken an die Shoah, wie es die IHRA pflegt, ist ein Aspekt. Der andere Aspekt sind Verständnisse, Bedeutungen, die wir dem Antisemitismus zuweisen. Bei der Keynote von Marina Chernivsky klang es bereits an: Antisemitismus ist nicht einfach ein Vorurteil, sondern ein Weltbild.

Wieso haben wir eigentlich einen Beauftragten gegen Antisemitismus, der gleichzeitig auch Beauftragter für jüdisches Leben ist? Sind das nicht zwei Paar Schuhe? Wir haben so oft gehört, Antisemitismus sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und ganz besonders dürfe man nicht den Fehler begehen, Betroffenengruppen die Verantwortung darüber zu geben, wie sie mit der Feindschaft gegen sie umgehen sollen. Wieso wird dann einem Beauftragten gegen Antisemitismus auch die Stärkung des jüdischen Lebens als Aufgabe zugewiesen? Zwangsläufig muss er auf die Gemeinschaft mit der Mehrheitsgesellschaft-Brille schauen und gleichzeitig den Kampf gegen Antisemitismus führen. Antisemitismus ist ein klares Problem der gesamten nichtjüdischen, postnationalsozialistischen, post-Shoah, postmigrantischen Gesellschaft. Lea Wohl von Haselberg erklärte das am Beispiel der Zeitschrift *Jalta*: nur weil es *Jalta* gibt und *Jalta* die Diversität des jüdischen Lebens abbilden will, heißt es nicht, dass *Jalta* gegen Antisemitismus wirkt.

Selbstverständlich ist jüdisches Leben in Deutschland bzw. Europa bedroht, weil es Antisemitismus gibt. Das macht sich zum Beispiel an den Sicherheitsleuten in Synagogen bemerkbar. Aber ob die Stärkung des jüdischen Lebens mit der Bekämpfung von Antisemitismus einhergeht, möchte ich in Frage stellen. Dieses Verständnis erinnert mich an meine aktuelle Lektüre der Streitschrift von Max Czollek »Desintegriert euch«, in der er erklärt: Jüdinnen und Juden benötige man in Deutschland insbesondere für die folgenden Themen – Antisemitismus, Shoah und Israel. Und wenn Juden »mitmachen«, sind sie schnell auf der Bühne des *Gedächtnistheaters* (Michael Bodemann, 1996) und *Integrationstheaters* (Max Czollek). Dabei geht es um »Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung« und die deutsche Entdeckung der vernichteten Juden für das eigene Selbstbild. Michael Bodemann beschreibt, wie sich in den Achtzigern in Westdeutschland eine Form der Erinnerung durchsetzte, in deren Folge »Auschwitz und die Kristallnacht zum gemeinsam durchlittenen, romantisiert verklärten Horror geworden seien: von Juden und guten Deutschen gegen die bösen gesellschaftlichen Mächte« (Zitat aus Essay von Bodemann bei Czollek). Beide Inszenierungen beruhen darauf, dass die jeweilige Minderheit in eine Rolle gedrängt wird, in der sie das Selbstbild der Mehrheit bestätige, so Czolleks These. Jüdinnen und Juden wird im Gedächtnistheater die Rolle der Versöhnten angetragen. Zitat Czollek: »Sie sollen den Nachkommen der Täter sagen, dass ›jetzt wieder alles gut‹ sei.«

Das gestern politisch formulierte Ziel der Beauftragten – »wir müssen uns vom Übel

Antisemitismus befreien« – ist gut gemeint, aber genau in diesem verkürzten Verständnis von Antisemitismus – man könne sich »befreien«? – spiegelt sich das deutsche Vergangenheits- und Gegenwartsbewältigungsparadigma. *Die Angst der Deutschen vor der Vergangenheit* heißt das aktuelle Buch von Moshe Zuckermann. Die Belastung der Vergangenheit. Die Deutschen wurden von der nationalsozialistischen Herrschaft befreit, sagte mal Richard von Weizsäcker 1985. Befreiung kann vieles sein, aber nicht der 8. Mai 1945. Die Mehrheit der Deutschen wurde besiegt, denn bis zum bitteren Ende und weit darüber hinaus unterstützen die weiten Teile der Bevölkerung die Naziherrschaft.

Es wurde an diesen zwei Tagen deutlich, dass das ungenaue Verständnis von der Funktion und der Ideologie des Antisemitismus (so auch Astrid Messerschmidt heute) dazu führen kann, dass die Erinnerungspolitik sich unter fragwürdigen Rahmenbedingungen entfaltet. Wenn Antisemitismus auf das Verständnis der Nazi-Judenfeindschaft beschränkt bleibt, dann wird es nicht als aktuelles und relevantes Problem gesehen. Seit der Rede von Martin Walser und der Walser-Bubis-Debatte Ende der 1990er Jahre dauert es an. Martin Walser wehrte sich damals gegen die »Dauerpräsentation unserer Schande« und beschrieb das Holocaust-Mahnmal in Berlin als »Monumentalisierung der Schande«. Heute sagt Björn Höcke, das Mahnmal sei das »Denkmal der Schande«. Seit der Debatte entledigt sich der bundesdeutsche öffentliche Diskurs zunehmend der deutschen Schuld: Die Bösen sind die Anderen. Dabei erklärte Zvi Rex, der israelische Psychoanalytiker, »Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen« – dieser sekundäre Antisemitismus, nicht *trotz* sondern *wegen* Auschwitz, ist eine gefährliche und immer verbreitetere Form von Antisemitismus.

Die auf dem Symposium oft zitierten Ergebnisse der empirischen Vorurteilsforschung zeigen, dass antisemitische Einstellungen in der Gesellschaft steigen. Das hat allerdings nicht damit zu tun, dass es mehr Juden und Jüdinnen in Deutschland gibt. Antisemitismus funktioniert ganz wunderbar auch ohne Juden – und das ist wichtig zu wissen, um die Ideologie von Antisemitismus zu verstehen. Das Verständnis von *Antisemitismus ohne Juden* macht deutlich, dass die Feindschaft und der Hass gegen Juden und Jüdinnen auch ohne die Präsenz von Juden und Jüdinnen stark ausgeprägt sein und gar zunehmen kann. Ein Beispiel dafür ist Japan: In Japan leben sehr wenige jüdische Menschen, aber die Leugnung der Shoah ist dort sehr weit verbreitet. Die Vorurteilsforschung bringt uns also wichtige Erkenntnisse, aber gestern fragte ich mich: Und jetzt? Wir stellen erneut einen steigenden Wert bei der Zustimmung zu antisemitischen Aussagen fest. Eine wichtige Frage, die in mindestens drei der Symposien aufgekommen ist und welche gestern Gideon Botsch aufgeworfen hat, bezieht sich auf eine Leerstelle in der Forschung: Wann werden antisemitische Einstellungen handlungsleitend für Gewalt? Wann führt das antisemitische Vorurteil zu *hate crimes*? Hier zeigen Studien und Statistiken Schwächen, wie Jonathan

Eine wichtige Frage, die in mindestens drei der Symposien aufgekommen ist und welche gestern Gideon Botsch aufgeworfen hat, bezieht sich auf eine Leerstelle in der Forschung: Wann werden antisemitische Einstellungen handlungsleitend für Gewalt?

Antisemitismus einfach unter gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu subsumieren, verkennt die Komplexität und Irrationalität der Judenfeindschaft. Denn eines der wesentlichen Merkmale des Antisemitismus ist die Konstruktion von Juden/Jüdinnen als Dritter. Das heißt, jüdische Menschen werden in antisemitischen Weltanschauungen zu keiner »Wir«-Gruppe gezählt, sondern sind immer die Dritten. Anders als die binäre Ordnung im rassistischen Othering (»wir« vs. »die Anderen«) werden Juden und Jüdinnen als »Weltfeind« konstruiert und nicht als eine »normale« Nation oder Religion.

Boyd mit dem Begriff der *elastic view* aufzeigte. Gideon Botsch sagte auch, dass der Blick auf antisemitische Akteur*innen geschärft werden muss, neben der Einstellungsforschung. Es ist eine relevante Frage: Was wissen wir über Radikalisierungsprozesse? Welche Rolle spielt Antisemitismus in extremistischen bzw. faschistischen Ideologien? Hierfür ist die Funktion der Ideologie wichtig zu verstehen. Und auch: Wem nützt diese Ideologie? Welche Funktion erfüllt das antisemitische Feindbild bei diesen Gruppen? Das Feindbild »JUDE« hat viele Funktionen, ist irrational und mit viel Leidenschaft verbunden, wie Samuel Salzborn heute ausführte. Um die Irrationalität der Judenfeindschaft zu verstehen, ist der psychoanalytische Blick bestimmt interessant: Der Vergleich der Massenpsychose mit Antisemitismus. Eine Gemeinsamkeit ist, dass antisemitische Wahnideen nicht durch rationale Aufklärung korrigierbar sind – d. h. antisemitische Verschwörungstheorien können nicht durch Hinweise auf Tatsachen beseitigt werden. Das ist für die Bildungspraxis natürlich bitter und herausfordernd. »Antisemitischer Wahnsinn« meint dabei das Phantasma der jüdischen Macht und Verschwörung, bei dem Juden und Jüdinnen unter anderem Geld und Kapital verkörpern und die Welt und das Finanzwesen kontrollieren.

Eine Anekdote aus meiner pädagogischen Arbeit: In einem Gespräch während eines Workshops mit einer Schulklasse erklärte eine Schülerin (16 Jahre) mir und meiner Kollegin und Co-Leiterin, dass der Konzern Aldi »Juden gehört« und auch ein bekanntes Einkaufszentrum in Frankfurt ebenfalls »von Juden ist«. In keinem Moment hatte ich das Gefühl, dass sie unsicher war, während sie diese Aussage tätigte; der Zusammenhalt mit der Peer-Gruppe war sichtbar und spürbar, niemand widersprach ihr, es sah nach Zustimmung aus. Auch die Tatsache, dass sie in einer Ausstellung zu Anne Frank und der Shoah saß, hinderte sie nicht.

Während meine Kollegin versuchte, ihr zu erklären, dass das mit Aldi und dem Einkaufszentrum nicht stimmte, fragte ich sie: »Und auch wenn das so wäre, was ändert das für dich?« Sie reagierte dann nur noch verhalten und schließlich mit »Nee nee, ist mir voll egal, ich wollte es ja nur mal gesagt haben.« Das Phantasma der jüdischen Macht und Verschwörung verknüpft sich oft, zum Beispiel in Boykott-Aktionen, mit den Handlungen des Staates Israel und ist ein irrationales antisemitisches Moment, das so normalisiert ist, dass es im Alltag überhaupt nicht mehr wahnsinnig klingt – sondern »einleuchtend« und »plausibel«.

Wo noch viel Luft nach oben ist und was es nun dringend braucht, ist die Auseinandersetzung mit der Fusionierung von antisemitischen Narrativen. In Deutschland wird schräg erinnert: Die Schuldabwehr und Verdrängung der eigenen Mitschuld ist ein großes Problem; die Aggression, die jemand in Verbindung mit Schamgefühlen empfindet, wird entweder internalisiert – oder externalisiert und auf die Opfer, auf Juden und Jüdinnen, projiziert. Die Konstellationen in der deutschen Migrationsgesellschaft bzw. in der postmigrantischen Gesellschaft sind neu, denn hier spielen Flucht und Migration eine Rolle, und Religion ebenfalls – eine Wiederbelebung der Religion, wie Habermas sie beschreibt. Es gibt Antisemitismus unter migrantischen Personen, die aus islamisch geprägten Staaten kommen, in denen Antisemitismus normal ist. Mit der Fusion von antisemitischen Narrativen meine ich ganz explizit: wenn Jugendliche, die hier geboren und aufgewachsen sind, die Schuldabwehr der deutschen Täternation und den antisemitischen Israelhass gleichzeitig kennenlernen. Lamya Kaddor hat heute berichtet, dass Antisemitismus in migrantisch-muslimischen Communities eben nicht tabuisiert ist. Davon sind nicht nur migrantische Jugendliche, sondern auch andere betroffen. Das zeigt das Beispiel *Kollegah*. »Kollegah« – so auch im Beitrag von Lea Wohl von Haselberg heute – ist ein bekannter deutscher Rapper namens Felix Blum. Er hat den Echopreis nicht bekommen, weil er antisemitische Songs schreibt und performt. Irgendwann ist er Muslim geworden, und bei ihm fand diese »Fusion« statt. Es ist also kein gruppenspezifisches Problem, es ist noch viel komplizierter – bzw. einfacher, weil alle ihren Beitrag dazu leisten.

Gerade weil Antisemitismus verschiedene Funktionen erfüllen kann, spielt er in rechtsextremen, islamistischen und weiteren faschistischen Gruppen eine wesentliche Rolle – sowie im Selbstverständnis als auch in den Feindbildkonstruktionen. Auch deshalb ist das Erkennen und Verstehen von Antisemitismus im pädagogischen Setting so essentiell. Ich meine das »richtige« Verstehen von Antisemitismus, nicht nur als Vorurteil gegen Juden und Jüdinnen, sondern als Weltbild und Ideologie. Antisemitismus einfach unter *gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* zu subsumieren, verkennt die Komplexität und Irrationalität der Judenfeindschaft. Denn eines der wesentlichen Merkmale des Antisemitismus ist die Konstruktion von Juden/Jüdinnen als Dritter. Das heißt, jüdische Menschen werden in antisemitischen Weltanschauungen zu keiner »Wir«-Gruppe gezählt, sondern sind immer die Dritten. Anders als die binäre Ordnung im rassistischen *Othering* (»wir« vs. »die Anderen«) werden Juden und Jüdinnen als »Weltfeind« konstruiert und nicht als eine »normale« Nation oder Religion.

Oft begegnen mir Bildungsverantwortliche, die sich fragen, was denn »schon« Antisemitismus ist. Sie reagieren insbesondere auf »neue« Formen des Antisemitismus besonders hilflos. Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Gestalten muss ernstgenommen werden. Ihn nur der Ratlosigkeit wegen zu ignorieren ist gefährlich. Wenn Jugendliche reden, muss gleichzeitig analysiert und gefragt werden,

was das Gesagte bedeutet, was sie meinten, welche Konflikte sie ausdrücken, womit sie andere beeindrucken wollen und welche Moral dahintersteht. Das ändert nichts daran, dass Antisemitismus für viele eine Projektion der eigenen Probleme ist, jedoch kann mit der individuellen Bedeutung für die Jugendlichen pädagogisch gearbeitet werden. Für pädagogische Fachkräfte bedeutet das ein ausgeprägtes Maß an Empathie, aber allen voran Sicherheit im Umgang mit Antisemitismus. Im besten Falle sollten sie wissen, dass Antisemitismus nicht angeboren, sondern erworben wird. Jemand, der sich antisemitisch äußert, muss die Chance erfahren und erleben, sich anders zu entscheiden und sich daraus zu lösen. Jugendliche müssen einen Raum erleben dürfen, in dem sie sich »falsch« äußern – nur so können Weltbilder irritiert, Vorurteile dekonstruiert und Gegennarrative erfolgreich vermittelt werden.

Ein radikales Umdenken in Forschung und Bildung, ein radikales Umhandeln ist notwendig. Die Konzepte und Erkenntnisse sind bereits da.

Eine weitere und wesentliche Voraussetzung für Lehrende ist die Auseinandersetzung mit Antisemitismus im Rahmen der eigenen Biografie, wie Marina Chernivsky zu Anfang unterstrich. Wenn Lehrkräfte selbst zur deutschen Nachkriegsgesellschaft gehören, was den Großteil der pädagogischen Fachkräfte in Deutschland ausmacht, dann sind ihre persönlichen Positionen und Haltungen eine essentielle Voraussetzung für ein professionelles Handeln gegen Antisemitismus. Verdrängung, Projektionen und Abwehr waren wahrscheinlich auch ein Teil ihres Lebens, ihrer Familie und ihrer Erziehung. Das mag bei migrantischen Pädagoginnen und Pädagogen anders sein. Zur kritischen Selbstreflexion gehört übrigens auch, zu verstehen, dass Antisemitismus keineswegs nur ein Jugendproblem ist.

Abraham Lehrer sagte gestern bei der Eröffnung »die Radikalisierung des alten Antisemitismus haben wir [jüdische Menschen in Deutschland] nicht erwartet« und Petra Pau sagte hinzu: »Antisemitismus zeigt sich enthemmter«. Es sind ganz wesentliche Worte in einer Zeit, in der grassierende Antisemitismen im postnationalsozialistischen bzw. post-Shoah-Deutschland neue und gefährliche Formen annehmen, in einer Zeit, in der Nationalismus und »völkischer Geist« wieder offen hergestellt werden. Der verbreitete Wunsch nach einer völkischen Idee von Heimat und einer positiven deutschen Identität zeigt dies deutlich auf. Auch hier gilt, wie Dan Diner – ein deutscher Historiker – sagte: »Auschwitz steht den Deutschen im Weg«, wenn sie sich auf eine positive kollektive Identität beziehen wollen. Daher braucht es Selbstreflexion und Mut, um sich dem Antisemitismus zu stellen. Wir müssen dringend weiter, es braucht eine radikale Wendung in der Arbeit gegen Antisemitismus. Es reicht nicht aus, über steigende Werte zu antisemitischen Aussagen zu sprechen und festzustellen, dass antisemitismuskritische Kompetenzen unbedingt benötigt werden – im Bereich Bildung (von der KiTa bis zur Hochschule), bei Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen, im gesamten Arbeitsmarkt, im Gesundheitswesen, bei Ärzt*innen, bei der Polizei und der Justiz. Ein radikales Umdenken in Forschung und Bildung, ein radikales Umhandeln ist notwendig. Die Konzepte und Erkenntnisse sind bereits da.

XII BESCHREIBUNG DER ERFAHRUNGSRÄUME

Thematischer Erfahrungsraum (1)

Anders Denken – Die Onlineplattform für Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit

Anne Goldenbogen und **Malte Holler,** Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus

Das neue Webangebot »Anders Denken« richtet sich an Lehrkräfte und Multiplikator*innen. Die Onlineplattform stellt Basiswissen zum Thema Antisemitismus bereit, informiert über didaktische Erfahrungen und Bildungsansätze, bietet Orientierung im Feld und stellt konkrete Bildungsmaterialien zur Verfügung. Im Rahmen des Workshops erhalten die Teilnehmenden Einblick in den Aufbau der Plattform und lernen ausgewählte Bildungsmaterialien und deren Einsatzmöglichkeiten kennen.

Darüber hinaus wollen wir uns gemeinsam über Erfahrungen und Herausforderungen im Kontext antisemitismuskritischer Bildungsarbeit austauschen.

Thematischer Erfahrungsraum (2)

Schulbücher auf dem Prüfstand

Shila Erlbaum, Zentralrat der Juden in Deutschland

Schüler*innen stoßen auf das Thema Judentum meist im Kontext der Vermittlung der Shoah oder des Nahostkonflikts in der Schule. Welches Rollenbild von Jüdinnen*Juden wird vermittelt? Präsentieren und verfestigen Schulbücher und andere Lehrmaterialien ein bestimmtes »Bild vom Juden«? Woran erkennen wir problematische Inhalte? Welche Lösungen gibt es? Gibt es empfehlenswerte Materialien? In der Session werden verschiedene Lehrmaterialien präsentiert und diskutiert und die Initiative von Zentralrat der Jüdinnen*Juden in Deutschland und Kultusministerkonferenz zur verbesserten Vermittlung des Judentums vorgestellt.

Thematischer Erfahrungsraum (3)

Antisemitismus in der Schule – Entwicklung praxistauglicher Konzepte

Sybille Hoffmann und **Carmen Shamsianpur,** Landesinstitut für Schulentwicklung, Stuttgart

Der Workshop geht anhand eines aktuellen Projekts aus Baden-Württemberg zum Umgang mit Antisemitismus an Schulen der Frage nach den Möglichkeiten und Herausforderungen schulischen Handelns gegen Antisemitismus nach. Ausgehend vom professionellen Auftrag von Lehrkräften und den vielfältigen Aufgaben der täglichen Schul- und Unterrichtspraxis wird erörtert, wie eine gelingende pädagogische Arbeit gegen Antisemitismus in der Schule aussehen kann, die Antisemitismus weder ignoriert noch bagatellisiert und/oder bestimmten Gruppen zuschreibt.

Thematischer Erfahrungsraum (4)

Coalition Building for Tolerance and Non-Discrimination: a Workshop Approach

Griffin Ferry, Tolerance and Non-Discrimination Department ODIHR, OSCE

ODIHR, in close consultation with numerous civil society partners, developed a publication that offers civil society organizations in the OSCE region a practical basis for building successful coalitions aimed at promoting tolerance and non-discrimination. This new Guide serves as a starting point for civil society organizations and communities setting out to create successful and sustainable coalitions that work to address discrimination and to strengthen tolerance. It is hoped that this presentation of the Guide to civil society organizations and activists involved in the field of tolerance, non-discrimination and human rights, will generate interest in using this tool in new coalition building initiatives.
Workshop in englischer Sprache.

Thematischer Erfahrungsraum (5)

ACT (Acceptance Commitment Training) – ein Bildungs- und Beratungsprogramm für pädagogische und soziale Fachkräfte

Romina Wiegemann, Kompetenzzentrum (ZWST)
Jana Scheuring, Perspektivwechsel Plus (ZWST)

In diesem Workshop wird das Bildungsprogramm ACT vorgestellt. Antisemitismus tritt als gesamtgesellschaftliches Phänomen in diversen Sozialräumen auf. Dabei überlagern die offenen, gewaltförmigen Aggressionen gegen Jüdinnen und Juden zunehmend die subtileren Erscheinungsformen und manifestieren sich speziell in Bildungseinrichtungen besonders häufig. In Deutschland schafft die historische Tradierung von Antisemitismus einen besonderen Kontext für die pädagogische Prävention. Jahrelang wurde die Judenfeindlichkeit ausschließlich im Kontext von Geschichtsvermittlung behandelt. Aktueller Antisemitismus ist nach wie vor kein Lerngegenstand der pädagogischen Ausbildung. Die steigenden Fallzahlen antisemitischer Diskriminierung und Gewalt stellen Fachkräfte vor die Herausforderung, kompetent auf diese Entwicklungen zu reagieren.

Thematischer Erfahrungsraum (6)

Antisemitismus an der Schule – Zwischenergebnisse aus neueren Forschungen zu Antisemitismus und Handlungsempfehlungen

Marina Chernivsky und Friederike Lorenz, Kompetenzzentrum (ZWST)

Laut Berichten erreichen antisemitische Übergriffe an Schulen in Bezug auf ihre Häufigkeit und Intensität bundesweit ein neues Ausmaß. Auch der zweite Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestages (2017) bestätigt diese Entwicklung und gibt Aufschluss darüber, dass Schule von Betroffenen als »unsicherer Ort« erlebt wird. Es zeigt sich die Dringlichkeit der wissenschaftlich fundierten Weiterentwicklung im Bereich Prävention und Intervention im Kontext Schule. Der Institution Schule kommt damit in der Arbeit gegen Antisemitismus eine zentrale Rolle zu: Sie ist der Ort, an dem antisemitismuskritische Bildungsarbeit junge Menschen erreichen kann und zugleich der Ort, an dem Schüler*innen und Lehrkräfte antisemitische Diskriminierung erfahren. Das aus dieser Gleichzeitigkeit entstehende Spannungsfeld wollen wir im Workshop gemeinsam reflektieren. Den Ausgangspunkt der Diskussion bilden Thesen und Zwischenergebnisse aus zwei aktuellen qualitativen Forschungsprojekten, von denen das eine Antisemitismus an Berliner Schulen aus der Perspektive von Betroffenen und Lehrkräften untersucht und das andere die Weiterbildungen von deutschen Lehrkräften in Seminaren der International School for Holocaust Education in Yad Vashem (Israel) ethnographisch begleitet.

XI LISTE DER REFERENT*INNEN

B

DR. PHIL. BOTSCH, GIDEON ist Politikwissenschaftler, Privatdozent an der Universität Potsdam und Leiter der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus des Moses Mendelssohn Zentrums, Potsdam.

DR. BOYD, JONATHAN ist Geschäftsführer des Institute for Jewish Policy Research, eines unabhängigen Forschungsinstituts und Think-Tanks in London. Das Institut erhebt Daten und politische Erkenntnisse zu zeitgenössischen jüdischen Themen für Organisationen, die sich für jüdisches Leben in Großbritannien und in ganz Europa einsetzen. Dr. Jonathan Boyd promovierte an der University of Nottingham, Großbritannien, und erwarb einen B. A. und M. A. in Moderner Jüdischer Geschichte am University College London. Zuvor war er am Mandel Institut in Israel sowie am JDC International Centre for Community Development in London und Paris tätig. Er ist Vorstandsmitglied der ASSJ – Association for the Social Study of Jewry und der Zeitschrift Journal for the Study of Antisemitism.

Aktuell arbeitet und forscht er zu folgenden Themen: Antisemitismus in Europa, europäisch-jüdische Demographie, Soziologie und jüdische Gesellschaft.

C

CHEEMA, SABU-NUR ist Politikwissenschaftlerin und seit 2015 pädagogische Leiterin der Bildungsstätte Anne Frank (Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen). Sie ist Dozentin am Fachbereich Soziale Arbeit an der Frankfurt University of Applied Science und promoviert derzeit zu Konstellationen von Religion und Rassismus in der Schule. Seit mehreren Jahren führt sie Seminare und Workshops mit Erwachsenen und Jugendlichen im Bereich der historisch-politischen Bildung durch. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind: rassismus- und antisemitismuskritische Bildungsarbeit, Religionspluralität und antimuslimischer Rassismus.

CHERNIVSKY, MARINA studierte in Israel und Berlin Psychologie, Verhaltenswissenschaften und Verhaltenstherapie. Sie arbeitet seit vielen Jahren im Bereich der Antidiskriminierung und Antisemitismusprävention, ist Lehrbeauftragte, Bildungstrainerin und Supervisorin im Bereich der historisch-politischen Bildung, Erinnerpädagogik und Sozialen Arbeit. Seit 2007 leitet sie das von ihr entwickelte Bildungsprojekt »Perspektivwechsel Plus«, und seit 2015 das von ihr gegründete »Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment« in der Trägerschaft der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST). Sie war Mitglied im Zweiten Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestages und ist Mitherausgeberin der Zeitschrift *Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart*.

CHIPCZYŃSKA, ANNA ist Vizepräsidentin der jüdischen Gemeinde von Warschau. Sie hat einen Abschluss in internationalen Beziehungen von der Central European University in Budapest (Stipendium des Open Society Institut) und in Rechtswissenschaften von der BPP

Law School in London. Von 2003 bis 2004 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tel Aviv. Sie arbeitete unter anderem für polnische humanitäre Maßnahmen und das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte. Sie ist Mitglied der Gründerversammlung der Stiftung zur Erhaltung des jüdischen Erbes in Polen sowie Mitglied sowohl des Rates als auch des Religionsrates der Union der jüdischen Gemeinschaften in Polen.

E **ERLBAUM, SHILA** studierte Jüdische Studien und Soziologie in Heidelberg, Jerusalem und München. Seit 2004 ist sie Referentin beim Zentralrat der Juden in Deutschland, zunächst für Jugendarbeit und Bildungsfragen, seit 2014 für Kultus, Familie und Bildung. Im Rahmen ihrer Tätigkeit hat sie 2015 gemeinsam mit dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund das Buch *»Lehre mich, Ewiger, Deinen Weg« – Ethik im Judentum* herausgegeben, das die jüdische Sicht auf verschiedene ethische Themen beleuchtet. Sie ist Mitglied verschiedener Arbeitsgruppen des Zentralrats der Juden und der Kultusministerkonferenz, welche die verbesserte Vermittlung jüdischer Geschichte, Religion und Kultur in der Schule zum Ziel haben.

F **FERRY, GRIFFIN** ist Rechtsanwalt mit dem Schwerpunkt Völkerrecht. 2015 gewann er unter anderem die Wettbewerbe »International Humanitarian Law Student Writing Competition« (mit Fokus auf sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt in bewaffneten Konflikten) sowie »Clara Barton IHL Competition«; zudem wurde er mit dem Preis »International Humanitarian Law Award« der University of Minnesota ausgezeichnet. Er hat mit den Advocates for Human Rights und dem Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda an einer Vielzahl internationaler Rechtsfragen gearbeitet. Zuletzt war er als Rechtsberater für humanitäres Völkerrecht für das US-amerikanische Rote Kreuz und als Expert*innentrainer für humanitäres Völkerrecht für Militär, CSOs, Studierende und die US-amerikanische Öffentlichkeit tätig.

G **DR. GEUE, HEIKO** war seit 2014 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 1 (Zentralabteilung und Engagementpolitik) im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Seit Mai 2019 ist er Chef der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern. Er ist promovierter Volkswirt und seit annähernd 20 Jahren in der öffentlichen Verwaltung tätig. 2002–2005 war er persönlicher Referent des damaligen Chefs des Bundeskanzleramts, Dr. Frank-Walter Steinmeier und zugleich seit 2003 Leiter der Politischen Planung im Bundeskanzleramt. In den Jahren danach war er Leiter des Leitungsstabs im Bundesministerium der Finanzen bei Peer Steinbrück sowie der Unterabteilung Beteiligungspolitik. 2011–2012 hatte er die Tätigkeit des Staatssekretärs im Ministerium der Finanzen in Sachsen-Anhalt inne. Anschließend leitete er die Kampagne des Kanzlerkandidaten der SPD Peer Steinbrück.

GOLDENBOGEN, ANNE ist Politikwissenschaftlerin und Leiterin des Projekts »Anders Denken« bei der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA). Zugleich ist sie Redaktionsmitglied von »Anders Denken – Die Onlineplattform für Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit«. Neben ihrer Projekttätigkeit arbeitet sie als selbstständige Texterin, Konzepterin und Trainerin im Bereich politische Kommunikation und Bildung.

HALPERN, YUVAL studierte Zeitgenössische Komposition in der Klasse von Gilius van Bergeijk am Königlichen Konservatorium in Den Haag, Niederlande sowie an der Hanns Eisler Musikhochschule. Yuval Halpern komponierte

zwei Musicals und die Filmmusik zu dem Film *Batman at the Checkpoint*, für welche er den »Today Award« auf der Berlinale erhielt. Seit 2009 dirigiert er den Gospelchor »Sense of Touch« in Berlin.

H

HARTMANN, DEBORAH studierte Politikwissenschaften und Zeitgeschichte in Wien und Berlin. Sie ist im jüdischen Museum Wien, als pädagogische Mitarbeiterin beim American Jewish Committee Berlin und an der Freien Universität Berlin (»Zeugen der Shoah«) tätig. Seit 2007 lebt sie in Israel und ist pädagogische Mitarbeiterin der International School for Holocaust Studies (ISHS) Yad Vashem. Seit 2015 leitet sie an der ISHS die Abteilung für die Kooperation mit Deutschland und Österreich.

HOFFMAN, SYBILLE ist Gymnasiallehrerin für die Fächer Geschichte, Russisch und Englisch. Am Landesinstitut für Schulentwicklung arbeitet sie zu den Schwerpunktthemen Antisemitismus, Extremismusprävention, diskriminierungskritische Schulentwicklung und individuelle Förderung.

HOLLER, MALTE ist Historiker und Bildungsreferent und arbeitet zu deutsch-jüdischer Geschichte, Nationalsozialismus und Holocaust sowie zu Rassismus und Antisemitismus. Er ist Mitarbeiter des Projekts »Anders Denken« bei der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) und gehört zur Redaktion von »Anders Denken – Die Onlineplattform für Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit«.

K

KADDOR, LAMYA ist Islamwissenschaftlerin, islamische Religionspädagogin und Publizistin. Gemeinsam mit Rabeya Müller übersetzte sie den Koran für Kinder und Erwachsene. Sie unterrichtete 13 Jahre Islamkunde bzw. Islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in deutscher Sprache. Sie ist Gründungsvorsitzende des Liberal-Islamischen Bundes e. V. und hat mehrere Bestseller publiziert, darunter *Zum Töten bereit – Warum deutsche Jugendliche in den Dschihad ziehen* (2015) und *Die Zerreißprobe – wie die Angst vor dem Fremden unsere Demokratie bedroht* (2016). Sie hat mehrere Präventionsprojekte zum Islamismus (z. B. »extreme out – gegen Salafismus« sowie »muslim 3.0«) konzipiert und durchgeführt. Derzeit leitet sie ein vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördertes Projekt (»extreme out – Empowerment statt Antisemitismus«) in Duisburg und das Forschungsprojekt »Islamfeindlichkeit im Jugendalter« an der Universität Duisburg-Essen, das von der Stiftung Mercator gefördert wird.

DR. KLEIN, FELIX ist seit Mai 2018 Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus. Diese Position wurde mit dem Koalitionsvertrag neu geschaffen; Hintergrund ist die intensive Diskussion über die Zunahme des Antisemitismus in Deutschland und die Frage, wie diesem Phänomen auf Ebene des Bundes entgegengetreten werden kann. Er trat nach seinem Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg und London 1994 in den Auswärtigen Dienst ein. Nach mehreren Inlandsverwendungen und Auslandsposten in Kamerun und Italien war er von März 2014 bis April 2018 Sonderbeauftragter für Beziehungen zu jüdischen Organisationen und Antisemitismusfragen im Auswärtigen Amt.

VIKTORIJA KOPMANE studierte Philosophie und Musikwissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Sie studiert Philosophie (M. A.) an der Freien Universität und Theaterpädagogik (BuT) an der VHS Neukölln. Sie verfügt über vielfältige Erfahrung in Seminarorganisation und

-durchführung im Bereich der politischen Erwachsenenbildung. Seit 2015 ist sie im Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der ZWST tätig, seit 2017 koordiniert sie die Arbeit der Beratungs- und Interventionsstelle OFEK des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment (ZWST).

DR. PHIL. KÜPPER, BEATE ist Sozialpsychologin und Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein. Sie arbeitet seit vielen Jahren zu den Themen Vorurteile, Diskriminierung, Diversity und Integration, u. a. im Rahmen der Langzeitstudie »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« und als Ko-Autorin der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen, rechtspopulistischen und menschenfeindlichen Einstellungen. Von 2015 bis 2016 war sie Mitglied im Zweiten Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestags.

L

DR. LAGODINSKY, SERGEY ist Publizist und Jurist. Gegenwärtig leitet er das Referat EU/Nordamerika der Heinrich-Böll-Stiftung. Er ist Mitglied in der Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin seit 2008. Er schreibt und forscht über das jüdische Leben in Deutschland, den Antisemitismus sowie zu Themen internationaler Politik. Er ist regelmäßiger Gast, Kommentator und Moderator in zahlreichen deutschen und internationalen Medien. In seinem 2014 erschienenen Buch *Kontexte des Antisemitismus* untersucht er das Verhältnis zwischen Antisemitismus und Meinungsfreiheit in Deutschland sowie im Völkerrecht. Er ist Absolvent der juristischen Fakultät der Universität Göttingen sowie der Harvard University (Masters in Public Administration).

LEHRER, ABRAHAM ist seit 1987 Mitglied des Gemeinderats der Synagogen-Gemeinde Köln, seit 1995 Vorstandsmitglied. Seit 2000 ist er Vorstandsvorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) und seit 2014 Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland.

LORENZ, FRIEDERIKE ist als Erziehungswissenschaftlerin und Sozialarbeiterin an der Freien Universität Berlin sowie der Universität Wuppertal tätig. Derzeit beteiligt sie sich an dem Forschungsprojekt »Über die Shoah in Israel lernen: eine Analyse von generationalen Orientierungen deutscher Lehrer*innen und Schüler*innen« (Universität Wuppertal) und der Teilstudie »Umgang mit Antisemitismus im Kontext Schule – Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen« (einer praxisorientierten Befragung des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment). Derzeit schreibt sie ihre Dissertation über Schweigen, Gewalt und Eingliederungshilfe.

M

DR. PHIL. HABIL. MESSERSCHMIDT, ASTRID ist Erziehungswissenschaftlerin und Erwachsenenbildnerin. Sie studierte Pädagogik, Politikwissenschaft und Germanistik an der Technischen Universität Darmstadt und der Universität Frankfurt sowie Religionspädagogik an der Ev. Fachhochschule Darmstadt. Sie ist Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Geschlecht und Diversität an der Bergischen Universität Wuppertal. Zuvor war sie Gastprofessorin für Gender and Diversity an der Technischen Universität Darmstadt. 2009–2014 hielt sie die Professur für Interkulturelle Pädagogik/Lebenslange Bildung an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe. Hinzu kamen Gastprofessuren in Wien und Innsbruck, sowie Lehraufträge in Bielefeld und Mannheim. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind: Migrationsgesellschaftliche Bildung, Diversität und Diskriminierung, Geschlechtertheorien und geschlechterreflektierende Bildung

sowie Antisemitismus und Rassismus in den Nachwirkungen des Nationalsozialismus.

DR. MEYER, KATHRIN ist seit 2008 Exekutivsekretarin der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Sie ist diplomierte Erziehungswissenschaftlerin und promovierte in Geschichte an der Technischen Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Denazifizierung und Umerziehung in Deutschland nach 1945. 2000–2004 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, 2003 zusätzlich des Center for Advanced Holocaust Studies des United States Holocaust Memorial Museum. 2004 wurde sie zur Beraterin für Antisemitismus-Fragen bei ODIHR (OSZE) ernannt. Dort verantwortete sie die Erarbeitung und Durchführung eines Programms zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Stärkung der Holocaust-Bildung und -Erinnerung in den damals 56 OSZE Mitgliedsstaaten.

Als Exekutivsekretarin der IHRA obliegt ihr die Umsetzung der strategischen Ziele der Organisation in Zusammenarbeit mit der/dem Vorsitzenden. Gemeinsam mit ihrem Team im Berliner Sekretariat koordiniert sie außerdem die Arbeit der 31 Mitgliedsländer, der zwei Anwärter- und der neun Beobachterstaaten sowie die umfangreichen Projekte der IHRA.

N

DR. NISCHLER-LEIBL, CHRISTIANE MBA, ist seit 2015 Leiterin des Referats Radikalisierungsprävention im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales. 2009–2014 war sie im Bereich Integration tätig und studierte Verwaltungsführung. 2001–2009 war sie am Strategischen Innovationszentrum der Bayerischen Polizei wissenschaftlich tätig. Sie absolvierte ein Studium der Internationalen Beziehungen an der Universität Triest und promovierte an der Universität Würzburg zu Ursachen politisch motivierter Gewalt.

P

PAU, PETRA beendete ein erstes Studium als Lehrerin für Deutsch und Kunsterziehung und ein zweites als Diplom-Gesellschaftswissenschaftlerin. 1990 wurde sie für die PDS Bezirksverordnete in Berlin-Hellersdorf. 1995 errang sie ein Direktmandat für das Berliner Abgeordnetenhaus. 1998, 2002, 2005, 2009, 2013 und 2017 gewann sie jeweils ein Direktmandat für den Deutschen Bundestag. Dort wurde sie 2006, 2009, 2013 und 2017 auch zur Vizepräsidentin des Bundestages gewählt. Als Innenpolitikerin DER LINKEN befasst sie sich vor allem mit Bürgerrechten und Demokratie – sowie Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. In der 16. Legislaturperiode war sie für DIE LINKE stellvertretendes Mitglied im BND-Untersuchungsausschuss, in der 17. und 18. Legislaturperiode vertrat sie die Fraktion als Obfrau in den NSU-Untersuchungsausschüssen.

POTIER, FRÉDÉRIC studierte an der National school of administration (ENA) in Straßburg und am Institute of political studies in Bordeaux. Seit 2006 hielt er verschiedenste politische Positionen inne: Ministerium für Überseegebiete (Paris) – Leiter der institutionellen Abteilung (2006–2008); Präfektur der Region Centre (Orléans) – Stabschef (2008–2009); Innenministerium (Paris) – Leiter der Wahleinheit (2009–2012); Nationalversammlung / Büro des Präsidenten (Claude Bartolone) – Berater für innere Angelegenheiten (2012–2014); Büro des Premierministers (Manuel Valls, dann Bernard Cazeneuve) – Berater für Überseegebiete (2014–2017). Aktuell leitet Potier die französische nationale Delegation gegen Rassismus, Antisemitimus und Anti-LGBT-Hass (*DILCRAH*).

R

TCHERNEVA-ROWLAND, PATRICIA ist seit 2016 Projektbeauftragte für das Projekt »Turning Words Into Action to Address Antisemitism« der Abteilung für Toleranz und Nicht-Diskriminierung der ODIHR (OSZE). Sie

ist für die Konzeption und Erstellung der Bildungsergebnisse des Projekts in Absprache mit einer breiten Reihe spezialisierter staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zuständig. Als Projektkoordinatorin (2005–2013) beriet sie alle Programme der ODIHR, darunter technisch orientierte Projekte zur Stärkung von Menschenrechten, Toleranz und Nichtdiskriminierung, Demokratisierung und Wahlen; mehrjährige Best-Practices für Roma-Integration sowie Projekte für Kriegsverbrechensgerechtigkeit. Sie studierte (M. A.) am College of Europe und an der School of Slavonic and East European Studies, University of London.

S

PROF. DR. SALZBORN, SAMUEL ist Gastprofessor für Antisemitismusforschung am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin und Senior Fellow am Centre for Analysis of the Radical Right. Ende September 2018 erschien sein Buch *Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne* bei Beltz Juventa.

SCHEURING, JANA studierte in Leipzig und Paris Politikwissenschaften und Philosophie (M. A.). Seit 2011 freie Bildungsreferentin im Projekt »Perspektivwechsel« der ZWST und seit 2015 Projektmitarbeiterin und Bildungsreferentin im Projekt »Perspektivwechsel Plus«. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Diversity-Pädagogik und der Anti-Bias-Ansatz sowie Inklusion, Rassismus, Antisemitismus, diskriminierungskritische und gendersensible Zugänge.

VON SCHNURBEIN, KATHARINA wurde im Dezember 2015 zur ersten Koordinatorin der Europäischen Kommission zur Bekämpfung des Antisemitismus ernannt. Zuvor war sie fünf Jahre lang Beraterin des EU-Kommissionspräsidenten Jose Manuel Barroso für den Dialog mit Religionen und weltanschaulichen Organisationen. Sie arbeitete 2002 als Pressereferentin für die EU-Delegation in Prag für die Europäische Kommission. Mit der Erweiterung der EU zog sie nach Brüssel als Sprecherin für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit unter der Verantwortung des tschechischen EU-Kommissars Vladimir Špidla. Zuvor war sie für den Vorsitzenden des Ausschusses für europäische Angelegenheiten beim Deutschen Bundestag in Berlin sowie für eine internationale Krisenmanagement-Beratung tätig. Ihr Bildungshintergrund umfasst ein Studium der Politikwissenschaft und Slawistik an der Charles University in Prag und der Universität Bonn, einen Master in Slavonic Studies an der Oxford University (1997) und einen Master in European Studies am Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn (1999). Das akademische Jahr 2017/18 verbrachte sie als EU-Stipendiatin am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, um wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus in ganz Europa zu erforschen.

SHAFIEIAN, BABAK hat Romanistik, Iranistik und jüdische Geschichte in Berlin, Rom und Paris studiert. Er lebt und arbeitet in Berlin als freier Kulturschaffender, u. a. als Initiator und Manager des iranisch-israelischen Musikensembles Sistanagila.

SHAMSIANPUR, CARMEN ist Historikerin, Islamwissenschaftlerin und Publizistin mit dem Schwerpunkt Antisemitismusforschung. 2012 erschien ihre Magisterarbeit: *Die Rezeption der Protokolle der Weisen von Zion in der arabischen Welt* (Lit-Verlag). Seit 2009 arbeitet sie freiberuflich in der Jugend- und Erwachsenenbildung im Bereich Extremismusprävention sowie als Dolmetscherin für Persisch.

SIEGELE, PATRICK hat in Österreich und Großbritannien Deutsche Philologie und Musikwissenschaft studiert. 2014 wurde er

Direktor des Anne-Frank-Zentrums, nachdem er viele Jahre als Bildungsreferent, Geschäftsführungsassistent und Bereichsleiter für die Organisation tätig war. Er war nach seinem Studium als Referent und Kurator für verschiedene Einrichtungen der historisch-politischen und interkulturellen Bildungsarbeit tätig. Seine Schwerpunkte liegen im Bereich der historisch-politischen Bildungsarbeit sowie in der Antisemitismus-Prävention. Er ist seit 2015 Koordinator des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus des Deutschen Bundestags und Mitglied im Beirat des Bündnisses für Demokratie und Toleranz sowie im Forum gegen Rassismus.

SENEL, ELIF absolvierte ein Studium der Politischen Wissenschaft, Neuerer Geschichte und Islamwissenschaft in Bonn und Grenoble, Frankreich, sowie ein WDR-Programmvolontariat (2006/07). Anschließend war sie Redakteurin bei 1LIVE. Seit Ende 2008 ist sie Moderatorin für verschiedene Hörfunkwellen wie Cosmo, 1LIVE, WDR5, DLF und im Fernsehen bei Phoenix – dem Ereignis- und Dokumentationskanal von ARD und ZDF. Aktuell moderiert sie das WDR5-Magazin »Neugier genügt« und das WDR5-Genussmagazin »Alles in Butter«.

WELZ, LUKAS ist Vorsitzender von AMCHA Deutschland. In diesem Rahmen konzipierte er das Dokumentationsprojekt »Leben nach dem Überleben« sowie »PresentPast« – internationale Fachaustauschprogramme zur psychosozialen Hilfe für Extremtraumatisierte. In Potsdam und Heidelberg studierte er Politik, Verwaltung und Geschichte und legte seinen Master im Bereich Sicherheit und Entwicklung in Großbritannien ab. Er konzipierte und begleitete Programme zur Unterstützung von Empowerment und zur Auseinandersetzung mit der Wirkung von Vergangenheit in einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft.

WIEGEMANN, ROMINA ist seit 2016 Bildungsreferentin im Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der ZWST und Trainerin zu Antisemitismus, Empowerment und Shoah Education. Sie studierte Politikwissenschaft, interkulturelle Konfliktlösung und Nahostgeschichte (B. A.) in Israel und Sozialmanagement (M. A.) berufsbegleitend in Berlin und hat mehrjährige Berufserfahrungen in israelischen und deutschen NGOs und Wohlfahrtsorganisationen sowie in der Seminarorganisation im Bereich der akademischen Weiterbildung. Derzeit schließt sie einen Master in Holocaust Communication ab.

DR. WOHL VON HASELBERG, LEA hat Theater-, Film- und Medienwissenschaften in Frankfurt am Main studiert und an der Universität Hamburg im Bereich Medienwissenschaften promoviert. Forschungsschwerpunkte sind jüdischer Film, deutsch-jüdische Filmgeschichte, audiovisuelle Erinnerungskultur und filmische Repräsentationen jüdischer Themen. Ihr aktuelles Forschungsprojekt ist an der Filmuniversität Babelsberg KONRAD WOLF angesiedelt. Sie forscht und schreibt zu zeitgenössischen jüdischen Themen in Deutschland, zu Erinnerungskultur und Film und ist Mitherausgeberin der Zeitschrift *Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart*.

Kontakt, Träger und Partner
Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment

Aron Schuster
Direktor der ZWST
M zentrale@zwst.org

Marina Chernivsky
Leitung des Kompetenzzentrums
M chernivsky@zwst-kompetenzzentrum.de

Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment (ZWST)
→ Schönhauser Allee 12
10119 Berlin
W www.zwst-kompetenzzentrum.de
T +49 (0) 30 / 51 30 39 88
M info@zwst-kompetenzzentrum.de

Träger

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.

Gefördert vom

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

Mit Unterstützung von

denk bunt – Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Finanzgruppe Hessen-Thüringen

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

be Berlin

Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus

Impressum

Streitraum Antisemitismus
Entwicklungen, Debatten, Interventionen im internationalen Vergleich

HERAUSGEBER
Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.
—
Hebelstraße 6
60318 Frankfurt am Main

E-MAIL
info@zwst-kompetenzzentrum.de

INTERNET
www.zwst-kompetenzzentrum.de

KONZEPT UND REDAKTION
Marina Chernivsky

REDAKTIONELLE MITARBEIT
Jöran David Wulf / Johanna Schweitzer

LEKTORAT
Alexandra Berlina

VERWALTUNG
René André Bernuth

BESTELLUNG DER PUBLIKATION
Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment (ZWST)
Schönhauser Allee 12 / 10119 Berlin
0 30 / 51 30 39 88
info@zwst-kompetenzzentrum.de

GESTALTUNG
Hartmut Friedrich

TYPOGRAFIE / SATZ
Jérôme Werner

FOTOGRAFIE / BILDRECHTE
Alex Hislop

DRUCK
Faszination Media+Event GmbH

PAPIER
COVER: Circle matt white 300 g/m²
INNENTEIL: Naturpapier Circleoffset white 115 g/m²

SCHRIFTEN
Tiempos Text & Headline / Sero Pro

COPYRIGHT
© 2019 Alle Rechte vorbehalten.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

kompetenz zentrum
PRÄVENTION UND EMPOWERMENT.